

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expediton Klurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tafelstraße 11, sowie durch alle Postträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 3852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien: 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengebote, Veretins-, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Klurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Mord im Parlament.

Ein radikaler Abgeordneter erschießt kroatische Abgeordnete in einer Sitzung des jugoslawischen Parlaments.

Belgrad, 20. Juni. In der Skupstina setzte heute vormittag die Opposition ihre Obstruktion fort. Dabei kam es zwischen dem Abgeordneten Raditsch und der Bauernpartei einerseits und der Mehrheit andererseits zu heftigen Zusammenstößen. Als Stefan Raditsch der Mehrheit zurief: „Sie benehmen sich wie Rindviecher!“, zog der Abgeordnete Raditsch von der Radikalen Partei einen Revolver und gab mehrere Schüsse in der Richtung der Raditsch-Partei ab. Der erste Schuss traf den Abgeordneten Paul Raditsch, einen Neffen Stefan Raditschs tödlich. Durch die Revolvererschüsse wurden ferner die Abgeordneten Dr. Bernar und Dr. Basaritsch schwer verletzt. Endlich konnte man dem wilden und herrschenden Abgeordneten Raditsch den Revolver entreißen und ihn abführen. Auch der Führer der kroatischen Bauernpartei Stephan Raditsch ist erheblich verletzt worden. Nach einem amtlichen Bericht ist Raditsch operiert worden. Der König hat ihn von seinem Krankenlager aufgesucht und mit ihm eine längere Unterhaltung geführt. Der schwerverwundete Abgeordnete Basaritsch liegt inzwischen seinen Verletzungen erliegen. Die Revolverkugel hatte ihm die Halsschlagader zerrissen.

Nach dem Attentat verließ Raditsch sofort das Parlament, vor dem scheinbar ein Automobil auf ihn wartete. In der allgemein herrschenden Aufregung gelang es ihm, mit dem Auto aus Belgrad zu flüchten.

In Kroatien haben die Belgrader Vorfälle die größte Erregung hervorgerufen. Die Agrarblätter gaben mehrere Extrablätter heraus, die das Publikum den Zeitungsverkäufern aus den Händen riß. Zum Zeichen der Trauer und des Protestes schlossen sämtliche Agrar-Geschäftsleute und Lokalinhaber ihre Läden. Alle öffentlichen Veranstaltungen wurden für die nächsten Tage abgefragt. In den Eisenbahnwerkstätten wurde eine zeitlang sogar gestreikt.

Nicht nur die telephonische und telegraphische Verbindung ist seit Mittwoch Nachmittag in ganz Jugoslawien abgesperrt, sondern

seit dem Mittag scheint auch der Eisenbahnverkehr unterbrochen zu sein.

Gerüchtwiese wird gemeldet, daß nach der Ermordung des Abgeordneten Paul Raditsch die Schierei in der Skupstina fortgesetzt wurde und es seien vier Tote und 12 Verwundete zu verzeichnen.

Belgrad, 20. Juni. Gegen Abend wurde in Belgrad die Telefonsperrre wieder aufgehoben. Wenn auch in Belgrad nach dem Attentat in der Skupstina, dessen Opfer zwei Tote und drei Verwundete sind, Ruhe herrscht, so ist die Erregung in den politischen Kreisen ungeheuer groß.

Der Belgrader Attentäter verhaftet.

Belgrad, 20. Juni. Der Abgeordnete Ratschitsch ließ sich am Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr beim Innenminister zu einer Rücksprache melden. Der Minister verweigerte diese und ließ ihn sofort verhaften.

Wie in Parlamentskreisen verlautet, werden die demokratischen Minister unter dem Eindruck des Attentats zurücktreten. Die Raditsch-Partei hielt noch am Mittwochabend eine Sitzung ab, um über die weitere Haltung der Partei zu beraten. Man spricht davon, daß die Regierung der Belagerungszustand über ganz Jugoslawien verhängen wolle.

Die Regierung beschloß, die Hinterbliebenen der erschossenen Abgeordneten von Staats wegen lebenslanglich zu unterstützen. An die Presse richtete die Regierung das Ersuchen, die Wahrscheinlichkeit eines einzelnen nicht politisch auszunutzen.

Belgrad, 20. Juni. Wie verlautet, will die kroatische Bauernpartei das Anerkennen der Regierung, ihre erschossenen Führer auf Staatskosten zu bestatten, ablehnen und die Leichen auf Parteikosten in die Heimat überführen lassen. Dort sollen die Leichen beigesetzt werden.

In Agrar selbst kam es am Mittwochabend nach zu einer großen Trauer- und Protestkundgebung gegen die Belgrader Mordtaten, bei der der Abgeordnete Prodawitsch unter einer kroatischen Flagge zu der Menge sprach. Der Mörder ist ein 44jähriger Montenegriner, der sich in letzter Zeit im Kampfe gegen die Opposition stets bemerkbar gemacht hatte.

Im Befinden der verwundeten Abgeordneten ist eine Verschlechterung eingetreten.

Ämtliche Irreführung der Öffentlichkeit

Wie der Landeshauptmann von Niederschlesien für den Osten Propaganda macht.

Kr. Vor einigen Tagen erhielten wir vom Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien einen längeren Artikel, betitelt: „Geburtenrückgang — Wanderbewegung — Not im deutschen Osten!“, mit der Bitte um Abdruck in unserem Blatte. In diesem Artikel wird dargelegt, daß die Geburtenziffer in Deutschland in erschreckendem Maße abnehme, daß insbesondere in Preußen die Geburtenzahl zurückginge, daß ferner in Deutschland dauernd eine starke Landflucht zu beobachten sei, daß stark überbevölkerte Großstädte entstünden, während das flache Land immer menschenleerer würde. Besonders viele Menschen wanderten aus den östlichen Provinzen Preußens ab, während in die von den Abwandernden verlassenen Gebiete vom Osten her die Slawen nachströmten. So bestände die Gefahr, daß der deutsche Osten immer mehr slawisiert würde.

Diese Darlegungen sind zum Teil nicht neu, sondern geben in willkürlich vereinfachter und vergrößerter Weise nur längst bekannte Tatsachen wieder, zum anderen Teil aber sind sie einfach falsch. Um das zu zeigen, wollen wir den Darlegungen des Aufsatzes einmal im einzelnen nachgehen:

Der Aufsatz des Landeshauptmanns beginnt mit der Feststellung, daß in den Jahren von 1874 bis 1923 die Geburtenziffer von 41,8 pro Tausend der Bevölkerung auf 20,9 pro Tausend der Bevölkerung zurückgegangen sei. Leider wird hierbei schon nicht gelagt, für welches Gebiet diese Zahlen gelten. Für das Gebiet des Deutschen Reiches sind sie nach Ausweis der statistischen Jahrbücher des Reichsstatistischen Amtes jedenfalls falsch. 1874 betrug die Zahl der Geburten pro Tausend 40,1 (nicht 41,8), 1894 nicht, wie der Landeshauptmann behauptet, 37,1, sondern 35,9. Falsch ist es auch, wenn der Landeshauptmann behauptet, in den letzten 5 Jahren vor 1923 betrage der Rückgang 8 auf das Tausend. Da die Geburtenziffer im Jahre 1919, im ersten Nachkriegsjahre also, 20 pro Tausend betrug und im Jahre 1921 21 pro Tausend, beträgt die Differenz nur 1 pro Tausend und die Geburtenziffer ist 1923 gegenüber 1919 nicht gesunken, sondern gestiegen. Im Jahre 1918 betrug dieselbe sogar nur 14,3 pro Tausend. Es ist also ebenfalls falsch, daß in der Zeit von 1918 bis 1923 der Rückgang der Geburtenziffer stärker gewesen sei als in den 20 Jahren von 1874 bis 1894, in welcher Zeit er 4,2 pro Tausend betrug. Lediglich in den Jahren 1920 bis 1921 schmolle die Geburtenziffer einmal auf 25,9 bzw. 25,3 pro Tausend in die Höhe. Falsch ist aber auch die Folgerung, die der Landeshauptmann aus den von ihm angegebenen falschen Zahlen zieht. Es ist nämlich nicht wahr, daß, wie er behauptet, Deutschland mit diesen Geburtenziffern unter den Völkern Europas so ziemlich an der unteren Grenze stehe. Im Jahr 1926 haben folgende Länder Europas eine niedrigere Geburtenziffer als Deutschland gehabt: Albanien, Groß-Britannien mit Wales und Schottland, Frankreich, Estland, Schweden und die Schweiz.

Es kommt aber bei der Beurteilung der Frage, ob ein Volk noch in der Lage ist, sich auf natürlichem Wege seine alte Stärke zu erhalten, nicht auf die Geburtenziffer allein an, sondern auf das Verhältnis der Geburtenziffer zur Sterbeziffer, das heißt also auf den Geburtenüberschuß. Es ist deshalb vollenbedeutender Ansicht, wenn Professor Lenz behauptet (vorausgesetzt, daß er das tatsächlich tut), daß ein Volk eine Geburtenzahl von 21 auf das Tausend brauche, um sich gerade noch zu erhalten. Ein Volk kann sich auch mit 15 pro Tausend erhalten, wenn seine Sterblichkeit nicht über 14 pro Tausend geht, und ein Volk kann sich nicht auf gleicher Höhe erhalten mit 35 Geburten pro Tausend, wenn 36 pro Tausend sterben.

Wie steht es aber nun mit der Entwicklung des Geburtenüberschusses in Deutschland? Der Geburtenüberschuß in Deutschland betrug 1921 11,3 pro Tausend, 1922 8,5, 1923 7,1, 1924 6,2, 1925 8,8, 1926 7,8. Also hat sich in diesen Jahren die deutsche Bevölkerung immer noch um die genannten Ziffern natürlich vermehrt. Außerdem zeigt sich auch, daß der Geburtenüberschuß sich, abgesehen von kleinen Schwankungen, von 1922 bis 1926 in Deutschland ziemlich gleich geblieben ist. In bezug auf den Geburtenüberschuß steht aber Deutschland erst recht nicht an unterster Stelle in Europa. Es steht in dieser Beziehung nicht nur besser da als die vorhin schon genannten Länder, sondern auch noch besser als Belgien, Irland, Griechenland, Letland, Lügemburg und Desterreich. Mit anderen Worten: ja! die Hälfte Europas steht sich, was die natürliche Bevölkerung angeht, schlechter als Deutschland.

Falsch sind auch die Zahlen, die der Landeshauptmann in seinem Aufsatz über die Verteilung der Bevölkerung in Preußen auf die Städte und auf das Land anführt. In Städten mit mehr als 5000 Einwohnern wohnten 1925 nicht, wie der Landeshauptmann behauptet, 19 Millionen, sondern 21,5 Millionen. Auf dem Lande und in kleineren Städten bis 5000 Einwohner wohnten nicht 8 Millionen, wie der Landeshauptmann behauptete, sondern gerade die doppelte Zahl, nämlich 16,5 Millionen. Ferner ist es auch falsch, wenn der Landeshauptmann behauptet, die Großstädte könnten sich nicht mehr selbst in ihrer Einwohnerzahl erhalten. Sogar in Berlin wurden noch 1925 mehr Menschen geboren als starben, nämlich 0,4 pro Tausend. 1926 freilich wurden in Berlin nicht so viele Kinder geboren als Menschen gestorben sind. Es war ein kleines Defizit vorhanden. In dem gleichen Jahre aber hatten einen Geburtenüberschuß noch folgende deutsche Großstädte: Hamburg (2,5 pro Tausend), Köln (6,9), München (1,8), Leipzig (3,1), Dresden (1,8), Breslau (3,4), Essen (9,7), Frankfurt a. M. (3,6), Düsseldorf (6,2), Hannover (3,1), Nürnberg (4,9). Die elf größten Städte Deutschlands mit über 300 000 Einwohnern hatten also alle in diesem Jahre noch einen teilweise nicht unbedeutlichen Geburtenüberschuß. Für alle deutschen Großstädte im Durchschnitt betrug dieser Geburtenüberschuß 1926 sogar noch 3,8 pro Tausend.

Trotzdem ist es natürlich richtig, daß den Großstädten dauernd vom Lande aus Menschen zuströmen und daß auf der anderen Seite in Deutschland dauernd Menschen vom Lande abwandern, das heißt also, daß eine Landflucht ständig in Deutschland stattfindet. Das geschieht auf dem Wege der sogenannten Binnenwanderung. Auch diese Binnenwanderungen stellt der Landeshauptmann falsch dar. Während er behauptet, daß in den Jahren 1900 bis 1916 aus Ostpreußen in andere Gebiete Deutsch-

Der sozialdemokratische Amnestieantrag angenommen.

Berlin, 20. Juni. (Eig. Bericht.) Der Rechtsausschuß des preußischen Landtages beriet am Mittwoch weiter über die kommunistischen Amnestieanträge. Es wurde beschlossen, den Antrag, der eine Amnestie für Preußen verlangt, so lange zu vertagen, bis Klarheit darüber bestehe, ob die Reichsamnestie auch die Länder mit umfassen würde. Von kommunistischer Seite wurde aus diesem Grunde der Vorwurf der Verzögerung erhoben, doch wies ihnen der Sprecher der Sozialdemokratie nach, daß sie selber dieses Ergebnis verurteilten hätten, weil sie sich in ihrem im Reichstage gestellten Antrag nicht auf eine Reichsamnestie beschränkt, sondern den Erlaß einer Amnestie für die Länder durch das Reich mitverlangt haben.

Es blieb zur Beratung der kommunistische Antrag, der das preußische Staatsministerium anweisen will, im Reich für eine Vollamnestie der proletarischen Gesellen einzutreten. In der Aussprache hierüber führte Genosse Kuttner aus: Während die Kommunisten abwechselnd bald eine Amnestie unter Einschluß, bald eine solche unter Ausschluß der Fememörder fordern, vertritt die Sozialdemokratie konsequent den Standpunkt, daß unter die Ereignisse der revolutionären Epoche ein Schlußstrich gezogen werden solle. Ausnahmen sind nur die Verbrechen gegen das Leben, weil diese Verbrechen nicht nur die Rechte des Staates, sondern auch das höchste Recht der Einzelpersonlichkeit antasten. Der Staat verbietet die Privatratte, dadurch übernimmt er die Verantwortung, zum Schutz des einzelnen einzuschreiten. Bei dem jüngsten Wahlkampf sind wiederum eine Anzahl radikaler Sozialdemokraten und Reichsbannerführer von politischen Gegnern meuchlings erschlagen und erstochen worden. Die sozialdemokratischen Arbeiter würden es nicht verstehen, wenn solche Handlungen von vornherein für straflos erklärt würden. Sie würden sich mit Recht beschweren, daß ihre Partei sie schutzlos dem politischen Mordtum ausliefern, wie es

von gewissen Kampforganisationen der äußersten Rechten und Linken gepflegt wird.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ebenso wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt ein deutschnationaler Antrag, der Generalamnestie für alle politischen Verbrecher fordert, mit Ausnahme derer, denen die bürgerlichen Ehrenrechte abgeprochen sind.

Angenommen wurde dagegen der sozialdemokratische Antrag, der Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen verlangt, die bei Gelegenheit revolutionärer und hochverräterischer Unternehmungen begangen worden sind, mit Ausnahme der Verbrechen gegen das Leben; der ferner Amnestie fordert für die Straftaten des Landesverrats mit Ausnahme der aus Eigennutz oder Gewinnsucht begangenen. Für diesen Antrag stimmten die Parteien der Weimarer Koalition, ein Teil der Volksparteier und der Vertreter der Wirtschaftspartei.

Wieder mildes Urteil gegen Verleumder.

Frankfurt a. M., 20. Juni. (Eig. Drahtber.) Vor dem hiesigen Großen Schöffengericht hatten sich die Schriftleiter des nationalsozialistischen Wochenblattes „Frankfurter Beobachter“, Theo Habicht und Willi Schönbein, sowie die Herausgeber eines linken Blättchens, „Die Kampfpost“, Willi Byliasi und Heinz Wahnmann, wegen böswilliger Verleumdung zu verantworten. In beiden Blättern war die Behauptung aufgestellt worden, daß die Frau des Reichspräsidenten Ebert außer ihrer Witwenpension noch etwa 500 Mark wöchentlich von der Commerz- und Privatbank erhalte. Der „Beobachter“ hatte die Verleumdung noch mit der Erklärung gewürzt, daß die Witwe eines antikapitalistischen Reichspräsidenten von einer „kapitalistischen Judenbank“ unterstützt werde. Die inhumanen Verleumder verurteilte, wie es bei Leuten ihres Schlages „gang und gäbe“ geworden ist, sich damit zu entschuldigen, daß sie die betreffenden Nachrichten anderen Blättern entnommen und nicht die Mühe der Beileidigung gehabt hätten. Das Gericht ließ sich durch diesen Rückzug der wölfischen Helben nicht beirren und verurteilte wegen über Nacht Habicht zu 500 Mark Geldstrafe, Schönbein zu einem Monat Gefängnis, Byliasi zu 200 Mark Geldstrafe und Wahnmann wegen Vergehens gegen § 21 des Pressegesetzes zu 20 Mark Geldstrafe.

Landa 226 000 Menschen wanderten, waren es in Wirklichkeit nur 193 500. Die Zahl für Pommern ist richtig angegeben. Aus Schlesien wanderten dagegen nur 128 600 aus, nicht aber, wie der Landeshauptmann behauptet, 149 000. Insgesamt wanderten aus den drei östlichen Provinzen Preußens, die jetzt noch bei Preußen sind, in der genannten Zeit nicht 507 000 Menschen, sondern nur 455 100 Menschen ab. Aber nicht allein aus den östlichen Provinzen Preußens wanderten solche Mengen Menschen ab, sondern es wanderten auch aus dem Westen Deutschlands und aus Mitteldeutschlands fast ebenso viele Menschen ab. Der Wanderungsverlust der deutschen Landesteile westlich der Elbe betrug in der gleichen Zeit, 1900 bis 1910, 400 700. Davon waren aus westlichen preussischen Provinzen 168 000 und aus außerpreussischen Landesteilen 232 700. Auch die Zahlen, die der Landeshauptmann erregnet für den Menschenverlust pro Quadratkilometer, sind infolgedessen nicht richtig. Ostpreußen verlor in den genannten zehn Jahren nicht 6,1 Menschen pro Quadratkilometer, sondern 5,2, Schlesien nicht 5,5, sondern nur 3,2. Es ist also zwar nicht direkt falsch, wenn der Landeshauptmann sagt, der Osten sei eine große Vorratskammer von Menschen, aus der sich der Volksbestand zum großen Teil immer wieder erneuert. Das gilt aber für den Osten nicht allein. Vielmehr liefern auch die übrigen ländlichen Teile Deutschlands in ähnlichem Maße dauernd Menschenzuwachs.

Völlig unbegründet ist es aber nun, wenn der Landeshauptmann weiter behauptet, daß in die leergewordenen östlichen Gebiete slavische Bevölkerung nachströme und daß in kurzer Zeit auch ursprünglich rein deutsche Gebiete in erschreckendem Maße mit slawischen Entländern besetzt seien. Zunächst einmal bleibt der Landeshauptmann dem Beweis dafür überhaupt schuldig. Er behauptet lediglich freihändig, das Deutschland weiche nach Westen zurück, das Slaventum rüde von Osten her vor, er führt aber keinerlei Zahlen an, die diese Behauptung erhärten könnte. Sie ist auch falsch, diese Behauptung. Denn während Ostpreußen von 1900 bis 1910 durch Binnenwanderung 193 500 Menschen verlor, nahm seine Bevölkerungszahl während dieser Zeit immer noch um 68 000 Menschen zu. Dieser Zuwachs erklärt sich aber allein aus dem Geburtenüberschuss in Ostpreußen während des genannten Jahrzehnts. Ostpreußens natürliche Bevölkerungszunahme durch Uebersteigen der Geburten über die Gestorbenen betrug nämlich in dem Jahrzehnt ungefähr 280 000 Menschen. Dabei ist eine durchschnittliche Zahl des Geburten-Überschusses von 14 pro Tausend angenommen, eine Annahme, die sicherlich nicht zu hoch ist, da nach Ausweis der Statistik Ostpreußen ständig, was seinen Ueberstich angeht, über dem Reichsdurchschnitt stand, der Reichsdurchschnitt im genannten Jahrzehnt aber, schlecht gerechnet, 14,2 pro Tausend betrug. Bei einem Geburten-Überschuss von 280 000 in dem Jahrzehnt und einer Abwanderung von 193 500 bleibt immer noch ein Zuwachs von 87 000 übrig, das ist mehr, als die Bevölkerung tatsächlich zugenommen hat. Wo soll das ein Teil von auswärts eingewandert sein? Wenn das der Fall wäre, müßte die Bevölkerungsziffer Ostpreußens doch viel stärker zugenommen haben. Dasselbe Bild ergibt sich für Pommern. Pommerns Einwohnerzahl hat in dem genannten Jahrzehnt um 82 000 Menschen zugenommen. Es hat gleichzeitig 133 000 Menschen durch Binnenwanderung verloren. Legt man nur einen Geburten-Überschuss von 13 pro Tausend als Durchschnitt für das Jahrzehnt zugrunde, so ergibt sich ein natürliches Anwachsen der Bevölkerung um 213 000 Menschen; davon die Abwanderung abgezogen, bleibt ein Zuwachs von 80 000 Menschen übrig, was auch hier, wie man sieht, der tatsächlichen Vermehrung der Bevölkerung entspricht. Daß denn auch tatsächlich keinerlei Zustrom von Polen oder anderen Slawen in die östlichen Provinzen Preußens stattfindet, zeigen auch die Zahlen über die Ueberland-Einwanderung und Ueberland-Auswanderung in Europa. Aus Polen wanderten in den Jahren 1920 bis 1926 über Land 154 398 Menschen aus, aus der Tschechoslowakei wanderten in der gleichen Zeit 109 215 über Land aus. Nach Deutschland wanderten aber über Land ein während dieser Jahre null Menschen. Also können die über Land ausgewanderten Polen und Tschechen nicht in die angeblich leergewordenen Gebiete des deutschen Ostens eingewandert sein. Bestätigt wird das ferner dadurch, daß bei der letzten Reichstagswahl die Zahl der polnischen Stimmen im Osten nicht zugenommen, sondern abgenommen hat. Wären wirklich an Stelle der abgewanderten Deutschen in den Jahren 1920 bis 1926 Polen eingedrungen, so müßte die Zahl der polnischen Wahlstimmen gewachsen sein. Man sieht, daß, wenn man der Sache auf den Grund geht, sich die Behauptungen des Landeshauptmanns als völlig falsch und direkt aus den Fingern gelogen erweisen.

Zum Schluß geht dann der Landeshauptmann auch noch auf die Ursachen der Landflucht und besonders der Landflucht im deutschen Osten ein. Er geht dabei aber den wirtlichen Ursachen sorgfältig aus dem Wege. Er führt diese Abwanderung nämlich zurück auf die schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung des deutschen Ostens, die durch die Abteilungen der Provinzen Westpreußen und Posen und eines Teiles von Ober-Schlesien noch verschlechtert worden seien. Er muß aber selbst einräumen, daß die Lebensbedingungen im deutschen Osten schon vor dem Kriege schlechter waren als im übrigen Deutschland. Was heißt das denn aber, die Lebensbedingungen sind schlechter? In dieser Tatsache verbergen sich wichtige soziale Erscheinungen. Die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung im deutschen Osten waren nämlich deshalb schlechter, weil, wie allgemein bekannt und durch die Statistik jederzeit nachweisbar, die Arbeiterlöhne im deutschen

Osten durchweg um ein Drittel niedriger waren als im deutschen Westen. Ferner, weil vor allen Dingen infolge der Besitzverteilung auf dem Lande im deutschen Osten, d. h. infolge der großen Verteilung, die Landbevölkerung im deutschen Osten keine Lebensmöglichkeit hatte, zumal die Landarbeiterlöhne ganz ungenügend niedrig und ihre Wohnverhältnisse außerordentlich schlecht waren. Der Landeshauptmann sieht sich dem auch genötigt, selbst als Abhilfsmahnahme gegen diese Not eine ausgedehnte Siedlungstätigkeit im deutschen Osten zu fordern. Hoffentlich ist sich der Landeshauptmann darüber klar, daß das eine weitgehende Zerschlagung der Besitztümer im deutschen Osten bedeutet. Ferner müssen aber vor allen Dingen die Arbeits- und Lebensverhältnisse der deutschen Landarbeiter im deutschen Osten grundlegend gebessert werden, wenn diese Abwanderung aufhören soll. Einmal durch Bau anständiger Wohnungen für sie, zweitens durch Gewährung ausreichender Löhne. Was die besondere Schädigung des deutschen Ostens durch den Versailler Friedensvertrag angeht, so können diese Schädigungen nur dadurch wieder ausgeglichen werden, daß wir endlich einen Handelsvertrag mit

Polen bekommen, der für die Produktion der östlichen Provinzen wieder Abflugsgebiete eröffnet. Davon spricht der Landeshauptmann selber gar nicht. Er geht deshalb vorzüglich an den wesentlichen Mängeln für die Besserung der Lage im deutschen Osten vorbei. Selbstverständlich hat der Landeshauptmann trotzdem recht, wenn er für die östlichen Provinzen auch weiterhin besondere staatliche Unterstüzungen fordert. Er würde den fraglichen Provinzen, insbesondere auch Niederschlesien, aber einen viel besseren Dienst leisten, wenn er diese Forderungen nicht auf so unwissenschaftliche Weise begründet würde, wie es hier geschieht. Denn mit einem solchen unwissenschaftlichen, leichten und unwahren Gloriat, wie der Landeshauptmann es hier der Öffentlichkeit vorzuführen versucht, kann man auch in Berlin niemandem überzeugen. Ganz abgesehen davon ist es ein unglücklicher Zustand, daß der Landeshauptmann es wagt, die Öffentlichkeit in einer soch fragwürdigen Weise, wie es hier geschieht, worden ist, irre zu führen. Dagegen muß auf das allerhöchste Verwahrung eingelegt werden.

Kleiner Fortschritt in den Regierungsverhandlungen.

Otto Braun lehnt die Umbildung der Preußenregierung ab.

Berlin, 20. Juni. (Eigener Bericht.) Am Mittwoch nachmittag 5 Uhr trafen die Führer der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien unter dem Vorsitz des Abgeordneten Müller-Franken neue zu einer Besprechung zusammen. Den Erörterungen lagen zugrunde die von dem Abgeordneten Müller-Franken formulierten und am Vortag mit den Fraktionen unterbreiteten Vorschläge für die nächsten Aufgaben der Regierungspolitik. Diese Vorschläge waren aufgestellt unter Berücksichtigung der von den beteiligten fünf Parteien in den vorher gegangenen Konferenzen gegebenen Anregungen. In einer Reihe von Punkten wurde Uebereinkommen unter Vorbehalt reaktioneller Änderungen festgestellt. Bei anderen Fragen ergaben sich zum Teil wesentliche Meinungsverschiedenheiten. So zunächst in der geschlichen Festlegung des 11. August als nationaler Feiertag. Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei sind bereit, diese geschliche Festlegung vorzunehmen mit der Einschränkung, daß, so wie das in Baden der Fall ist, für dringende Erntearbeiten gegebenenfalls Ausnahmen gestattet werden. Weiterhin konnte keine völlige Uebereinkommen erzielt werden in denjenigen Punkten, die sich auf die Durchführung eines Amnektiongesetzes vor der Vertagung des Reichstages, auf die Abschaffung der Todesstrafe und auf die vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens beziehen. Endlich bestehen noch wie vor Differenzen bezüglich der Erweiterung der Mitbeteiligung der Arbeiter an der Gestaltung der Wirtschaft und ebenso der Frage des Agrarstützholles.

Die Beratung über mehrere Punkte der „Vorschläge“ steht noch aus. Sie ist einer Sitzung vorbehalten, die für Donnerstag, vormittags 10 Uhr, einberufen wurde. Was das Problem der Umbildung der preussischen Regierung angeht, so erklärte die Deutsche Volkspartei zu Beginn der Besprechung, daß ihre Beteiligung an den weiteren Unterhandlungen nicht etwa einen Verzicht auf ihre bekannten auf Preußen bezüglichen Forderungen bedeute.

Am 7 Uhr trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, die zu dem Bericht des Genossen Müller-Franken Stellung nehmen wollte. Sie vertagte sich ohne Debatte auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

Otto Braun bleibt fest.

Berlin, 20. Juni. (Eigener Bericht.) Die Deutsche Volkspartei, die immer noch bemüht ist, die Regierungsbildung im Reich mit einer Regierungsumbildung in Preußen zu verbinden, hatte heute vormittag den Vizepräsidenten ihrer Fraktion unter Führung des Landtagsabgeordneten Stendel zum preussischen Ministerpräsidenten Braun geschickt, um nochmals zu erfahren, wie er sich zur Umbildung der preussischen Regierung stelle. Ministerpräsident Braun hat rund heraus erklärt, daß es ihm grundsätzlich abwegig erscheine, die Frage der Zusammenfassung der preussischen Regierung von der Regierungsbildung im Reich abhängig zu machen. Die Ansicht, daß die preussische Staatsregierung stets so zusammengesetzt sein müßte, daß sich eine Homogenität mit der Reichsregierung ergebe, teile er nicht. Die Zusammenfassung der preussischen Regierung müsse sich ebenso wie dies grundsätzlich bei den Regierungsbildungen anderer Länder zum Ausdruck komme, nach der Parteienkonstellation des Landtages und nicht nach der des Reichstages richten. Nur durch Befolgung dieses Grundsatzes habe Preußen bisher eine stabile Politik treiben und es vermeiden können, in die mannigfachen Regierungskrisen im Reich hineingezogen zu werden. Bei den preussischen Koalitionsparteien und bei ihm, dem Ministerpräsi-

dentem, bestehe daher zurzeit keine Neigung, über eine Änderung der Regierungszusammensetzung in Preußen zu verhandeln. Es hänge einzig und allein von den staatspolitischen Notwendigkeiten Preußens ab, wann über eine Verbreiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln wäre.

Der Abg. Dr. Wiemer, der anscheinend als Nachfolger für den vom Fraktionsvorsitz zurückgetretenen Abgeordneten v. Camade zu betrachten ist, hat dem geschäftsführenden Abgeordneten des Zentrums im Landtag, Dr. Graf, mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei bereit sei, über eine Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln. Die Erklärung Dr. Wiemers ist von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion weitergeleitet worden. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages ist aber zurzeit nicht verhandlungsfähig, da sie sich nach der gestrigen Sitzung bis zum 10. Juli vertagt hat.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkbericht.)

Der „Vorwärts“ sagt zu der gegenwärtigen politischen Situation: „Würde die Bildung der Großen Koalition zur Zeit scheitern, so wäre das für die Sozialdemokratie noch lange kein Grund, die Führung aus der Hand zu geben. Seit dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses haben wir immer wieder gesagt, daß es falsch ist, die Bildung einer Großen Koalition als einzige gegebene Möglichkeit hinzustellen. Angesichts des schleppenden und nicht besonders günstigen Standes der Verhandlungen scheint es an der Zeit, auch diese anderen Möglichkeiten ins Auge zu fassen.“

Wies in allem hind Gang und Stand der Verhandlungen auch wenig erfreulich, so ist doch die Stellung der Sozialdemokratie so stark, daß man mit Ruhe die weitere Entwicklung abwarten kann.“

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkbericht.)

Das Organ der Volkspartei, die „Tägliche Rundschau“, sagt zu der gestrigen Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten über eine eventuelle Umbildung der preussischen Regierung: „Der preussische Ministerpräsident hat sich in seiner Antwort auf die volksparteilichen Vertreter noch weiter zurückgezogen, als es in seiner Regierungserklärung geschehen ist. In dieser Erklärung hatte Braun geäußert, daß die preussische Staatsregierung „zu gegebener Zeit“ der Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen nachzutreten werde. Am Dienstag erklärte Braun es überhaupt für grundsätzlich abwegig, die Frage der Zusammenfassung der preussischen Regierung von der Regierungsbildung im Reich abhängig zu machen. Der preussische Ministerpräsident hat mit seinem stark ablehnenden Standpunkt einen Partikularismus gezeigt, der nicht nur bei der Deutschen Volkspartei auf Ablehnung stößt, sondern erst recht von den Linksparteien nicht verstanden werden sollte. Die Deutsche Volkspartei kann es mit ihren politischen Grundätzen nicht vereinbaren, wenn sie bei Beteiligung an einer Großen Koalition im Reich gleichzeitig in dem größten Lande von der Regierung ausgeschlossen würde. Der Deutschen Volkspartei kommt es nicht auf die sofortige Befehung einiger Ministerposten in Preußen an, sondern auf die Zusammenfassung aller aufzubauenden Kräfte, die am ehesten bei einer gleichmäßigen Zusammenfassung der Regierungen im Reich und in Preußen gewähltesten sind. Wenn die starke Haltung des preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Regierungsparteien die Regierungsbildung im Reich schwieriger gestalten sollte, so muß die Deutsche Volkspartei auf jeden Fall die Verantwortung hierfür ablehnen.“

Lavin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bild

Karl und Anna.

Von Leonhard Franl.
(Copyright 1926 by Ullstein & Co. Berlin.)

Die für ihre Kleider aber zu kleinen Füße hatten in den besten Schuhen, die sie besaß. Als sie, in den Hand den hohen, gefüllten, milchfarbenen Steinring, die Tür öffnete — sie trug ein dünnes Sommerkleid, ihr formbarer Körper, durch den Stoff durchdringend, bewahrte die natürliche Unschuld des Unbekleideten —, stand Karl zum Gastgeber hinabgebeugt. Den wollte ich ja schon damals riechen, dachte er. Annas Gegenwärtigkeit war so klar, daß er die Worte, die in diesem Augenblick in seinem Gehör keine Rüge gewesen wären, nicht ausbrach. Anna sah geschmüht aus, als trüge sie Blumen. Er hatte die Frau an, die milchig-frisch im Lächeln stand, und zog unwillkürlich das weit offene Hemd über der dunkelbraunen, muskulösen, schwarzhaarigen Brust zusammen. Den Red hatte er nicht an. Kar Hofe und Gürtel. Das weiße Hemd war zerfallen. Er hatte sich und das Hemd tags zuvor im Dache gewaschen und von der Sonne trocken lassen. Obwohl Karl rauh und lauter war, hing doch an ihm der milde Duft des Strohens, der Wärme, des weiten, weiten Weges. So war er in die Zivilisation geraten, wo es ein Bett gab, vier Wände und Anna. Sie sagte: „Guten Morgen!“ und ihre Stimme klang genau so wie sie aussah, wie ihr Gang, ihr Körper, ihr Mund war. Die Bewegung, wie sie den Mühschritt ablegte und sah dabei herabgebeugt, weil sie den Papierkorb mit dem Gemmele unter demselben Arme hielt, gab ihren ganzen Körper preis. Sie dachte den Kaffeelöffel, umschloß sie für ein intimes Red, überließ die des Sanges und schloß schließlich noch zwei Papierstücken mit bewunderter Sorgfalt. Dann stand am Fenster ein Mann, der guloh. Die Gemete des vergangenen Abends war verschwunden. Anna war ganz verändert, als ob sie im Schloße dieser Nacht unterwehens des Gefühls gewonnen hätte, für das Leben bereit zu sein. Karls Hofe folgte unversehrt. Und als sie an ihm vorbei wachte, nur das Fröhliche zu hören, fand er keine Worte mehr zu einer Bemerkung und keine Zeit.

Annas Körper erbebt in der Umarmung, wie der Waldbaum erbebt, ehe der Sturm beginnt. Den Arm nach um seinen Hals, ließ sie sich auf den Stuhl gleiten. „Ist erst!“ Er hörte das Versprechen heraus. Sie bereitete das Brot und reichte es ihm mit dem Blick. Sie konnte nicht essen. Hände im Schoß, sah sie zu. „Was für schöne Hände du hast! Wie eine feine Dame!“ Sie stand verlegen auf und trat aus dem Zimmer. Langsam ging er auf ihr Lächeln der Erregung und Bereitwilligkeit zu, legte langsam den Arm um sie. Sie standen reglos. Sie hielten einander. Und auch als er den Blick hob und ihre lebend geöffneten Lippen fand und immer wieder nahm, wurde kein Wort gesprochen. Der dünne Stoff spannte zu fest Schultern und Brust. Er öffnete die Knöpfe. Schwach lächelnd löste sie selbst das Hemdbündchen und fiel, während das Hemd fiel, ihm zu. Im Bett lag auf dem weichen Leinen breit die Sonne. Karl zog herauf die Gürtelhose höher, als er nach rückwärts schritt, ließ die Brust empfindend, daß es Türen gab, eine Tür mit Schloß und Schlüssel, der umgedreht werden konnte. Dann fand er wieder vor ihr, die in der Sonne lag, und er glaubte, daß dem Gefühl, der Liebsten und ihrer Hingabe höher zu sein, an Glück nichts auf der Welt gleichkommen könne. In diesem Glück der Sicherheit verlor er, bis sie, überflutet unter seinem Blick, gleich einer Felle emporschnellte und ihn zu sich zog. In den sechs veränderten Seiten- und Rückgebänden, die zu einem drei Höfe und einem irdischen Hausloch bildeten, wohnten mehr als hundert Arbeiterfamilien, hineingebannt in des Krieges Schicksal, das allen dasselbe Leid, dieselbe Not, dasselbe Brot, dieselben Krantheiten aufzuzwingen hatte. Das Geschrei der Säuglinge, das wie Fröhlichkeit in einem Himmelsgefäß hier und dort erklang, oft minutenlang zusammenhängend und wie für längere Zeit ganz verstummt, wurde an diesem Sonntagmorgen begleitet von Melodien, hielt gespielt auf der Wandharmonika. Ein halbwegsüßes Mädchen sprang aus dem Bett, drückte auf eine schilf leuchtende Federkante, die auf dem Sims des offenen Fensters stand, und legte die Hand ans Ohr. Eine Sekunde später erschien ein halbwegsüßes Mädchen im Nachthemd am offenen Fenster gegenüber, drückte auf seine

Fahrradglocke und verwandelte ebenfalls die Hand in ein Hörrohr: „Hier Elfi!“ „Guten Morgen, Elfi! Hier Alma! Gut geschlafen?“ „Ah, du bist's, Alma! Reist, daß du anrufst.“ Die Freundinnen wohnten im selben Stockwerk und blühten beim Telefonieren einander in die Augen. Der Hof war nur fünf Meter breit. „Was wirst du heute anziehen, Alma? Ich zieh das blaue an.“ „Ich hab mir gedacht, ich werde das gelbe wählen.“ Jede hatte nur ein Sonntagskleid. Um ihre Garderobe zu vermehren, tauschten sie manchmal. „Ich denke, wir werden uns heute abend ins Kino begeben.“ Was ist denn das für ein schreckliches Nebengeräusch!“ In dem Zimmer mit vieren Stock, wo Annas Fremdenzimmer wohnte, die schon mehrmals vergebens zum Fenster der Türrückfläche hinuntergesehen hatte, drehte sich die schwarze Kautschukplatte mit dem Hund vor dem Trichter und schmeitete das Militärmarisch, nach dem die Millionen hinausgezogen waren. „Die Reibgeräusche sind unerträglich. Ich hänge ab.“ Werde später nochmal anrufen. Wiedersehen!“ Elfi drückte auf die Fahrradglocke. Almas Glocke überlante die Militärmarisch. Beide Mädchen verchieden. In der Tiefe, auf dem Zementquadrat, fand ein vierjähriger weißblonder Junge und brüllte himmelwärts: „Mutterchen hat ein Kind getragt, nur weiß ich nicht, von wem.“ Jemand klopfte an die Tür. Anna schnellte im Bett hoch, Hand auf dem Herzen. Die Zeitung wurde durch den Schlag eingeworfen. „Früher warst du darin anders, Anna. Hast dich nicht geschämt.“ Er lag, den Blick emporgewandt, auf dem Rücken, benommen von der Vertikung, wie sehr viel schamhafter. Anna sah früher ihm gegenüber verhalten hatte. „Erinnerst du dich, was du immer angegeben hast, aber jedes einzelne Mal, wenn du bevor es so weit war? Du warst auch immer anders gelegen dabei.“ Sie rüde unwillkürlich ab und karzte ihn an, fassungslos, weil er auch diese unerwartete Eigentümlichkeit von ihr kam. Ihr Gesicht war vor Verblüffung groß und plötzlich so gebannt leer, als ob das Denkvormögen aus ihr herausgerissen worden wäre. „Ganz anders gelegen!“ Mit sanftem Druck, doch er ihm widerstrebendes rechtes Bein, das sich dabei abbeugte, nach rechts wärt, zog ihre rechte Schulter zu sich. „So war's!“ (Fortsetzung folgt.)

Rhein und Weichsel.

Zaleski Bericht zur Korrektur des Locarno-Vertrages.

Warschau, Mitte Juni.

Wie ist der polnische Außenminister Zaleski — der immer Wert darauf legt, als Pazifist zu gelten und in der nächsten Woche sogar offiziell auf dem Warschauer internationalen Kongress der Friedensfreunde aufzutreten wird — wie ist dieser Pazifist Zaleski zu einer so unfriedlichen Geste in der Frage der Rheinlandräumung gekommen? Er verwahrt sich zwar in nächstgelegenen Erklärungen zu seinen Pariser und Warschauer Presseerklärungen dagegen, ein Gegner der beschleunigten Rheinlandräumung zu sein. Immerhin wiederholt Zaleski auch in diesen Zusammenhängen nochmals die These, die Rheinlandbesetzung wäre eine Sicherung für die Ausführung des Friedensvertrages auch gegenüber Polen gewesen und, wenn diese Sicherung wegfiel, so müßte eine neue an ihre Stelle treten. Die neue Reichsregierung werde zwar sicherlich auch dem östlichen Nachbarn gegenüber Friedenswillen zeigen. Besser als der gute Wille einer doch nur für vorübergehende Zeit bestehende Regierung sei aber eine völkerrechtliche Sicherung.

Damit hat der polnische Außenminister den Punkt berührt, auf den es ihm offensichtlich in dieser ganzen Debatte ankommt und in dem er auch durch die überwiegende Mehrheit seines Volkes hinter sich hat. Man hat in Polen die Ungleichartigkeit der Bestimmungen des Locarno-Vertrages für West- und Ost-Europa, für die Grenzen am Rhein und für die an der Weichsel von vornherein als einen schweren Nachteil empfunden. Jede Erwähnung der — grundsätzlich bekanntlich von allen deutschen Parteien vorbehaltenen — Forderung nach einer deutsch-polnischen Grenzrevision im reichsdeutschen Wahlkampf, in der Presse deutscher Regierungsparteien, in gelegentlichen Zustimmungen einzelner westeuropäischer Blätter und politischer Persönlichkeiten hat die polnische Empfindlichkeit in der Grenzfrage neu aufgerührt. Kamern noch hier und da Stimmen, besonders von völksparteilichen deutschen Politikern (Abg. Frhr. v. Rheinbaben!) hinzu, die die deutsche Verständigungspolitik nach Westen als Entlastung für eine diplomatische deutsche Offensive im Osten begründeten, so begann die polnische Propaganda eine deutsch-französische Verständigung über den Rhein nachgerade als Auftakt einer Eröffnung der praktischen Kampagne zur Rückgabe des Weichselkorridors an Deutschland anzusehen. In den polnischen Angstträumen war mit einer solchen Verständigung im Westen nicht nur das polnisch-französische Bündnis stark entwertet, sondern die Deutschen bekamen auch soweit freie Hand, daß sie sich den isolierten Polen nun bald mit den weitgehendsten Forderungen entgegenzusetzen mußten. Nur aus diesen Befürchtungen heraus sind Zaleskis Forderungen nach neuer Sicherung im Falle der Rheinlandräumung zu verstehen.

Man hat den Worten des polnischen Außenministers in der deutschen Öffentlichkeit mit Recht die große Beachtung geschenkt, die sie als Symptom polnischer Stimmungen verdienen. Psychologisch kann man in der Tat daraus, wie angedeutet, viel zur Beurteilung der polnischen Einstellung lernen. Als politische Aktionen sind Zaleskis Stimmungsaussprüche aber viel weniger ernst zu nehmen. Ein kleiner Teil der französischen und belgischen Presse hat sie zwar selbstverständlich gern aufgegriffen. Vielleicht sind es sogar Anregungen gewisser französischer Kreise gewesen, die durch Vermittlung des Pariser polnischen Botschafters Chlapowski, eines aus der äußersten polnischen Rechten hervorgegangenen polnischer Junter-Politikers, den polnischen Außenminister auf die falsche Fährte solcher öffentlichen Vorstöße gelockt haben. Die Absichten dieser französischen reaktionären Kreise mit einer solchen Aktion waren aber zweifellos nicht auf die Erfüllung der polnischen Ziele gerichtet. Sie benutzten den Verbündeten aus dem Osten vielmehr nur für sehr selbstsüchtige Ziele: die Störung der deutsch-französischen Verständigung oder doch wenigstens den Versuch zur Erhöhung des Preises für eine etwaige beschleunigte Räumung des Rheinlandes. Eine Ergänzung des Locarno-Vertrages für die deutsche Ostgrenze durch Bestimmungen nach dem Vorbild der Vertragsteile über die deutsche Westgrenze liegt dagegen allen polnischen Hoffnungen und Wünschen zum Trotz außerhalb der politischen Möglichkeiten. Der frühere polnische Außenminister Graf Skrzynski, der als polnischer Unterhändler an den Locarno-Verhandlungen teilnahm, hat das seinen Landsleuten erst vor einigen Monaten wieder klarzumachen gesucht. Aber er hat selbst auf der polnischen Linken nur einzelne kluge Köpfe überzeugen können, als er darauf hinwies, daß eine Garantie der heutigen polnisch-deutschen Grenzen nicht nur an dem Widerspruch jeder deutschen Regierung, sondern auch an der Abneigung anderer Locarno-Unterzeichner — zum mindesten Englands — gegen die Übernahme so weitgehender Verpflichtungen in Osteuropa scheitern müsse. Wenn ein Teil der bürgerlichen deutschen Presse jetzt wieder einmal vor einem angeblich drohenden „Öst-Locarno“ lange macht, so ist das also ebenso wirklichkeitsferne Angstpolitik wie die polnische Furcht vor aktuellen Grenzrevisions-Versuchen.

Tatsächlich übersehen die Angstpolitiker hüten und drücken vor allem die Sicherungen, die beiden Seiten durch die bereits bestehenden Ostbestimmungen des Locarno-Vertrages gegeben werden. Diese erklären bekanntlich eine Revision der Grenzen nur auf Grund eines friedlichen Einverständnisses beider beteiligten Staaten für möglich. Man kann sich nun zwar gewiß Situationen ausdenken, in denen ein solches freiwilliges Einverständnis dem einen Partner vom anderen durch mehr oder weniger sanften Druck abgepreßt werden könnte. Wäre Polen heute politisch wirklich in Europa isoliert, wäre es von einer akuten russischen Offensive bedroht, die man sich etwa verbündet mit den Freiheitswünschen der unterdrückten Ukrainer und Weißrussen vorstellen könnte — in einer solchen weltgeschichtlichen Situation würde die heute einmütig für die Erhaltung ihrer bestehenden Grenzen einsetzende öffentliche Meinung des Landes vielleicht umschwanken und zur Nachgiebigkeit gegenüber einem deutschen Verlangen nach Grenzberichtigung zu haben sein. Aber heute hat Polen nicht nur das französische Bündnis, die Sympathien großer Teile der englischen (russen-gegenwärtigen) Regierungspartei, das Interesse amerikanischer Geldgeber an ihren polnischen Bank- und Industriainstitutionen für sich. Es bekommt auch von Rußland her wohl hier und da einmal kleine Unfreundlichkeiten wegen der Ausschreitungen einzelner anti-

hollschewitscher Emigranten zu hören, brauchte aber keine Handelsvertrags- und Sicherheitspatts-Verhandlungen mit Moskau nicht einmal nach den beiden Attentaten des letzten Jahres gegen Warschauer russische Diplomaten zu unterbrechen. Mögen die Ergebnisse dieser Verhandlungen auch noch in der Ferne liegen — schon ihre Fortführung zeigt eine gewisse Entspannung auf der polnischen Ostgrenze an, die mit der Abkehr der westeuropäischen Imperialisten von der Interventions-Politik in Rußland zusammenhängt. In einer solchen politischen Gesamtlage des europäischen Ostens genügt der Locarno-Vertrag auch für die Aufrechterhaltung der heutigen deutsch-polnischen Grenze.

Man wird sich zwischen Polen und Deutschen schwer darüber einigen können, ob das zu begrüßen oder zu bedauern ist. Selbst die Pazifisten beider Länder werden auf ihrem Warschauer Kongress in der nächsten Woche in dieser Frage ihre Gefühle kaum ganz vereinheitlichen können. Aber man wird bei ruhiger Beurteilung wenigstens den Tatbestand der politischen Lage von der Verschleierung durch übertriebene politische Klänge und Hoffnungen befreien können. Geschieht das, so werden wenigstens unnütige Debatten über scheinbare aktuelle Gegensätze vermieden werden, die nur die Atmosphäre für diejenige Einigung verderben müssen, die schon heute reif ist: die wirtschaftliche Verständigung über einen vernünftigen Handelsvertrag.

Die latente Krise in Frankreich.

Versuche, die Rechte zu beschwichtigen.

Paris, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Verlauf der am Dienstag durchgeführten Bürowahlen zu den Kommunalparlamenten, die abermals mit einem ausgesprochenen Erfolg der Linksparteien endeten, hat die Ungewißheit über die Orientierung der neuen Kammer nunmehr zu einem solchen Grade gesteigert, daß, wie berichtet, bereits von der Möglichkeit einer Krise gesprochen wird. Es zeigt sich immer mehr, daß die Kammer entschlossen ist, der Linksrichtung des Landes, die bei den Wahlen nur unvollkommenen Ausdruck gefunden hat, Rechnung zu tragen. Auch die noch nicht in bestimmter Richtung festgelegten Abgeordneten des Zentrums vermögen sich dieser Entwicklung schwer zu entziehen. Während der Wahlen vor allem von der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten bestimmt werden, setzt sich heute, ungeachtet der von ihm gewünschten nationalen Einheit, der Auseinandersehensprozess der Parteien mit natürlicher Notwendigkeit fort. Wenn am Mittwoch morgen ein Rechtsblatt schrieb, Poincaré hätte zuerst an die politische Stabilisierung denken sollen, so wird gerade damit die Unlösbarkeit der Aufgaben eines Kabinetts der nationalen Einheit gekennzeichnet, das die fortschreitende Bewegung der politischen Kräfte durch ein stabiles System, eine Parteienkombination ohne klare politische Zielrichtung, zum Stillstand bringen will. In dem gleichen Augenblick, in dem sich das Sanierungswerk Poincarés seinem Ende zuneigt, beginnt in jedem Teil die Politik wieder ihr Recht zu fordern, und es ist kein Zufall, daß bereits jetzt wieder die Aussicht einer neuen politischen Krise in weit höherem Maße die Gemüter beschäftigt als die noch ausstehende Lösung des Währungsproblems. So erweist sich deutlich genug, daß die Erziehung der Bürger zum Verständnis der nationalpolitischen Lage nur auf finanzpolitischem Gebiete zu suchen ist. Poincarés Coalition muß auseinanderfallen, sobald die Währungsfrage nicht mehr existiert. Es ist dabei freilich bezeichnend, daß die Linke von ihrem Siege offenbar selbst übertrahst ist, und es erscheint fraglich, ob sie die Stärke und die Kraft besitzen wird, morgen selbst die Verantwortung zu übernehmen. Die Haltung der Sozialisten wird hierauf fraglos entscheidenden Einfluß haben, und es bleibt abzuwarten, ob die verändernde Situation die Partei zu einer Aenderung ihrer in Toulouse beschlossenen Organisationsstatut bestimmen kann. Unter allen Umständen will man eine Krise vor der Stabilisierung vermeiden. Das ist der Grund, warum die Linksparteien sich augenblicklich bemühen, die Erregung der Rechten zu beschwichtigen. Man will für sie mehrere neue Posten in der Finanzkommission schaffen. Ferner haben mehrere Abgeordnete der Linken ihre Posten, für die sie gewählt wurden, zur Verfügung durch Mitglieder der Mitte oder der Rechten zur Verfügung gestellt. Auch in den oberen Kommissionen scheint man die Rechte für ihre Niederlage am Dienstag entschädigen zu wollen. Bei all diesen Beschwichtigungsversuchen handelt es sich jedoch alles Vorwärtsschritt nach lediglich um einen Waffenstillstand zwischen den Parteien, der kaum über den Herbst hinaus anhalten dürfte. Die Gegensätze sind in allen Parteien zu tiefgehend, als daß ihre Zusammenführung durch die Formel der nationalen Einigung auf die Dauer möglich wäre.

Paris, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Stabilisierungs-Debatte in der Kammer wird, wie nunmehr bekannt wird, bereits am Donnerstag durch längere Erklärungen eingeleitet werden, die der Ministerpräsident über die Gründe der Stabilisation abgeben will. Auf Wunsch der Regierung wird die Kammer die Interpellationsdebatte auf die nächste Woche verschieben. Auch der eifrigste Abgeordnete Walker hat sich bereit erklärt, die Wiederbringung seines Antrags auf sofortige Haftentlassung Koffes und Rickins bis zur Erledigung des Stabilisierungsgeleges hinauszuschieben.

Abbruch mehrerer deutsch-französischer Abkommen.

Paris, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die seit einiger Zeit zwischen Deutschland und Frankreich zur Ergänzung des im August vorigen Jahres unterzeichneten Handelsabkommens geführten Wirtschaftsverhandlungen sind nunmehr beendet worden. Der deutsche Botschafter v. Hoesch und Ministerialdirektor Pöffe auf deutscher Seite und Außenminister Briand, sowie Handelsminister Bokanowski auf französischer Seite haben am Mittwoch morgen ein Zusatzabkommen unterzeichnet, welches die Auslegung strittiger Bestimmungen des Handelsabkommens behandelt.

Rücktritt der bayrischen Regierung.

München, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gemäß den Bestimmungen der bayrischen Verfassung sind die Minister der Regierung heute am Mittwoch, als am Tage vor Zusammentritt des neuen Landtags, von ihren Ämtern zurückgetreten. Sie führen bis zur Neubildung des Ministeriums die Geschäfte weiter. Wichtigster als diese politische Formalität ist das endgültige Scheitern der Verhandlungen zwischen den vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der demokratischen Fraktion zum neuerlichen Zusammenbruch einer Fraktionsgemeinschaft, wie sie in den letzten neun Jahren der bayrischen Parlamentarismus gekannt hat. Der Druck ist im wesentlichen auf die Streikmanipulation zurückzuführen, die von Berlin aus zu diesem Entschluß gedrängt wurden.

Am Mittwoch konstituierte sich auch die um 11 Mann vergrößerte, nunmehr 24 Abgeordnete zählende sozialdemokratische Landtagsfraktion. Zum ersten Vorsitzenden wurde wiederum Senoffe Johannes Lim gewählt.

Ausgeliefert!

Zürich, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im März dieses Jahres hatte der italienische Journalist Livio Pavan den schweizerischen Spindel Savorelli in Paris erschossen und war dann in die Schweiz geflüchtet. Das Schweizer Bundesgericht will jetzt zu der Feststellung gelangen, daß es sich nicht um ein politisches Verbrechen handelt; sie hat Pavan nach Frankreich ausgeliefert.

Das Amnestiegesetz von Sejm angenommen.

Warschau, 20. Juni. In der gestrigen Sejm-Sitzung, die bis Mitternacht dauerte, wurde das Amnestiegesetz nach Ablehnung sämtlicher Verbesserungsanträge in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Ablehnung verfiel auch ein wichtiger russischer Antrag, wonach die Amnestie auf die im Prowada-Prozess Verurteilten ausgedehnt werden sollte. Der Sejm ist nunmehr in die Ferien gegangen.

Um das Frauenwahlrecht in Frankreich.

Paris, 20. Juni. Der Senat lehnte in seiner Dienstag-Sitzung das Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frauen erneut ab, indem er einen Antrag auf Festsetzung eines Termins zur Beratung eines dahingehenden Gesetzes mit 176 gegen 123 Stimmen verworf.

Vor dem Generalfreist in Griechenland?

London, 20. Juni. Nach Meldungen aus Athen sind nach immer keine Anzeichen für ein Abflauen der Streikbewegung vorhanden. 250 000 Arbeiter, einschließlich der Eisenbahnangestellten, sind der Streikbewegung beigetreten. Viele Städte sind ohne Licht und Wasser. Das Arbeiterkomitee hat der Regierung erneut seine Forderungen unterbreitet. Die Regierung kündigt in einer neuen Erklärung jedoch an, daß sie beabsichtigt, die Streikbewegung durch Militär zu bekämpfen. Sie hält nach wie vor daran fest, daß der Streik auf kommunistische Einflüsse zurückzuführen sei. Die Regierung habe Beweise dafür, daß der Streik der erste Akt einer kommunistischen Revolution sei. Die Auslösung des Generalfreists in Athen und Piräus wird für morgen erwartet.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Budapest, 21. Juni. Die Belgrader Bluttat hat die Balkan-Konferenz der Kleinen Entente bedeutend beeinträchtigt. Den ganzen Mittwoch nachmittag mußte der jugoslawische Außenminister mit Belgrad telefonieren.

Die Konferenz hielt am Mittwoch zwei Sitzungen ab. Zuerst berieten die drei Außenminister Jugoslawiens, Rumaniens und der Tschechoslowakei über die Lage der Kleinen Entente. Eine allgemeine Aussprache folgte sodann in der zweiten Sitzung.

Am Donnerstag sollen die besonderen Aussprachen folgen. In einem amtlichen Bericht wird die Einigkeit der Kleinen Entente nachdrücklich unterstrichen.

Die Korruption in Rußland.

Moskau, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Finanzabteilung in Moskau am Don wurde, wie aus Sowjet-Rußland berichtet wird, ein großer Steuerbetrag aufgedeckt. 12 Angestellte der Finanzabteilung, also mehr als die Hälfte aller überhaupt in dieser lokalen Behörde Angestellten, sollen an einer Steuerhinterziehungssache beteiligt sein und werden beschuldigt, den Privatkaufleuten geholfen zu haben, ihre Einnahmen zwecks Steuerhinterziehung zu verbergen.

Der Tod Tschangjolsins bestätigt.

London, 20. Juni. Wie aus Tientsin gemeldet wird, wird von autoritativer Seite aus dem Hauptquartier der mandchurischen Armee nunmehr der Tod Tschangjolsins bestätigt. Sein ältester Sohn, General Tschanghschun Liang ist zum Gouverneur der mandchurischen Provinz Fengtien ernannt worden.

Peking, 20. Juni. Nach Meldungen aus Mukden hat der Doyen des Konsular-Korps amtlich davon Mitteilung gemacht, daß er sich persönlich vom Tode Tschangjolsins überzeugt habe. Tschangjolsin sei am Sonnabend bestattet worden.

Rechte Nachrichten.

Maddalena soll Amundsens suchen.

Mit großer Unruhe wartet man noch immer auf eine Nachricht von Amundsens. Man kann nicht begreifen, daß bis zur Stunde noch keine Mitteilung über das Schicksal des französischen Flugzeuges eingetroffen ist. Das Gerücht, wonach es nördlich von Spitzbergen gesehen worden sei, scheint jeder Grundlage zu entbehren. Major Maddalena hat den Auftrag erhalten, einen Erkundungsflug zur Aufspürung Amundsens zu unternehmen.

Die Junksprüche Nobiles haben wieder die alte Stärke erlangt, so daß man annehmen kann, daß er jetzt den neuen von Maddalena abgeworfenen Akkumulator benutzt. Das Abwerfen von Ausrüstungsgegenständen für die Schiffbrüchigen mit Hilfe von Fallschirmen erfolgte in einer Höhe von 50 Metern über dem Eise. Eine Landungsmöglichkeit hat Maddalena nicht gefunden, so daß er nach Kingsbay zurückkehren mußte, ohne mit Nobile in direkte Verbindung getreten zu sein. Mäher Gewehren und Munition sind auch Proviant sowie Zigaretten und Briefe mit Instruktionen abgeworfen worden. Das Wetter ist sehr gut.

Schweres Explosionsunglück beim Salutschießen.

Am Dienstag lief der englische Kreuzer „Canterbury“ von dem englischen Geschwader, das sich gegenwärtig in den baltischen Gewässern aufhält, in den Remer-Hafen ein. Beim Salutschießen der italienischen Artillerie ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache explodierte ein Geschos. Ein Oberleutnant wurde getötet und vier Mann schwer verletzt.

Bier Millionen Mark Brandtschaden.

In Caracas in Venezuela ist eine große Petroleum-Lagerstation an der Küste des Maracaibo-Sees abgebrannt. Der Schaden beläuft sich auf etwa vier Millionen Mark.

Ein deutscher Plantagenbesitzer in Ostafrika von einem Löwen zerissen.

Die in Ludwigslust wohnenden Angehörigen des Plantagenbesitzers Willi Schulz in Dar-es-Salaam (Ostafrika) erhielten die Nachricht, daß ihr Verwandter, ein 67jähriger Mann, auf der Löwenjagd nach einem mißglückten Schuß von einem Löwen zerissen worden ist.

Jahrs 293 000 Menschen wanderten, waren es in Wirklichkeit nur 193 500. Die Zahl für Pommern ist richtig angegeben. Aus Schlesien wanderten dagegen nur 128 600 aus, nicht aber, wie der Landeshauptmann behauptet, 149 000. Insgesamt wanderten aus den drei östlichen Provinzen Preußens, die jetzt noch bei Preußen sind, in der genannten Zeit nicht 607 000 Menschen, sondern nur 456 100 Menschen ab. Aber nicht allein aus den östlichen Provinzen Preußens wanderten solche Mengen Menschen ab, sondern auch aus dem West- und Mitteldeutschland und aus Mitteldeutschlands fast ebenso viele Menschen ab. Der Wanderungsverlust der deutschen Landesteile westlich der Elbe betrug in der gleichen Zeit, 1900 bis 1910, 400 700. Davon waren aus westlichen preussischen Provinzen 168 000 und aus außerpreussischen Landesteilen 232 700. Auch die Zahlen, die der Landeshauptmann errechnet für den Menschenverlust pro Quadratkilometer, sind infolge dessen nicht richtig. Ostpreußen verlor in den genannten zehn Jahren nicht 6,1 Menschen pro Quadratkilometer, sondern 5,2. Schlesien nicht 5,5, sondern nur 3,2. Es ist also zwar nicht direkt falsch, wenn der Landeshauptmann sagt, der Osten sei eine große Vorkammer von Menschen, aus der sich der Volksbestand zum großen Teil immer wieder erneuert. Das gilt aber für den Osten nicht allein. Vielmehr liefern auch die übrigen ländlichen Teile Deutschlands, wie wir gesehen haben, den städtischen Gebieten Deutschlands in gleichem Maße dauernden Menschenzuwachs.

Völlig unbegründet ist es aber nun, wenn der Landeshauptmann weiter behauptet, daß in die leergewordenen östlichen Gebiete slawische Bevölkerung nachströme und daß in kurzer Zeit auch ursprünglich reine deutsche Gebiete in erhebendem Maße mit slawischen Entkommen besetzt seien. Zunächst einmal bleibt der Landeshauptmann dem Beweis dafür überhaupt schuldig. Er behauptet lediglich fröhlich-frohlich, das Deutschstum weiche nach Westen zurück, das Slawentum rüde vom Osten her vor, er führt aber keinerlei Zahlen an, die diese Behauptung erhärten könnte. Sie ist auch falsch, diese Behauptung. Denn während Ostpreußen von 1900 bis 1910 durch Binnenwanderung 193 500 Menschen verlor, nahm seine Bevölkerungszahl während dieser Zeit immer noch um 68 000 Menschen zu. Dieser Zuwachs erklärt sich aber allein aus dem Geburtenüberschuss in Ostpreußen während des genannten Jahrzehnts. Ostpreußens natürliche Bevölkerungsvermehrung durch Uebersteigen der Geburten über die Gestorbenen betrug nämlich in dem Jahrzehnt ungefähr 290 000 Menschen. Dabei ist eine durchschnittliche Zahl des Geburten-Überschusses von 14 pro Tausend angenommen, eine Annahme, die sicherlich nicht zu hoch ist, da nach Ausweis der Statistik Ostpreußen ständig, was seinen Ueberfluß angeht, über dem Reichsdurchschnitt stand, der Reichsdurchschnitt im genannten Jahrzehnt aber, schlecht gerechnet, 14,2 pro Tausend betrug. Bei einem Geburten-Überschuss von 290 000 in dem Jahrzehnt und einer Abwanderung von 193 500 bleibt immer noch ein Zuwachs von 87 000 übrig, das ist mehr, als die Bevölkerung tatsächlich zugenommen hat. Wo soll da ein Poln auswärts eingewandert sein? Wenn das der Fall wäre, müßte die Bevölkerungsziffer Ostpreußens doch viel stärker zugenommen haben. Dasselbe Bild ergibt sich für Pommern. Pommerns Einwohnerzahl hat in dem genannten Jahrzehnt um 82 000 Menschen zugenommen. Es hat gleichzeitig 133 000 Menschen durch Binnenwanderung verloren. Bleibt man nur einen Geburten-Überschuss von 13 pro Tausend als Durchschnitt für das Jahrzehnt zugrunde, so ergibt sich ein natürliches Anwachsen der Bevölkerung um 213 000 Menschen; davon die Abwanderung abgezogen, bleibt ein Zuwachs von 80 000 Menschen übrig, was auch hier, wie man sieht, der tatsächlichen Vermehrung der Bevölkerung entspricht. Daß denn auch tatsächlich keinerlei Zutromm von Polen oder anderen Slawen in die östlichen Provinzen Preußens stattfindet, zeigen auch die Zahlen über die Ueberland-Einwanderung und Ueberland-Auswanderung in Europa. Aus Polen wanderten in den Jahren 1900 bis 1906 über Land 24 998 Menschen aus, aus der Tschechoslowakei wanderten in der gleichen Zeit 103 213 über Land aus. Nach Deutschland wanderten aber über Land in während dieser Jahre null Menschen. Also können die über Land ausgewanderten Polen und Tschechen nicht in die angeblich leergewordenen Gebiete des deutschen Ostens eingewandert sein. Bestätigt wird das ferner dadurch, daß bei der letzten Reichstagswahl die Zahl der politischen Stimmen im Osten nicht zugenommen, sondern abgenommen hat. Wären wirklich an Stelle der abgewanderten Deutschen in den Jahren 1900 bis 1906 Polen eingerückt, so müßte die Zahl der politischen Wählerstimmen gewachsen sein. Man sieht, daß, wenn man der Sage auf den Grund geht, sich die Behauptungen des Landeshauptmanns als völlig falsch und direkt aus den Fingern gelogen erweisen.

Zum Schluß geht dann der Landeshauptmann auch noch auf die Ursachen der Landflucht und besonders der Landflucht im deutschen Osten ein. Er geht dabei aber den wirtlichen Ursachen sorgfältig aus dem Wege. Er führt diese Abwanderung nämlich zurück auf die schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung des deutschen Ostens, die durch die Abtreibungen der Provinzen Westpreußen und Posen und eines Teiles von Oberschlesien noch verschlechtert worden seien. Er muß aber selbst einräumen, daß die Lebensbedingungen im deutschen Osten schon vor dem Kriege schlechter waren als im übrigen Deutschland. Was heißt das denn aber, die Lebensbedingungen sind schlechter? In dieser Tatsache verbergen sich wichtige soziale Ercheinungen. Die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung im deutschen Osten waren nämlich deshalb schlechter, weil, wie allgemein bekannt und durch die Statistik jederzeit nachweisbar, die Arbeiterlöhne im deutschen

Osten durchweg um ein Drittel niedriger waren als im deutschen Westen. Ferner, weil vor allen Dingen infolge der Verteilung auf dem Lande im deutschen Osten, d. h. infolge der großen Latifundien, die Landbevölkerung im deutschen Osten keine Lebensmöglichkeit hatte, zumal die Landarbeiterlöhne ganz ungewöhnlich niedrig und ihre Wohnverhältnisse außerordentlich schlecht waren. Der Landeshauptmann sieht sich denn auch genötigt, selbst als Abhilfsmassnahme gegen diese Not eine ausgedehnte Siedlungstätigkeit im deutschen Osten zu fördern. Hoffentlich ist sich der Landeshauptmann darüber klar, daß das eine weitgehende Zerstückelung der Latifundien im deutschen Osten bedeutet. Ferner müssen aber vor allen Dingen die Arbeits- und Lebensverhältnisse der deutschen Landarbeiter im deutschen Osten grundlegend gebessert werden, wenn diese Abwanderung aufhören soll. Einmal durch Bau anständiger Wohnungen für sie, zweitens durch Gewährung auskömmlicher Löhne. Was die besondere Schädigung des deutschen Ostens durch den Versailler Friedensvertrag angeht, so können diese Schädigungen nur dadurch wieder ausgeglichen werden, daß wir endlich einen Handelsvertrag mit

Polen bekommen, der für die Produktion der östlichen Provinzen wieder Ab Absatzgebiete eröffnet. Davon spricht der Landeshauptmann leider gar nicht. Er geht deshalb verächtlich an den wesentlichen Notwendigkeiten für die Besserung der Lage im deutschen Osten vorbei.

Selbstverständlich hat der Landeshauptmann trotzdem recht, wenn er für die östlichen Provinzen Preußens auch weiterhin besondere staatliche Unterstützungen fordert. Er würde den fraglichen Provinzen, insbesondere auch Niederschlesien, aber einen viel besseren Dienst leisten, wenn er diese Forderungen nicht auf so unwissenschaftliche Weise begründen würde, wie es hier geschieht. Denn mit einem solchen unwissenschaftlichen, feigen und unwahren Elaborat, wie der Landeshauptmann es hier der Öffentlichkeit vorzulegen versucht, kann man auch in Berlin niemandem überzeugen. Ganz abgesehen davon ist es ein unglücklicher Zustand, daß der Landeshauptmann es wagt, die Öffentlichkeit in einer solchen trassen Weise, wie es hier geschieht, zu führen. Dagegen muß auf das allerhöchste Verlangen eingeleitet werden.

Kleiner Fortschritt in den Regierungsverhandlungen.

Otto Braun lehnt die Umbildung der Preußenregierung ab.

Berlin, 20. Juni. (Eigener Bericht.) Am Mittwoch nachmittag 5 Uhr traten die Führer der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien unter dem Vorsitz des Abgeordneten Müller-Franken auf neue zu einer Besprechung zusammen. Den Erörterungen lagen zugrunde die von dem Abgeordneten Müller-Franken formulierten und am Vortage den Fraktionen unterbreiteten Vorschläge für die nächsten Aufgaben der Regierungspolitik. Diese Vorschläge waren aufgestellt unter Berücksichtigung der von den beteiligten fünf Parteien in den vorher gegangenen Konferenzen gegebenen Anregungen. In einer Reihe von Punkten wurde Uebereinstimmung unter Vorbehalt reaktioneller Veränderungen festgestellt. Bei anderen Fragen ergaben sich zum Teil wesentliche Meinungsverschiedenheiten. So zunächst in der geistlichen Festlegung des 11. August als nationaler Feiertag. Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei sind bereit, diese geistliche Festlegung vorzunehmen mit der Einschränkung, daß, so wie das in Baden der Fall ist, für dringende Erntearbeiten gegebenenfalls Ausnahmen gestattet werden. Weiterhin konnte keine nützliche Uebereinstimmung erzielt werden in denjenigen Punkten, die sich auf die Durchführung eines Amnestiegesetzes vor der Vertagung des Reichstages, auf die Abschaffung der Todesstrafe und auf die vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens beziehen. Endlich bestehen noch wie vor Differenzen bezüglich der Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeiter an der Gestaltung der Wirtschaft und ebenso der Frage des Agrararzuzuloses.

Die Beratung über mehrere Punkte der „Vorschläge“ steht noch aus. Sie ist einer Sitzung vorbehalten, die für Donnerstag, nachmittags 10 Uhr, einberufen wurde. Was das Problem der Umbildung der preussischen Regierung angeht, so erklärte die Deutsche Volkspartei zu Beginn der Besprechung, daß ihre Beteiligung an den weiteren Verhandlungen nicht etwa einen Verzicht auf ihre bekannten auf Preußen bezüglichen Forderungen bedeute.

Um 7 Uhr trat die sozialdemokratische Reichsragsfraktion zu einer Sitzung zusammen, die zu dem Bericht des Genossen Müller-Franken Stellung nehmen wollte. Sie vertagte sich ohne Debatte auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

Otto Braun bleibt fest.

Berlin, 20. Juni. (Eigener Bericht.) Die Deutsche Volkspartei, die immer noch bemüht ist, die Regierungsbildung im Reich mit einer Regierungsumbildung in Preußen zu verbinden, hatte heute vormittag den Biererausfluß ihrer Fraktion unter Führung des Landtagsabgeordneten Stendel zum preussischen Ministerpräsidenten Braun geschickt, um nochmals zu erfahren, wie er sich zur Umbildung der preussischen Regierung stelle. Ministerpräsident Braun hat rund heraus erklärt, daß es ihm grundsätzlich abwegig erzeuge, die Frage der Zusammenlegung der preussischen Regierung von der Regierungsbildung im Reich abhängig zu machen. Die Ansicht, daß die preussische Staatsregierung stets so zusammengesetzt sein müsse, daß sie eine Homogenität mit der Reichsregierung erzeuge, teile er nicht. Die Zusammenlegung der preussischen Regierung müsse sich ebenso wie dies grundsätzlich bei den Regierungsbildungen anderer Länder zum Ausdruck komme, nach der Parteikonstellation des Landtages und nicht nach der des Reichstages richten. Nur durch Befolgung dieses Grundprinzips habe Preußen bisher eine stabile Politik treiben und es vermeiden können, in die mannigfachen Regierungskrisen im Reich hineingezogen zu werden. Bei den preussischen Koalitionsparteien und bei ihm, dem Ministerpräsi-

denten, bestehe daher zurzeit keine Meinung über eine Aenderung der Regierungszusammensetzung in Preußen zu verhandeln. Es hänge einzig und allein von den staatspolitischen Notwendigkeiten Preußens ab, wann über eine Verbreiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln wäre.

Der Abg. Dr. Wiemer, der anscheinend als Nachfolger für den vom Fraktionsvorsitz zurückgetretenen Abgeordneten v. Campen zu betrachten ist, hat dem geschäftsführenden Abgeordneten des Zentrums im Landtag, Dr. Graf, mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei bereit sei, über eine Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln. Die Erklärung Dr. Wiemers ist von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion weitergeleitet worden. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages ist aber zurzeit nicht verhandlungsfähig, da sie sich nach der gestrigen Sitzung bis zum 10. Juli vertagt hat.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkbericht.)

Der „Vorwärts“ sagt zu der gegenwärtigen politischen Situation: „Würde die Bildung der Großen Koalition zur Zeit scheitern, so wäre das für die Sozialdemokratie noch lange kein Grund, die Führung aus der Hand zu geben. Seit dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses haben wir immer wieder gesagt, daß es falsch ist, die Bildung einer Großen Koalition als einzige gegebene Möglichkeit hinzustellen. Angesichts des schleppenden und nicht besonders günstigen Standes der Verhandlungen scheint es an der Zeit, auch diese anderen Möglichkeiten ins Auge zu fassen.“

Alles in allem sind Gang und Stand der Verhandlungen wenig erfreulich, so ist doch die Stellung der Sozialdemokratie stark, daß man mit Ruhe die weitere Entwicklung abwarten kann.“

Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkbericht.)

Das Organ der Volkspartei, die „Tägliche Rundschau“, sagt zu der gestrigen Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten über eine eventuelle Umbildung der preussischen Regierung: „Der preussische Ministerpräsident hat sich in seiner Antwort auf die volksparteilichen Vertreter noch weiter zurückgezogen, als in seiner Regierungserklärung geschehen ist. In dieser Erklärung hatte Braun geklärt, daß die preussische Staatsregierung „zu gegebener Zeit“ der Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen nachtreten werde. Am Dienstag erklärte Braun es überhaupt für grundsätzlich abwegig, die Frage der Zusammenlegung der preussischen Regierung von der Regierungsbildung im Reich abhängig zu machen. Der preussische Ministerpräsident hat mit seinem stark ablehnenden Standpunkt einen Partikularismus gezeigt, der nicht nur bei der Deutschen Volkspartei auf Ablehnung stößt, sondern erst recht von den Linksparteien nicht verstanden werden sollte. Die Deutsche Volkspartei kann es mit ihren politischen Grundlinien nicht vereinbaren, wenn sie bei Beteiligung an einer Großen Koalition im Reich gleichzeitig in dem größten Lande von der Regierung ausgeschlossen würde. Der Deutschen Volkspartei kommt es nicht auf die sofortige Behebung einiger Ministerposten in Preußen an, sondern auf die Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte, die am ehesten bei einer gleichmäßigen Zusammenlegung der Regierungen im Reich und in Preußen gewährleistet ist. Wenn die starke Haltung des preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Regierungsparteien die Regierungsbildung im Reich schwieriger gestalten sollte, so muß die Deutsche Volkspartei auf jeden Fall die Verantwortung hierfür ablehnen.“

führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Karl und Anna.

Von Leonhard Frank.

(Copyright 1926 by Ullstein & Co. Berlin.)

5) (Nachdruck verboten.)

Die für ihre Körpergröße eher zu kleinen Füße steckten in den besten Schuhen, die sie besaß. Als sie, in den Hand den hohen, gestülpten, milchfarbenen Steinring, die für sie — sie trug ein dünnes Sommerkleid, ihr formbarer Körper, durch den Stoff durchdrängend, bewahrte die naturhafte Unschuld des Unbekleideten in — stand Karl zum Gastgeber hinüberbeugt.

Den wollte ich ja schon damals richten, dachte er. Annas Gegenwartswirkung war so stark, daß er die Marie, die in diesem Augenblick in seinem Gefühle keine Rüge gewesen wären, nicht aus sprach.

Anna sah geschmüht aus, als trüge sie Blumen.

Er hatte die Frau an, die müchtig-frisch im Ärrahmen stand, und zog unwillkürlich das weit offene Hemd über der dunkelbraunen, muskulösen, schwarzhaarigen Brust zusammen. Den Kopf hatte er nicht an. Karl sah sie und Gurtel. Das weiße Hemd war zerknüllt. Er hatte sich und das Hemd tags zuvor im Flusse gewaschen und von der Sonne trocknen lassen.

Obwohl Karl raschert und laubert war, hing doch an ihm der wilde Duft des Strohens, der Wälder, des weiten, weiten Weges. So war er in die Zivilisation geraten, wo es ein Bett gab, vier Hände und Anna.

Sie sagte: „Guten Morgen!“ und ihre Stimme klang genau so wie sie ansah, wie ihr Gang, ihr Körper, ihr Mund war.

Sie Bewegung, wie sie den Müßiggang abließ und sich dabei herabbeugte, weil sie den Papierstapel mit den Gemälden unter beschleunigter Atme hielt, gab ihnen einen Körper preis.

Sie wollte den Kaffeetisch, umschiffte die für ein intimes Frühstück überblatte das Ganze und schickte schließlich noch zwei Papierblätter mit beschrifteter Gorgell. Dabei stand ein Fenster ein Mann, der zuckte.

Die Schwere des vergangenen Abends war verschwunden. Anna war ganz verändert, als ob sie im Schloße dieser Nacht unversehens das Gefühl gewonnen hätte, für das Leben bereit zu sein.

Karls Blick folgte unversehens. Und als sie er ihm vorüber wollte, um das Frühstück zu holen, fand er keine Worte mehr zu einem Wort und keine Zeit

Annas Körper erblicke in der Umarmung, wie der Wald-

baum erhebt, ehe der Sturm beginnt.

Den Arm noch um seinen Hals, ließ sie sich auf den Stuhl gleiten. „Erst!“

Er hörte das Versprechen heraus.

Sie bereitete das Brot und reichte es ihm mit dem Blick. Sie konnte nicht essen. Hände im Schoß, sah sie zu.

„Was für schmale Hände du hast! Wie eine feine Dame!“

Sie stand vorlegen auf und trat ans Fenster.

Langsam ging er auf ihr Schloß der Erregung und Bereit-

schaft zu, legte langsam den Arm um sie. Sie standen reglos. Sie hielten einander.

Und auch als er den Blick hob und ihre lebend geöffneten

Lippen fand und immer wieder nahm, wurde kein Wort gesprochen.

Der dünne Stoff umspannte zu fest Schultern und Brust.

Er starrte die Knöpfe.

Schwach lächelnd löste sie selbst das Hemdbändchen und fiel,

während das Hemd fiel, ihm zu. Im Bett lag auf dem weißen

Leinen breit die Sonne.

Karl zog herab die Gurtelhose höher, als er nach rück-

wärts schritt, ließ die Hosentaste ersinken, daß es Türen gab,

eine Tür mit Schloß und Schlüssel, der umgedreht werden konnte.

Dann stand er wieder vor ihr, die in der Sonne lag, und

er glaubte, daß dem Gefühle, der Geliebten und ihrer Eingabe

fähig zu sein, an Glück nichts auf der Welt gleichkommen konnte.

In diesem Blick der Sicherheit verharrte er, bis sie über-

hinter unter seinem Blick, gleich einer Fozelle emporschneulte und

ihm zu sich zog.

In den sechs verzierten Seiten- und Rückgebänden, die

zusammen drei Höfe und einen überhöhen Hausblock bildeten,

wobten mehr als hundert Arbeiterfamilien, hineingebannt in

das Kriegesgeschick, das allen daselbe Leid, dieselbe Not, daselbe

Brot, dieselben Krankheiten aufzupflanzen hatte.

Das Geschrei der Säuglinge, das wie Frostsgequäl in einem

Wasserkübel hier und dort ertönte, oft minutenlang zusammen-

hängend und nie für längere Zeit ganz verstummt, wurde an diesem

Fahrradglode und verwandelte ebenfalls die Hand in ein Hörrohr.

„Hier Elfi!“

„Guten Morgen, Elfi! Hier Alma! Gut geschlafen?“

„Ah, du bist's, Alma! Reizt, daß du anrufst.“

Die Freundinnen wohnten im selben Stockwerk und blieben

beim Telefonieren einander in die Augen. Der Hof war nur

fünf Meter breit.

„Was wirst du heute anziehen, Alma? Ich zieh das

blaue an.“

„Hab ich mir gedacht. Ich werde das gelbe wählen.“

Jede hatte nur ein Sonntagskleid. Um ihre Garderobe zu

vermehrten, tauschten sie manchmal.

„Ich denke, wir werden uns heute abend ins Kino begeben.“

Was ist denn das für ein schreckliches Nebengeräusch!“

In dem Zimmer im vierten Stock, wo Annas Freundin

wohnte, die schon mehrmals vergebens zum Fenster der Nachbar-

in die hinausgerufen hatte, drehte sich die schwarze Kammer-

platte mit dem Hund vor dem Trichter und schmetterte das

Militärmarsch, nach dem die Millionen hinausgezogen waren.

„Diese Nebengeräusche sind unerträglich. Ich hänge ab.“

Werbe später nochmal anrufen. Wiedersehen!“ Elfi drückte auf

die Fahrradglode. Annas Glode überlante die Militärmarsch-

Beide Mädchen verschwand.

In der Tiefe, auf dem Zementquadrat, stand ein vier-

jähriger weißblonder Junge und brüllte himmelwärts:

„Marieschen hat ein Kind getriegt, nur weiß sie nicht, von wem.“

Jemand klopfte an die Tür. Anna schnellte im Bett hoch

Hand auf dem Herzen. Die Zeitung wurde durch den Schlag

eingeworfen.

„Früher warst du darin anders, Anna. Hast dich nicht

geschämt.“ Er lag, den Blick emporgerichtet, auf dem Rücken

benommen von der Vorstellung, wie sehr viel schamhafter Anna

früher ihm gegenüber verhalten hatte. „Erinnerst du dich, was

du immer angegeben hast, aber jedes einzelne Mal, bevor es

so weit war? Du warst auch immer abgelesen dabei.“

Sie rüdt unwillkürlich ab und karrte ihn an, fassungslos,

weil er auch diese allerhöchste Eigentümlichkeit von ihr kannte.

Ihr Gesicht war vor Verblüffung groß und plötzlich so gezeichnet

leer, als ob das Dentvermögen aus ihr herausgerissen

worden wäre.

„Ganz anders gelegen!“ Mit langsamem Druck bog er sich

widerstrebendes rechtes Bein, das sich dabei abbeugte, nach aus-

wärts, zog ihre rechte Schulter zu sich. „So war's!“

(Fortsetzung folgt)

Rhein und Weichsel.

Zaleski's Versuch zur Korrektur des Locarno-Vertrages.

Warschau, Mitte Juni.

Wie ist der polnische Außenminister Zaleski — der immer Wert darauf legt, als Pazifist zu gelten und in der nächsten Woche sogar offiziell auf dem Warschauer internationalen Kongress der Friedensfreunde aufzutreten wird — wie ist dieser Pazifist Zaleski zu einer so unfriedlichen Geste in der Frage der Rheinlandräumung gekommen? Er vermehrt sich zwar in nächstkräftigen Erklärungen zu seinen Pariser und Brüsseler Presseerklärungen dagegen, ein Gegner der beschleunigten Rheinlandräumung zu sein. Immerhin wiederholt Zaleski auch in diesem Zusammenhange nochmals die These, die Rheinlandbefreiung wäre eine Sicherung für die Ausführung des Friedensvertrages auch gegenüber Polen gewesen und, wenn diese Sicherung wegfiel, so müsse eine neue an ihre Stelle treten. Die neue Reichsregierung werde zwar sicherlich auch dem östlichen Nachbarn gegenüber Friedenswillen zeigen. Besser als der gute Wille einer doch nur für vorübergehende Zeit bestehende Regierung sei aber eine völkerrechtliche Sicherung.

Damit hat der polnische Außenminister den Punkt berührt, auf den es ihm offensichtlich in dieser ganzen Debatte ankommt und in dem er auch durch die überwiegende Mehrheit seines Volkes hinter sich hat. Man hat in Polen die Ungleichartigkeit der Bestimmungen des Locarno-Vertrages für West- und für Ost-Europa, für die Grenzen am Rhein und für die an der Weichsel von vornherein als einen schweren Nachteil empfunden. Jede Erwähnung der — grundsätzlich bekanntlich von allen deutschen Parteien vorbehaltenen — Forderung nach einer deutsch-polnischen Grenzrevision im reichsdeutschen Wahlkampf, in der Presse deutscher Regierungsparteien, in gelegentlichen Zustimmungen einzelner west-europäischer Blätter und politischer Persönlichkeiten hat die polnische Empfindlichkeit in der Grenzfrage neu aufgerührt. Kammen noch die und da Stimmen, besonders von völksparteilichen deutschen Politikern (Abg. Frhr. v. Rheinbaben!) hinzu, die die deutsche Verständigungspolitik nach Westen als Entlastung für eine diplomatische deutsche Offensive im Osten begründeten, so begann die polnische Propaganda eine deutsch-französische Verständigung über den Rhein nachgerade als Aufsicht einer Eröffnung der praktischen Kampagne zur Rückgabe des Weichselkorridors an Deutschland anzusehen. In den polnischen Angstträumen war mit einer solchen Verständigung im Westen nicht nur das polnisch-französische Bündnis stark entwertet, sondern die Deutschen bekamen auch soweit freie Hand, daß sie gegenüber den isolierten Polen nun bald mit den weitgehendsten Forderungen entgegenzutreten mühten. Nur aus diesen Beschuldigungen heraus sind Zaleski's Forderungen nach neuer Sicherung im Falle der Rheinland-Räumung zu verstehen.

Man hat den Worten des polnischen Außenministers in der deutschen Öffentlichkeit mit Recht die große Beachtung geschenkt, die sie als Symptom polnischer Stimmungen verdienen. Psychologisch kann man in der Tat daraus, wie angeblich, viel zur Beurteilung der polnischen Einstellung lernen. Als politische Aktionen sind Zaleski's Stimmungs-äußerungen aber viel weniger ernst zu nehmen. Ein kleiner Teil der französischen und belgischen Presse hat sie zwar selbstverständlich gern aufgegriffen. Vielleicht sind es sogar Anregungen gewisser französischer Kreise gewesen, die durch Vermittelung des Pariser polnischen Botschafters Chlapowski, eines aus der äußersten polnischen Rechten hervorgegangenen polener Junker-Politikers, den polnischen Außenminister auf die falsche Fährte solcher öffentlichen Vorstöße gelockt haben. Die Absichten dieser französischen reaktionären Kreise mit einer solchen Aktion waren aber zweifellos nicht auf die Erfüllung der polnischen Ziele gerichtet. Sie benutzten den Verbündeten aus dem Osten vielmehr nur für sehr selbstsüchtige Ziele: die Störung der deutsch-französischen Verständigung oder doch wenigstens den Versuch zur Erhöhung des Preises für eine etwaige beschleunigte Räumung des Rheinlandes. Eine Ergänzung des Locarno-Vertrages für die deutsche Ostgrenze durch Bestimmungen nach dem Vorbild der Vertragsteile über die deutsche Westgrenze liegt dagegen allen polnischen Hoffnungen und Wünschen zum Trotz außerhalb der politischen Möglichkeiten. Der frühere polnische Außenminister Graf Skrzynski, der als polnischer Unterhändler an den Locarno-Verhandlungen teilnahm, hat das seinen Landsleuten erst vor einigen Monaten wieder klarzumachen gesucht. Aber er hat selbst auf der polnischen Linken nur einzelne kluge Köpfe überzeugen können, als er darauf hinwies, daß eine Garantie der heutigen polnisch-deutschen Grenzen nicht nur an dem Widerspruch jeder deutschen Regierung, sondern auch an der Abneigung anderer Locarno-Unterzeichner — zum mindesten Englands — gegen die Übernahme so weitgehender Verpflichtungen in Osteuropa scheitern müsse. Wenn ein Teil der bürgerlichen deutschen Presse nicht wieder einmal vor einem angeblich drohenden „Dis-Locarno“-Gange macht, so ist das also eben so wirklichsferne Angstpolitik wie die polnische Furcht vor aktuellen Grenzrevisions-Versuchen.

Tatsächlich übersehen die Angstpolitiker hüben und drüben vor allem die Sicherungen, die beiden Seiten durch die bereits bestehenden Ostbestimmungen des Locarno-Vertrages gegeben werden. Diese erklären bekanntlich eine Revision der Grenzen nur auf Grund eines friedlichen Einverständnisses beider beteiligten Staaten für möglich. Man kann sich nun zwar gewiß Situationen ausdenken, in denen ein solches freiwilliges Einverständnis dem einen Partner vom anderen durch mehr oder weniger sanften Druck abgepreßt werden könnte. Wäre Polen heute politisch wirklich in Europa isoliert, wäre es von einer aktiven russischen Offensive bedroht, die man sich etwa verbündet mit den Freiheitswünschen der unterdrückten Ukrainer und Weißrussen vorstellen könnte — in einer solchen weitgeschichtlichen Situation würde die heute einmütige für die Erhaltung ihrer bestehenden Grenzen eintretende öffentliche Meinung des Landes vielleicht umschwenken und zur Nachgiebigkeit gegenüber einem deutschen Verlangen nach Grenzberichtigung zu haben sein. Aber heute hat Polen nicht nur das französische Bündnis, die Sympathien großer Teile der englischen (russen-gegnertischen) Regierungspartei, das Interesse amerikanischer Geldgeber an ihren polnischen Bank- und Substitutionsinstitutionen für sich. Es bekommt auch von Rußland her wohl hier und da einmal kleine Unfreundlichkeiten wegen der Ausschreitungen einzelner anti-

völkswirtschaftlicher Emigranten zu hören, brauchte aber seine Handelsvertrags- und Sicherheitspakt-Verhandlungen mit Moskau nicht einmal nach den beiden Allentagen des letzten Jahres gegen Warschauer russische Diplomaten zu unterbrechen. Mögen die Ergebnisse dieser Verhandlungen auch noch in der Ferne liegen — schon ihre Fortführung zeigt eine gewisse Entspannung an der polnischen Ostgrenze an, die mit der Abkehr der westeuropäischen Imperialisten von der Interventions-Politik in Rußland zusammenhängt. In einer solchen politischen Gesamtlage des europäischen Ostens genügt der Locarno-Vertrag auch für die Aufrechterhaltung der heutigen deutsch-polnischen Grenze.

Man wird sich zwischen Polen und Deutschen schwer darüber einigen können, ob das zu begrüßen oder zu bedauern ist. Selbst die Pazifisten beider Länder werden auf ihrem Warschauer Kongress in der nächsten Woche in dieser Frage ihre Gefühle kaum ganz vereinheitlichen können. Aber man wird bei ruhiger Beurteilung wenigstens den Tatbestand der politischen Lage von der Verschleierung durch übertriebene politische Ängste und Hoffnungen befreien können. Geschicht das, so werden wenigstens unnütze Debatten über scheinbare aktuelle Gegenstände vermieden werden, die nur die Atmosphäre für diejenige Einigung oerderben müssen, die schon heute reif ist: die wirtschaftliche Verständigung über einen vernünftigen Handelsvertrag.

Die latente Krise in Frankreich.

Versuche, die Rechte zu beschwichtigen.

Paris, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Verlauf der am Dienstag durchgeführten Wahlen zu den Kommis-sionen, die abermals mit einem ausgeprochenen Erfolg der Linksparteien endeten, hat die Ungewißheit über die Orientierung der neuen Kammer nunmehr zu einem solchen Grade gesteigert, daß, wie berichtet, bereits von der Möglichkeit einer Krise gesprochen wird. Es zeigt sich immer mehr, daß die Kammer entschlossen ist, der Linkspartei die Führung des Landes, die bei den Wahlen nur unvollkommenen Ausdruck gefunden hat, Rechnung zu tragen. Auch die noch nicht in bestimmter Richtung festgelegten Abgeordneten des Zentrums vermögen sich dieser Entwicklung schwer zu entziehen. Während die Wahlen vor allem von der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten bestimmt werden, sieht sich heute, ungeachtet der von ihm gewünschten nationalen Einheit, der Auseinanderziehungsprozess der Parteien mit natürlicher Notwendigkeit fort. Wenn am Mittwoch morgen ein Reichstagsblatt schreibt, Poincaré hätte zuerst an die politische Stabilisierung denken sollen, so wird gerade damit die Unlösbarkeit der Aufgaben eines Kabinetts der nationalen Einheit gekennzeichnet, das die fortschreitende Bewegung der politischen Kräfte durch ein stabiles System, eine Parteienkombination ohne klare politische Zielrichtung, zum Stillstand bringen will. In dem gleichen Augenblick, in dem sich das Sanierungswort Poincarés seinem Ende zuneigt, beginnt in jedem Teil die Politik wieder ihr Recht zu fordern, und es ist kein Zufall, daß bereits jetzt wieder die Aussicht einer neuen politischen Krise in weit höherem Maße die Gemüter beschäftigt als die noch ausstehende Lösung des Währungsproblems. So erweist sich deutlich genug, daß die Krisenberechtigung des Burgfriedens tatsächlich nur auf finanzpolitischem Gebiete zu suchen ist. Poincarés Reaktion muß auseinanderfallen, sobald die Währungsfrage nicht mehr existiert. Es ist dabei freilich bezeichnend, daß die Linke von ihrem Siege offenbar selbst übertrübt ist, und es erscheint fraglich, ob sie die Stärke und die Kraft besitzen wird, morgen selbst die Verantwortung zu übernehmen. Die Haltung der Sozialisten wird hierauf fraglos entscheidenden Einfluß haben, und es bleibt abzuwarten, ob die veränderte Situation die Partei zu einer Veränderung ihrer in Toulouse beschlossenen Organisationsstaffel bestimmen kann. Unter allen Umständen will man eine Krise vor der Stabilisierung vermeiden. Das ist der Grund, warum die Linksparteien sich augenblicklich bemühen, die Regierung der Rechten zu beschwichtigen. Man will für sie mehrere neue Posten in der Finanzkommission schaffen. Ferner haben mehrere Abgeordnete der Linken ihre Posten, für die sie gewählt wurden, zur Bekämpfung durch Mitglieder der Mitte oder der Rechten zur Verfügung gestellt. Auch in den anderen Kommissionen scheint man die Rechte für ihre Niederlage am Dienstag entschädigen zu wollen. Bei all diesen Beschwichtigungsvorhaben handelt es sich jedoch aller Voraussicht nach lediglich um einen Waffenstillstand zwischen den Parteien, der kaum über den Herbst hinaus anhalten dürfte. Die Gegenstände sind in allen Parteien zu tiefgehend, als daß ihre Zusammenführung durch die Formel der nationalen Einigung auf die Dauer möglich wäre.

Paris, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Stabilisierungs-Debatte in der Kammer wird, wie nunmehr bekannt wird, bereits am Donnerstag durch längere Erklärungen eingeleitet werden, die der Ministerpräsident über die Gründe der Stabilisation abgeben will. Auf Wunsch der Regierung wird die Kammer die Interpellationsdebatte auf die nächste Woche verschieben. Auch der elfjährige Abgeordnete Walter hat sich bereit erklärt, die Wiederbringung seines Antrags auf sofortige Haftentlassung Koffes und Rißlins bis zur Erledigung des Stabilisationsgesetzes hinauszuschieben.

Abbruch mehrerer deutsch-französischer Abkommen.

Paris, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die seit einiger Zeit zwischen Deutschland und Frankreich zur Ergänzung des im August vorigen Jahres unterzeichneten Handels-Abkommens geführten Wirtschaftsverhandlungen sind nunmehr beendet worden. Der deutsche Botschafter v. Hoeßch und Ministerialdirektor Pöffe auf deutscher Seite und Außenminister Briand, sowie Handelsminister Bokanowski auf französischer Seite haben am Mittwoch morgen ein Zusatzabkommen unterzeichnet, welches die Auslegung strittiger Bestimmungen des Handelsabkommens behandelt.

Rücktritt der bayrischen Regierung.

München, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gemäß den Bestimmungen der bayrischen Verfassung sind die Minister der Regierung seit am Mittwoch, also am Tage vor Zusammentritt des neuen Landtags, von ihren Ämtern zurückgetreten. Sie führen bis zur Neubildung des Ministeriums die Geschäfte weiter. Wichtiger als diese politische Formalität ist das endgültige Scheitern der Verhandlungen zwischen den vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Fraktion zum neuerlichen Zusammenstoß einer Fraktionsgemeinschaft, wie sie in den letzten neun Jahren der bayrischen Parlamentaristik bestanden hat. Der Bruch ist im wesentlichen auf die Streikmaßnahmen zurückzuführen, die von Berlin aus auf diesem Entschluß gedrängt wurden.

Am Mittwoch konstituierte sich auch die am 11. Mann vergrößerte, nunmehr 34 Abgeordnete zählende sozialdemokratische Landtagsfraktion. Zum ersten Vorsitzenden wurde wiederum Genosse Johannes Lim gewählt.

Ausgeliefert!

Zürich, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im März dieses Jahres hatte der italienische Journalist Mario Pagan den schicksaligen Spiel Savozelli in Paris erschossen und war dann in die Schweiz geflüchtet. Das Schweizer Bundesgericht will jetzt auf der Feststellung gelangt sein, daß es sich nicht um ein politisches Verbrechen handelt; sie hat Pagan nach Frankreich ausgeliefert.

Das Amnestiegesetz vom Sejm angenommen.

Warschau, 20. Juni. In der gestrigen Sejm-Sitzung, die bis Mitternacht dauerte, wurde das Amnestiegesetz nach Ablehnung sämtlicher Verbesserungsanträge in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Ablehnung verfiel auch ein wichtiger russischer Antrag, wonach die Amnestie auf die im Szomada-Prozess Verurteilten ausgedehnt werden sollte. Der Sejm ist nunmehr in die Ferien gegangen.

Um das Frauenwahlrecht in Frankreich.

Paris, 20. Juni. Der Senat lehnte in seiner Dienstag-Sitzung das Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frauen erneut ab, indem er einen Antrag auf Festsetzung eines Termins zur Beratung eines dahingehenden Gesetzesentwurfes mit 176 gegen 123 Stimmen verworf.

Vor dem Generalstreik in Griechenland?

London, 20. Juni. Nach Meldungen aus Athen sind noch immer keine Anzeichen für ein Abflauen der Streikbewegung vorhanden. 250 000 Arbeiter, einschließlich der Eisenbahnangestellten, sind der Streikbewegung beigetreten. Viele Städte sind ohne Licht und Wasser. Das Arbeiterkomitee hat der Regierung erneut seine Forderungen unterbreitet. Die Regierung kündigt in einer neuen Erklärung jedoch an, daß sie beschlossene, die Streikbewegung durch Militär zu bekämpfen. Sie hält nach wie vor daran fest, daß der Streik auf kommunistische Einflüsse zurückzuführen sei. Die Regierung habe Beweise dafür, daß der Streik der erste Akt einer kommunistischen Revolution sei. Die Ausrufung des Generalstreiks in Athen und Piräus wird für morgen erwartet.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Bukarest, 21. Juni. Die Belgrader Blatta hat die Bukarester Konferenz der Kleinen Entente bedeutend beeinträchtigt. Den ganzen Mittwoch nachmittag mußte der jugoslawische Außenminister mit Belgrad telephonieren.

Die Konferenz hielt am Mittwoch zwei Sitzungen ab. Zuerst berieten die drei Außenminister Jugoslawiens, Rumaniens und der Tschechoslowakei über die Lage der Kleinen Entente. Eine allgemeine Aussprache folgte sodann in der zweiten Sitzung.

Am Donnerstag sollen die besonderen Aussprachen folgen. In einem amtlichen Bericht wird die Einigkeit der Kleinen Entente nachdrücklich unterstrichen.

Die Korruption in Rußland.

Moskau, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Finanzabteilung in Moskau am Don wurde, wie aus Sowjet-Rußland berichtet wird, ein großer Steuerbetrug aufgedeckt. 12 Angestellte der Finanzabteilung, also mehr als die Hälfte aller überhaupt in dieser lokalen Behörde Angestellten, sollen an einer Steuerhinterziehungssache beteiligt sein und werden beschuldigt, den Bräutigamsleuten geholfen zu haben, ihre Einnahmen zwecks Steuerhinterziehung zu verbeden.

Der Tod Tschangtscholsins bestätigt.

London, 20. Juni. Wie aus Tientsin gemeldet wird, wird von autoritativer Seite aus dem Hauptquartier der mandschurischen Armee nunmehr der Tod Tschangtscholsins bestätigt. Sein ältester Sohn, General Tschangtschun Liang ist zum Gouverneur der mandchurischen Provinz Fengtien ernannt worden.

Peking, 20. Juni. Nach Meldungen aus Mukden hat der Dozent des Konsular-Korps amtlich davon Mitteilung gemacht, daß er sich persönlich vom Tode Tschangtscholsins überzeugt habe. Tschangtscholsin sei am Sonnabend bestattet worden.

Letzte Nachrichten.

Maddalena soll Amundsens suchen.

Mit großer Unruhe wartet man noch immer auf eine Nachricht von Amundsens. Man kann nicht begreifen, daß bis zur Stunde noch keine Mitteilung über das Schicksal des französischen Flugzeuges eingetroffen ist. Das Gerücht, wonach es nördlich von Spitzbergen gestürzt worden sei, scheint jeder Grundlage zu entbehren. Major Maddalena hat den Auftrag erhalten, einen Erkundungsflug zur Aufspürung Amundsens zu unternehmen.

Die Funkprüche Nobiles haben wieder die alte Stärke erlangt, so daß man annehmen kann, daß er jetzt den neuen von Maddalena abgeworfenen Affirmulator benutzt. Das Abwerfen von Ausstattungsgegenständen für die Schiffbrüchigen mit Hilfe von Fallschirmen erfolgte in einer Höhe von 50 Metern über dem Eise. Eine Landungsmöglichkeit hat Maddalena nicht gefunden, so daß er nach Kingsbay zurückkehren mußte, ohne mit Nobile in direkte Verbindung getreten zu sein. Außer Gewehren und Munition sind auch Proviant sowie Zigaretten und Briefe mit Instruktionen abgeworfen worden. Das Wetter ist sehr gut.

Schweres Explosionsunglück beim Salutschießen.

Am Dienstag lief der englische Kreuzer „Ranier“ von dem englischen Geschwader, das sich gegenwärtig in den baltischen Gewässern aufhält, in den Memeler Hafen ein. Beim Salutschießen der britischen Artillerie ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache explodierte ein Geschütz. Ein Oberleutnant wurde getötet und vier Mann schwer verletzt.

Bier Millionen Mark Brandstaden.

In Caracas in Venezuela ist eine große Petroleum-Lagerkation an der Küste des Maracaibo-Sees angezündet. Der Schaden beläuft sich auf etwa vier Millionen Mark. Ein deutscher Plantagenbesitzer in Ostafrika von einem Löwen zerrissen.

Die in Sudwig-Lux wohnenden Angehörigen des Plantagenbesitzers Billi Schulz in Dorcas-Jamaica (Jamaika) erhielten die Nachricht, daß ihr Verwandter ein fähriger Mann auf der Löwenjagd nach einem missglückten Satz von einem Löwen zerrissen worden ist.

Liebig-Theater.

Täglich 8 Uhr
Sonntag 2 Vorstellungen
 nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr
Die Sensation der ganzen Spielzeit!
 Kurzes Gastspiel der Kunstl. Renne:

Große Kleinigkeiten

Die erfolgreichste deutsche
 Renne des Jahres 1928
 in 30 Bildern

So urteilt die Breslauer Presse:

Breslauer Neuzeit Nachrichten: Vor allem gibt es eine sehr stark trainierte Giris, die der Fitter-Mantel wirklich nahekommen.

Vollstocher: Die Renne läuft das Haus, und ganz mit Recht, denn sie ist wirklich hübsch. Gestand wird v. a. durch das Publikum zur Begünstigung hin. Dem gebildeten Fremdenbeuch, der in diesen Tagen in Breslau weilt, wird damit ein sehr schöner Abend geboten.

Breslauer Zeitung: Ganz vorzüglich ist vor allem die Szene mit Ernst Loewe „Stumpfinn“ in erschütternder Komik kaum zu überbieten. Ritz und Gitz vom Olympia-Theater Paris tanzen einen Charakter, einen Bohren und einen Blad Bottom mit Fingering und blendender Eleganz.

Schlesische Zeitung: Was sonst in diesen drei Stunden geboten wird — 30 Nummern umschließt das Programm — ist fast mehr, als man fürs Eintittsgeld verlangen kann. Diese Renne unterscheidet sich von anderen durch die absolute Ehrlichkeit. Breslau hat keine Sommer-Renne, bei der das Auge schmelzen kann.

Schlesische Tagespost: Es war unbestritten ein ganz großer Erfolg und es gab starken Beifall. Dieses Gastspiel beweist, daß wir auch ohne Anlehnung an das Ausland eine gute deutsche Renne zustande bringen können und daß eine Renne durchaus kein Mühsal zu sein braucht. Die Fregie Martin Werlens legte Wert auf Tempo und Harmonie. So wurde die Renne zur Kunst.

Abendblatt: Die Gastrenne „Große Kleinigkeiten“, deren Premiere vor ausserordentlichem Hause stattfand, wurde in allen Teilen bejubelt und gefeiert. Fritz Tschauer — den Breslauern nicht unbekannt — befindet sich auf erfolgreichem künstlerischem Höhepunkt. Seine schneidende Eleganz hat in ganz Deutschland kaum ein Gegenstück.

Preise ab 1 Mk.

Stadttheater

(Opernhaus)
 Donnerstag
 20 bis geg. 22.45 Uhr
 22. Abonn.-Kostell.
 Serie E
Wignon.
 Freitag
 20 bis nach 22.30:
 22. Abonn.-Kostell.
 Serie C
Der Freischütz.
 Sonnabend
 19.30 bis geg. 22.30
 Mitgliedsvorstellung
 C. A. Neumann
Don Juan.

Blaue Arbeits-Anzüge

schräg
 oder gerade
 in nur
 la Qualität,
Kessel- und Säure-Anzüge



Oskar Dehmel

Neumarkt 45
 Zeichnung 26. und 27. Juni
 Große Wertung
Gold-Lotterie
 7169 Gewinne in Rm.
150000
75000
50000
25000
 Original-Lose 3 Rm. 3-
 Porto und Liste 40 Pf. extra
 empfindlich sind unter
 Nachnahme
EMIL STILLER
 Hamburg 5, Holtenauer 39

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 627
 Tel. 36300
 Täglich 20 Uhr:
Die Jüngende Venus
 Sonntag nachm. 15.15 Uhr:
 Zum 100. Male:
Die Zirkusprinzessin.

Lobe-Theater.

Tel. 56747.
 Donnerstag 20 Uhr
 und täglich
 Der härmliche
 Heiterkeitserfolg:
Saisonverkauf 1928
 Die neue große Renne
 im Lobe-Theater.
 Teile von Paul Benary
 und Carl Beck.
 Haupt von Harry Raban
 beste Antritts Renne a. G.

Thalia-Theater

Tel. 56747.
 Donnerstag 20 Uhr
 und täglich:
 Der sensationelle Erfolg
 Der letzte Schrei?
 Ein Stück in drei Akten
 von G. W. Whalley,
 für die deutsche Bühne
 bearbeitet v. Gustav Renne.

Arbeitshofen

Ein Anstalt für weibliche Arbeiter.
 Preis nur 20 Pf. monatlich 10 Pf. Porto.
Volksrecht-Buchhandlung (Hilfslos Hilft)
 Breslau 11, Neue Grapenstr. 5



Strümpfe

- Damen-Strümpfe Kunstseide mit Neht Paar **95** Pf.
- Damen-Strümpfe Moko u. Moko optret. Paarl. 95, 1.65, 1.25 **95** Pf.
- Damen-Strümpfe prima Seidenkor Paar 1.95, 1.65 **1.45**
- Damen-Strümpfe Waschkunstseide Paar 2.25, 1.95 **1.45**
- Damen-Strümpfe Seidenmoko Paar **1.75**
- Damen-Strümpfe „Bemberg“ Waschkunstseide. Paar 3.75, 5.50 **2.95**
- Herrn-Socken gemustert Paar 95, 75 **50** Pf.
- Herrn-Socken Baumwolle mit Kunstseide und Flor mit Kunstseide Paar 1.95, 1.45 **1.25**
- Kinder-Strümpfe gute, halbbare Qualität, schwarz, grau, mode alle Größen durchweg Paar **75** Pf.
- Kind.-Kniestrümpfe alle Größ. Serie I durchweg Paar **1.65** Serie II Paar **95** Pf.

Kinder-Söckchen mit Wolbrand, alle Größen, durchweg Paar **75** Pf.

Kunstseidene Wäsche

- Damen-Schlüpfer glatt, H. Wahl Paar **1.45**
- Damen-Schlüpfer maschenfest mit Allosstreifen Paar **2.95**
- Damen-Schlüpfer m. Allosstreifen, pa. Qual. Paar 4.25, 3.95 **3.50**
- Damen-Prinzeß-Röcke glatt, H. Wahl 3-tück **2.25**
- Damen-Prinzeß-Röcke m. Allosstreif. pa. Qual. 4.75, 3.95 **3.50**
- Damen-Prinzeß-Röcke „Tramatin“ m. Spitzen Stück **5.75**
- Damen-Hemd-Hosen mit Spitzengarnatur, Windelfasson Stück 4.75, 3.95 **2.25**
- Damen-Hemd-Hosen m. Röckchen und Allosstreifen Sl. glatt **9.75** **5.95**
- Kinder-Schlüpfer Größe 50-55 Paar **1.25** Größe 35-45 Paar **95** Pf.
- Kinder-Hemd-Hosen mit Allosstreifen, Größe 35 **1.35**

Jede weitere Größe 25 Pf. mehr.

BARASCH G. m. b. H.

Krauss-Ware

verbürgt
langjährige Haltbarkeit
 Volksbadewannen = Waschwannen = Silzwannen
 Dampf-Waschmaschinen = Wärmflaschen = Leibwärmer
 Verkaufsstellen: 10073
Alle Fachgeschäfte

Zur Fahrt ins Grüne, Eine gute Maschine!

Sonderangebot
 f. Ia Fahrrad mit Gesamt geg. Teilzahl. Anzahl Mk. 12.
 Wöchentliche Raten von Mk. 2.50 an. Teilzahlungspreis:
 Spezialräder: Original-Marktrad:
 Tourenrad Mk. 79.50 Tourenrad Mk. 118.00
 Damsrad Mk. 85.00 Damsrad Mk. 125.00
 Halbrenner Mk. 85.00 Halbrenner Mk. 128.00
 f. m. Außenläg. 105.00 Renner m. Außenläg. 145.00
 f. m. Ia Hohlbügel 155.00
 Sämtl. Räder mit Ia. Bereifung und Torpedobereifung!
 Größe v. 25 Pf. an Größe v. 25 Pf. an
 Ia. Simul. v. Mk. 2.75 an Spaten 100 Stück Mk. 1.20
 Schlichte v. 95 Pf. an Duchen v. Mk. 2.45 an
 Schraubschraube v. Mk. 5.75 an Schraubschraube v. 75 Pf. an
 Felgen, schwarz v. 95 Pf. an Felgen, schwarz v. 95 Pf. an
 Reifen v. Mk. 19.50 an Reifen v. 95 Pf. an
 Sämtl. Teile sind in sehr groß. Auswahl zu enorm billigen
 Preisen am Lager. Fach. geleitete Reparaturwerkstatt.
Nähmaschinen mit Zentralbüchsen Mk. 190.00
 Anzahl Mk. 18.00, wöchentl. Mk. 2.50

Fahrradhaus Eximius

Reuschestr. 28
David: Referententführer.
 Eine Anstalt für weibliche Arbeiter.
 Preis nur 20 Pf. monatlich 10 Pf. Porto.
Volksrecht-Buchhandlung (Hilfslos Hilft)
 Breslau 11, Neue Grapenstr. 5

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute

empfehlen:
Schwarze Lederhosen 9 Draht. **15 u. 12** Mk.
 mit Leder **16 u. 13** Mk.
Schwarze Tuch-Lederhosen **6.50** Mk.
 schwarz mit Schnitt
Hauer-Hose in Leder von **7** Mk. an
Große Auswahl in Hauer-Hose, Leder und Tuch.
Eugen Hamburger
 Tschirnstraße 31, 11te Spingelstr.

Erholungsfürsorge

für Frauen u. Mädchen.
 Der Breslauer Sozialer Frauenverein bietet sofort
 Zimmer in gutem Hause bei Jobben, Verpflegungs-
 preis 2.50 Mk. täglich. Reinigung Diensttag,
 Donnerstag Schühbrüche 36, Zimmer 43, von
 10-12 Uhr, oder Schatzhofstr. 6, v. 8 1/2-9 1/2 Uhr.

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Eigenheim Eichborngarten e. G. m. b. H.

Bilanz am 31. Dezember 1927

Activa	Rml.	Pf.	Passiva	Rml.	Pf.
1. Gebäude			1. Mitgliedsanteile	25 570	86
a) fertige	7 377 794	16	2. Darlehen	391 515	22
b) im Bau befindliche	458 493	80	3. Hypotheken	7 957 583	37
2. Grund und Boden	1 177 852	03	4. Restaufgelde für Grund und Boden	479 833	84
3. Lager	16 771	24	5. Baufen	128 936	65
4. Banten	16 428	35	6. Rücklagen	70 240	82
5. Vorräte	2 050	64	7. Lieferanten-Verbindlichkeiten	50 398	11
6. Inventar	1	—	8. Tilgungs-Sammelonds	24 149	85
7. Hinterlegungen	51	—	Gewinn	2 604	37
8. Auslagen	54 446	06			
9. Kasse	3 033	58			
10. Amortisations-Fonds	24 149	85			
	9 130 581	09		9 130 581	09

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1927

Ausgaben	Rml.	Pf.	Einnahmen	Rml.	Pf.	
Aufwendungen	31 455	92	Hausenträge	57 007	44	
Hypothek.-Zinsen 318 568.30			Aus der Rücklage für große Instandsetzungen	67 508	35	
Rücklage f. unbesetzte Hypothek.-Zinsen	58 992.62	372 566	92	Diverse Zinsen	1 471	90
Betriebskosten	46 205 15					
Rücklag. f. große Instandsetzungen	27 145.80	73 350	95			
Verwaltungskosten	15 899	—				
Reparaturen	84 410	54				
Gto. dubio	15 789	99				
Gewinn	2 804	87				
	596 077	69		596 077	69	

Breslau, den 11. Mai 1928

Der Aufsichtsrat

der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft Eigenheim Eichborngarten e. G. m. b. H., Breslau
 Müller Grotewold Callenberg
 Wiedemann Reicheneber Weder
 Wiedemann Wenter Wurst
 Seichter Hirschberg

Der Vorstand

Piecha Matkewsky Winter Scholtz
 Vorliegende Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Der Kassenprüfungsausschuss

Wenter Wurst

Mitgliederbewegung:

Bestand am 1. Januar 1927	574 Mitglieder mit 576 Geschäftsanteilen
Zugang vom 1. 1. 27 bis 31. 12. 27.	134 Mitglieder mit 134 Geschäftsanteilen
Abgang: durch Kündigung	31 Mitglieder mit 11 Geschäftsanteilen
Übertragung	4 Mitglieder mit 4 Geschäftsanteilen
Tod	3 Mitglieder mit 3 Geschäftsanteilen
dennach Bestand am 31. 12. 1927.	670 Mitglieder mit 692 Geschäftsanteilen

Der Zugang an Mitgliedern im Jahre 1927 beträgt somit 116 mit 116 Anteilen.

Noch nie so billig!

Frisches Rehkechfleisch 30
Frische Rehblätter 1.10
 Wild- und Geflügelgroßhandlung
E. Kretschmer
 Karlstraße 44 und Kaiser-Wilhelm-Straße 3

Saison-Ausverkauf

100 gekragene 640
Anzüge v. 8 Mk. an
 zum Teil kl. Bau figuron
Jackells v. 4 Mk. an
Westen mittl. Gr. 1.50 Mk. an
Palcois v. 8 Mk. an
 Weissenburgerstr. 3

August Bebel

Bildnis des großen Arbeiterführers
 in feinstem Kupfertiefdruck
1.— Mk.

Parteilreunde

kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

Zu beziehen durch die **Volkswachtbuchhandlungen Breslau**
 Neue Graupenstraße 5 * Neue Taschenstr. 11
 Flurstraße 4.



„Unsere kleine“

„Dies ist die Familie Meyer, der ich zu glücklichen Stunden und einem endlich zufriedenen Heim verholten habe. Durch mich, „die kleine Anzeiger“ der „Volkswacht“, sind die Leuten trotz ihrem schmalen Einkommen zu einem herrlichen Grammophon gelangt.“
 „Brauche ich mehr zu sagen? Weiß endlich der fluge Mensch, wo er erfolgreichste kleine Anzeigen aufgeben muß.“
 „Na also — am Montag sehen wir uns wieder.“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Juni 1928.

Abeliger Betrüger vor Gericht.

Freiherr von Seydlitz erhält vier Monate Gefängnis. Vor dem Erweiterten Schöffengericht stand am Dienstag in abhörländiger Verhandlung der jetzt 22 Jahre alte Freiherr Kurt von Seydlitz und Kurzbach, um sich wegen Betruges zu verantworten. Der Angeklagte befindet sich 10 Monate in Unterhüftungsanstalt. Die Betrügereien, die ihm zur Last gelegt werden, soll er sich in den Jahren 1924/25, also als Siebzehnjähriger, haben zuschulden kommen lassen. Sein adeliger Name verschaffte ihm, obgleich er mittellos war, Einlaß in eine ganze Reihe von Familien. Hier wurden nun allerlei fragwürdige Geschäfte gemacht, und der Name des Freiherrn mußte oft genug herhalten, daß andere Kredit bekamen. Gearbeitet wurde meistens nur mit Wechseln und auch mit Wertpapieren. Die Geschäfte, die sie machten, waren überaus verzwickte, und diese galt es nun jetzt in der Verhandlung dahin zu klären, ob es sich tatsächlich dabei um Betrügereien handelte. Die Anklage nahm acht Betrugsfälle an. Die umfangreiche schwierige Verhandlung führte aber dazu, daß das Gericht Betrug in nur vier Fällen für erwiesen erachtete. Außerdem hatte sich von Seydlitz einer schweren Urkundenfälschung und des versuchten Betruges schuldig gemacht. Gegen Stellung einer Sicherheit von 1500 Mark sollte er eventuell aus der Haft entlassen werden. Um sich dieses Geld zu verschaffen, stellte er einen Bürgschaftschein aus und unterschrieb denselben mit dem Namen seines Onkels, eines Pastors Heilmann. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betruges in vier Fällen und schwerer Urkundenfälschung in einem Falle in Tateinheit mit versuchtem Betrug zu insgesamt vier Monaten Gefängnis. Diese Strafe wurde als verhältnismäßig angesehen und der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Die Anklage hatte sich ursprünglich auch auf seine Mutter ausgedehnt. Gegen diese wurde aber inzwischen das Verfahren eingestellt, weil sie den § 51 hat. Wegen Beihilfe zum Betrug waren der Direktor Helmuth von Bodenort und der Bergwerksbesitzer Hermann Nummer mitangeklagt. Diesen beiden konnte aber eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden. Sie wurden deshalb auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Im Falle Bodenort wurden sogar die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Damit ist ein Prozeß zu Ende gegangen, der seinerzeit viel Aufsehen erregte und bei dem es sich ursprünglich um erheblich umfangreichere Straftaten handelte.

Was der Prozeß allerdings wieder eindeutig bewies, war die längst festgestellte Tatsache, daß ein Betrüger mit ablichem Namen immer offene Türen und Hände findet. Der deutsche Untertanengeist „bewährt“ sich in solchen Fällen stets wieder aufs neue, und die Geprüllten sind eigentlich nicht zu bedauern.

Landesarbeitsgericht.

Streitende Brüder.

H. gegen H. meldet kurz der Terminzettel: Klassenkampf innerhalb der Familie zeigt die Verhandlung. Zwei Brüder in fast gleichem Alter stehen vor den Schranken. Der eine ist Bäckermeister mit guter Existenz; der andere bei ihm „aus Gnade“ als Geselle beschäftigt. Oft gab es Reibereien zwischen beiden. Als nach anderthalb Jahren der Bruder Geselle vom Bruder Meister auf die Straße gesetzt wurde, fand man sich kurze Zeit darauf vor dem Arbeitsgericht wieder. Geselle H. klagte gegen den Bäckermeister H. auf Zahlung von Ueberstunden, die er an den Feiertagen und Sonnabenden ohne Entgelt verrichtet hatte. Das Arbeitsgericht aber sah in dem bisher zu dem Streitfall nicht geltend gemachten Anspruch des Gesellen einen nachträglichen Verzicht und wies ihn mit seiner Klageforderung von 1013 Mark ab.

Vor der Berufungsinstanz, dem Landesarbeitsgericht, fanden sich die streitenden Brüder mit ihren Rechtsanwältinnen wieder. Der Vertreter des Brudermeisters vertritt mit viel Gewandtheit die von ihm beantragte Abweisung der Klage, behauptet, daß überhaupt Ueberstunden im Sinne des Gesetzes gemacht worden sind. Außer an den Feiertagen — diese Mehrarbeit wurde vergütet — sei nie mehr als 48 Stunden in der Woche gearbeitet worden. Ein eigenartige Behauptung allerdings, wenn man dann hört, daß der Geselle von morgens um 5 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Betriebe war. Da die Rechtslage bezüglich des Verzichts umstritten ist und Beweis über tatsächliche geleistete Ueberstunden nur schwer zu erbringen war, regte der Vorsitzende nach 1 1/2 stündiger Verhandlung einen Vergleich an. Kläger und Beklagte fanden sich mit der Bezahlung von 275 Mark in Katen ab.

Ein anderer Geselle des gleichen Bäckermeisters H. kam gleich danach mit demselben Streitfall an die Reihe. Auch er verlangte für geleistete Ueberstunden 656 Mark und schloß schließlich nach dem Vorbild des vorhergehenden Verfahrens einen Vergleich mit 175 Mark. — Beide werden wohl die Lehre daraus gezogen haben, daß Ueberstundenbezahlung rechtzeitig verlangt werden muß. Das ist, besonders in Handwerksbetrieben, oft schwierig, schafft aber eine klare Rechtslage und vermeidet späteren Ärger.

Neue Entscheidungen des Reichsversicherungsamts.

„Stiefkind“ im Sinne der Reichsversicherungsordnung ist auch das von dem Ehegatten des Versicherten an Kindesstatt angenommene Kind, das kein Kind des Versicherten selbst ist. — Für die Gewährung der Kinderzulage für Stiefkinder ist nicht erforderlich, daß das Kind bereits zur Zeit des Anfalles Stiefkind des Verletzten war; es genügt, wenn es diese Eigenschaft später erlangt, der Verletzte es aber bereits vor dem Unfall überwiegend unterhalten hat. — Steht eine Waise in einem Schwerkraftverhältnis, so wird der Anspruch auf Weiterzahlung der Rente über das 15. Lebensjahr hinaus nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Waise Geld- oder Sachbezüge von dem Lehren erhält. — Der Bezug einer Unfallhinterbliebenenrente ist ohne Einfluß auf den Bezug der aus eigener Versicherung erworbenen Invalidenrente; die Ruhestvoorschritt findet daher in diesem Falle keine Anwendung. — Bei einem Versicherten, der das 40., aber noch nicht das 60. Lebensjahr vollendet hat, lebt im Falle der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses durch freiwillige Beitragsleistung die Anwartschaft nur nach Zurücklegung einer neuen Wertzeit von 500 — nicht 200 — Beitragswochen wieder auf, auch wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft 1000 oder mehr Beitragsmarken verwendet hat. — Erwerbslosenunterstützung auf Grund der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung ist kein Einkommen im Sinne der Reichsversicherungsordnung.

Reichstag, höre!

Forderungen des Ortsausschusses Breslau des A.D.G.B. auf Verlängerung der Krisenunterstützungszeit.

Bei den Wahlen am 20. Mai hat ein erheblicher Teil der Wählerchaft aus Arbeiterkreisen den Reichsparteien die Quittung für ihr arbeiterfeindliches Verhalten während ihrer Regierungszeit erteilt. In einer selbst die Optimisten weit übertreffenden Zahl sind der Sozialdemokratie neue Stimmen zugesprochen in der Hoffnung, daß ein arbeiterfreundlicher zusammengesetzter Reichstag die Mängel und Schäden der Gesetzgebung beseitigen wird, die auf Grund nicht nur des politischen, sondern des wirtschaftlichen Einflusses der Kapitalisten in verschiedenen Gesetzen zu verzeichnen sind.

Die diesbezüglichen Wünsche werden bei weitem nicht alle und besonders auf den ersten Anlaß nicht erfüllt werden können, denn dazu ist die Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches als Folge des immer und immer wieder zu verfluchenden Krieges der herrschenden Klasse aus der Monarchienzeit zu ungünstig.

Eins aber tut dringend not. Das ist eine Verbesserung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in seinen materiellen Bestimmungen.

Hier muß bestimmt ein Aufschwung und darf kein Abbau erfolgen, wie ein solcher angeht vom Vorstände der Reichsanstalt bezüglich der Saisonarbeiter in nächster Zeit geplant ist.

Der Vorstand des Ortsausschusses Breslau des A.D.G.B. hat daher dem Reichstag die nachfolgende Anregung zugehen lassen und die Erwartung ausgesprochen, daß er es als eine seiner allernächsten Aufgaben betrachtet, die weiter unten geforderten Gesetzesverbesserungen, die nur eine kleine Aufbesserung an die in tieferer Not lebenden Volksgenossen bedenten, zur Durchführung zu bringen.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist seiner Aufgabe nach bei weitem nicht gerecht geworden, und auch die zu ihm ergangenen Anordnungen und Erlasse vermochten es nicht, große Härten zu beseitigen.

Diese treten in besonders starkem Maße in den Gegenden auf, die dauernd von großer Arbeitslosigkeit betroffen sind, wie das in Schlesien und in besonders in ostpreussischer Weise in Breslau der Fall ist.

Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit in Schlesien und stark hervorsteckend in Breslau geht nicht nur aus den statistischen Veröffentlichungen, sondern auch daraus hervor, daß Schlesien nach den Berichten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung an 1. Stelle bei den Zuwendungen aus dem Notfond steht, obwohl hier infolge der ungünstigen Wohnlage die niedrigsten Unterstufungen gewährt werden.

Aus diesem Grunde muß sofort darauf hingewirkt werden, daß

- 1. die Krisenunterstützungszeit für Schlesien oder mindestens für die notleidendsten Bezirke verlängert wird,
2. für diejenigen Arbeitslosen, die trotz (auch von Laien zweifelhaft) feststellbarer) Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit lediglich infolge ihres Lebensalters (Ende 40er, bis Anfang 60er Jahre) Arbeit nicht erhalten können, eine zeitlich nicht begrenzte Unterstufungsregelung eingeführt wird und
3. die Präsidenten und Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter ermächtigt werden, weitere Bezüge, als die in der Anordnung vom 28. September 1927 erwähnten, der Krisenunterstützung zu unterstellen.

Begründung:

Der Stand unserer Wirtschaft gestattet leider immer noch nicht, daß die Erwerbslosen wenigstens für einige Monate in

jedem Jahre bis auf einen geringen Hundertsatz in Arbeitserhältnisse untergebracht werden können.

Das Schlimmste aber ist, daß diejenigen, die das Unglück haben, längere Zeit arbeitslos zu sein, die geringste Aussicht haben, Arbeit zu erhalten, weil jeder Arbeitgeber — von seinem Standpunkt aus erklärlicher, vom Standpunkt der Wirtschaft aus aber unerwünschlicher — der Annahme ist, daß solche Arbeitnehmer der Arbeit entwöhnt sind.

Die Not dieser Arbeitslosen ist daher eine ständig steigende und sie muß letzten Endes in immer stärkerem Maße zu Verzweiflungshandlungen treiben, wenn die Unterstufungszeiten nach dem A. D. G. B. abgelaufen sind. Die alsdann unterstützungspflichtigen Bezirksfürsorgeverbände aber sind fast durchweg durchaus nicht in der Lage, Unterstufungen in der Höhe zu gewähren, wie sie das A. D. G. B. vorsieht, und die in ihrer Höhe auch nur so bemessen sind, einem Arbeitslosen und seiner Familie vorübergehend und notdürftig den Lebensunterhalt zu ermöglichen.

Der heftigen Not der Arbeitslosen, die sich in der Volkstraß ihres Lebens befinden, in diesen Jahren erst über einen reichen Schatz praktischer Berufserfahrungen verfügen und die lediglich deshalb, weil sie 45, 47 und wenige Jahre älter sind, von jedem Arbeiter suchenden Unternehmer abgewiesen werden, soll nur Erwähnung getan sein.

Es sollen nicht verkannt werden die Widerstände und die Einwände, daß die notwendigen Mittel wegen angeblichen Unvermögens der Wirtschaft nicht aufzubringen sind. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß Ausbrüche des Unwillens und der Verzweiflung größerer Volksmassen unetlicher Volkswirtschaft stets größere Summen gekostet haben, als wenn rechtzeitig das Notwendigste gewährt worden wäre; das dann — nach solchen schädlichen Begebenheiten — gezwungenermaßen stets gegeben werden mußte.

Als eine nicht zu umgehende Notwendigkeit muß auch gefordert werden, daß die Eingliederung weiterer Bezüge in die Krisenunterstützung schneller erfolgt, als es der Stand der gegenwärtigen Gesetzgebung zuläßt.

Unter einer mehr als krisenhaften Auswirkung leidet beispielsweise die schlesische Sandsteindustrie. Nur äußerst selten gelangt Sandstein — infolge unserer Verzerrung und der heutigen Geschmacksrichtung der leitenden Bauwelt — sogar bei den größten öffentlichen Bauten zur Verwendung. Die Folge davon ist ein Darniederliegen der gesamten Industrie und hoffnungslosste Arbeitslosigkeit der in ihr früher beschäftigten Arbeitnehmer.

Nicht viel besser liegen die Verhältnisse auch im Tapezierergewerbe. Obwohl es sich hierbei um einen Beruf handelt, dessen Arbeitnehmerzahl in einem geringen Verhältnis zu den Beschäftigten anderer Industriezweigen, wie Metall-, Textil-, Industrie, Chemie usw., steht, so ist die Zahl der Erwerbslosen im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen doch eine fast störend große.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß, ehe Reichsarbeitsminister und Verwaltungsrat der Reichsanstalt die notwendigen Maßnahmen auf diesem Gebiete treffen, mehrere, ja viele Monate vergehen. Ein schnelleres Eingreifen ist nur zu erwarten, wenn diese Entscheidungen den Präsidenten und Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter übertragen werden.

Das erfordert auch ganz besonders die unterschiedliche Beschäftigungslage der verschiedensten Industrien und Berufe in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken des Reiches.

Marionetten-Kunst auf dem Johannisfest.

Unser hegendes Zeitalter hat uns das Marionetten- und Puppenpiel als etwas unmodern, als verächtlich erscheinen lassen, zumindestens zu einer Angelegenheit gemacht, die bestenfalls die Kinderwelt noch etwas angeht. Solche Auffassung und Erfahrung aber wird Lügen gestraft, wenn man Schicht's Marionetten-Theater, das erstmalig hier nach Breslau kam, sich einmal anschaut. Die Schicht, eine alte Puppenspielerfamilie, die schon im Jahre 1758 ihr Puppentheater gründeten, verstehen „ihre Trachte zu ziehen“. Das ist kein mechanisches Heranspazieren von Puppen, sondern eine so geschickte Führung, eine solch graziose und sichere Beweglichkeit, daß losgelöst von aller Erden Schwere diese „Wesen“ ihr Spiel treiben. Diese Puppen überrufen das Spiel der Menschen. Sah man schon solche Zirkustänze, ausgeglichen in ihren Bewegungen und ihren künstlerischen Darbietungen, wie sie uns diese Marionetten zeigen: Welch Entzücken, wenn diese leblosen Puppen zu tanzen beginnen, wenn sie ein Spiel gestalten, wie es uns Schicht in einer orientalischen Pantomime zeigt. Dabei sind nicht nur Bewegungen, sondern auch der Gebärdenausdruck so echt, daß man vergißt, daß es Puppen und keine Menschen sind. Wahrlich, diese „Drahtzieher“ da oben unsichtbar auf ihrer Bretterbühne, sind Virtuosen, sind Künstler mit einem Fingerspitzengefühl, das Ausdruck ihrer von Geschlecht zu Geschlecht vererbten Kunst und dar jeder einfachen technischen Handhabung ist. Es ist darum eine knappe Stunde entzückenden Erlebens da drinnen in dem primitiven Theaterbau, der eigentlich gar nicht so recht zu all den übrigen, lärmvoll angepöbelten Attraktionen hingehört. Daß man bei einem zum Schluß aufgeführten Schattentheater förmlich quittst vor Lachen, sei nur nebenbei erwähnt. Jedenfalls ist dem Besucher des Johannisfestes zumindestens der Besuch dieses Marionettentheaters zu empfehlen. Direktor Schicht aber sei vorgeschlagen, nach dem Johannisfest mit einem erweiterten Programm noch einige Zeit auch außerhalb eines Kummelplatzes seine Puppenspiele zu zeigen. Er dürfte nicht nur bei der Kinderwelt, sondern auch bei allen Erwachsenen, die sich noch ein wenig Sinn für ein natives und schönes Spiel bewahrt haben, seinen Beifall finden.

Die Passgebühren werden ermäßigt.

Auf Grund von Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen ist eine Einigung dahin erzielt worden, die Gebühr für die Ausstellung von Pässen von 5 Mark auf 3 Mark herabzusetzen. Diese Gebühr gilt sowohl für Einzelpässe wie für Familienpässe, in welche die Ehefrau und die noch nicht 15jährigen Kinder des Passinhabers mit einbezogen werden. Die Geltungsdauer der Pässe beträgt regelmäßig fünf Jahre. Die Neuregelung tritt bereits am 1. Juli 1928 in Kraft.

Von der Anklage des Meineids freigesprochen.

Unter der schweren Anklage der Verleitung zum Meineid hatte sich am Dienstag die jetzt 22 Jahre alte Dienstmagd Klara K. aus Wohlau vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Straftat, die ihr zur Last gelegt wird, soll sie als 18jähriges Mädchen begangen haben. Ohne jede Ursache hatte sie im Jahre 1924 ihrem 19jährigen Bruder genaue Anweisungen gegeben, was dieser in einer Verhandlung vor dem Amtsgericht

in Wohlau als Zeuge aussagen sollte. Sie und ihr Bruder waren bei einem Gutsbesitzer in Groß-Kreidel beschäftigt, als bei diesem ein Einbruch verübt wurde. Klara K. erzählte ihrem Bruder, daß die Diebe drei Arbeiter seien, denn sie hätte sie genau bei dem Einbruch gesehen. Auf Grund dieser Angaben wurde gegen die drei Arbeiter die Anklage wegen Einbruchdiebstahles erhoben. Sie wurden auch, obgleich sie entschieden den Diebstahl bestritten, auf Grund der Aussage des K. verurteilt. Später tauchten Bedenken auf, und die Untersuchung ergab, daß K. die Unwahrheit gesagt hatte. Vor kurzem stand er vor dem Breslauer Schwurgericht, um sich wegen wissentlichen Meineides zu verantworten. In dieser Verhandlung waren auch die Akten des damaligen Prozesses in Wohlau herangezogen worden. In dem Protokoll befand sich aber kein Vermerk, daß K. damals vereidigt worden war. Es war dies wohl anzunehmen, doch da es nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, wurde K. auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die Anklage richtete sich aber auch gegen Klara K., die ja ihrem Bruder die falschen Angaben gemacht hatte. Am Dienstag vor dem Schwurgericht behauptete sie, das, was sie ihrem Bruder gesagt habe, sei die Wahrheit. Sie dürfte allerdings mit der Aussage, „sic hätte sich das eingebildet, den Verstand habe sie damals noch nicht gehabt“, das Richtige getroffen haben. Auch sie wurde dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Wie uneheliche Kinder geboren werden.

Als ein Schornsteinfeger am Mittag des 30. Dezember v. J. den Schornstein eines Hauses auf der Friedrich-Wilhelm-Straße kehren wollte, fand er darin die Leiche eines neugeborenen Kindes. Als die Mutter dieses Kindes wurde die im selben Hause bei ihren Eltern wohnende 24 Jahre alte ledige Arbeiterin Maria Sch. ermittelt. Sie hatte in der Nacht ohne jede Hilfe das Kind in dem Abort geboren, diesem sofort die Kehle zugekneipelt und es dann liegen lassen. Am Morgen hatte sie das Kind geholt und war mit demselben auf den Boden gegangen und hatte es durch eine Luke in den Schornstein geworfen. Nach dem Auffinden der kleinen Leiche war diese obduziert und dabei festgestellt worden, daß das Kind bei dem Hineinstrecken in den Schornstein noch gelebt und durch Schädelzertrümmerung, die es durch den Sturz erlitten hatte, gestorben war. Am Montag stand nun die Mutter des Kindes vor dem Schwurgericht, um sich wegen Kindesmordes zu verantworten. Die Anklage gab als Motiv ihres Tates an, daß sie aus wirtschaftlicher Verzweiflung gehandelt habe. Sie hat bereits zwei uneheliche Kinder, das eine von drei, das andere von einneinhalb Jahren, für die die Mütter nicht zahlen. Der Vater des zweiten Kindes hatte allerdings die Absicht, das Mädchen zu heiraten, doch behauptet er, der Vater des gezielten Kindes nicht zu sein. Das Gericht hielt verächtlichen Kindesmord für vorliegend und verurteilte die Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis. Das Kind, das bei der Geburt gelebt, hat sie mit Lötlingsabfällen gewürgt. Es hat aber noch weiter gelebt und es entstand nun die Frage, ob die zweite Handlung, das Hineinstrecken des Kindes in den Schornstein, eine fahrlässige Tötung sei. Das wäre aber nur dann der Fall, wenn sie mit der Möglichkeit hätte rechnen müssen, daß das Kind noch lebte. Sie nahm aber an, daß das Kind tot sei. Bei der Abmessung der Strafe hat das Gericht die wirtschaftliche Notlage berücksichtigt, in die sie durch das dritte Kind verlegt worden war. Der Staatsanwalt hatte einneinhalb Jahre Gefängnis beantragt.

weil er die „blödsinnigen Reichsfarben“ nicht hängen lassen konnte.

Es gibt Menschen, die sich über die republikanischen Reichsfarben selbst dann ärgern, wenn sie diese in Gesellschaft vieler anderer Fahnen befinden. Auch dem Auge des kritischen Theophil Haerwig waren sie zuwider, als sie sich unter dem Tagesanfang mit befinden, den am 15. Oktober vorigen Jahres aus Anlaß ihres Jubiläums die Breslauer Straßenbahn angelegt hatte. Er stieg an dem genannten Tage auf den Vorberperson der Linie 8 und machte nun seiner Empörung über die bunten Klagen Luft und äußerte insbesondere, daß man doch die „blödsinnigen Reichsfarben“ nicht auch noch hätte hängen lassen brauchen. Er befand sich aber nicht unter selbigen, sondern er wurde er von anderen Fahrgästen und dem Straßenbahnführer auf das Ungehörige seiner Äußerung aufmerksam gemacht. Er ließ sich aber nicht beirren, sondern erteilte den anderen die Ermahnung, daß ein guter Deutscher doch die alten Reichsfarben achten müsse. Mit Recht wurde gegen Haerwig die Anklage wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik erhoben. Vor dem Erweiterten Schöffengericht am Mittwoch erklärte er, daß er das Wort „blödsinnig“ in einem ganz anderen Zusammenhang gebraucht habe. Wenn auch die Zeugenaussagen etwas auseinandergingen, so stand doch fest, daß sich der Ausdrucks „blödsinnig“ auf die Reichsfarben bezog. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Äußerung keine unüberlegte Redensart war, sondern aus dem ganzen Zusammenhang ist zu schließen, daß er die Reichsfarben beschimpft hat. Er beantragte deshalb an Stelle von zehn Tagen Gefängnis 100 Mark Geldstrafe. Auf diese Strafe erklärte dann auch das Gericht.

Teure Anguststoffe.

Der 29 Jahre alte Arbeiter Walter R. und der 20 Jahre alte Sattler Alfred D. wohnen im Februar dieses Jahres in einem gemeinschaftlichen Logis. Von hier aus unternahmen sie eine ganze Reihe von Diebstählen, und zwar hatten sie es lediglich auf Anguststoffe abgesehen. Ihre Opfer waren eine Reihe Schneidermeister, denen sie zunächst zum Zwecke der Orientierung einen Besuch abstatteten und sich als Kunden ausgaben. In fünf Fällen gelang es ihnen, wertvolle Anguststoffe zu erbeuten. Die Stoffe wurden verkauft oder versteigert. Der Erlös wurde geteilt. Als D. unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftet wurde, legte er sowohl vor der Polizei, als auch vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis ab und gab sogar noch einen weiteren Diebstahl an, von dem der Polizei noch nichts bekannt war. Vor dem Großen Schöffengericht, vor dem sich beide wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zu verantworten hatten, mibetrieb D. sein Geständnis und auch R. bekennt jede Schuld. Eine als Zeugin geladene Hausangestellte konnte sich genau auf R. erinnern, der einmal bei einem Schneidermeister, bei dem sie in Stellung war, erschienen war. Die Zeugin zitierte nach ihrer Aussage a ganzen Körper und erzählte, daß sie Angst habe, die Anguststoffe würden sie nun erlöschen. Da sich beide Angeklagte im Rückfalle befinden, wurde gegen jeden auf sechs Monate Gefängnis erkannt, wovon zwei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Der Haftbefehl gegen beide bleibt bestehen.

Kraft- und Pferdewagenpreise nach den eingemeindeten Ortsgemeinden.

Beschriebene Anfragen und Beswerden geben Veranlassung darauf hinzuweisen, daß seit der am 1. April dieses Jahres erfolgten Eingemeindung die Führer von Kraft- und Pferdewagen nicht mehr berechtigt sind, Zulassungen für einfache Fahrten nach den früheren Vororten Sarschau (einschl. Wilhelmshafen), Bismarckswalde, Carlowitz, Cawallen, Cofel, Friedewalde, Grün-Weiden, Hartlieb (einschl. Rennbahn), Klein-Gandau, Klein-Mochern, Krietzern, Lilienthal, Mariachöfen, Oberschlöffen, Oswig (einschl. Schwedenhänge), Rosenthal (einschl. Friedhof), Groß- und Klein-Tschanis, Wilhelmshafen und Zedlitz zu erheben. Die förmliche Abänderung der Fahrpreisordnung ist vom Polizeipräsidenten bereits in die Wege geleitet worden.

Neue Pläne des städtischen Vermessungsamtes.

Vom städtischen Vermessungsamt werden laufend zur Ergänzung des Stadtplanes Messungen ausgeführt, deren Ergebnisse in Karten im Maßstab 1:1000 dargestellt werden. Die Pläne, die in einer Größe von 67 X 86 Zentimeter gedruckt sind, enthalten sämtliche Eigentumsgrößen, Wege, Gebäude, Zäune, Wasserläufe usw. Neuerdings sind von Oswig und Carlowitz einzelne Blätter im Druck erschienen. Außerdem sind von dem größten Teil des eingemeindeten Gebietes Pläne im Maßstab 1:5000, zum Teil unter Zuhilfenahme von Flugzeugaufnahmen, hergestellt worden. Als letzter Plan ist eine Umgebungsplatte im Maßstab 1:2500 herausgegeben worden, in der durch Rotdruck die Ausdehnung von Groß-Breslau, die früheren Bezirksgrenzen, sowie die Abgrenzungen der acht städtischen Verwaltungseinheiten farblich dargestellt sind. Alle diese Pläne sind in der Botenmeisterlei des Rathhauses käuflich zu haben.

5-Jahreskarten für die Kraftomnibuslinie Breslau-Deutsch-Billa.

Für die Kraftomnibuslinie Breslau-Deutsch-Billa sind 5-Jahreskarten zum Preise von 2 Mark eingeführt worden, die an Werktagen zur Fahrt von Breslau-Ring (unter Benutzung der Straßenbahnlinie 6 bis Flughafen Klein-Gandau) bis Deutsch-Billa und zurück berechtigen. Die 5-Jahreskarten sind bei den Schaffnern der Kraftomnibuslinie und im Vorverkauf in der Kasse der städtischen Straßenbahn, Einheitsstraße 4 und im Verkehrsbüro Gehr. Barock, Ring, zu haben.

Der botanische Ausflug des Zebten-Gebirgsvereins Breslau

am Sonntag, den 17. Juni, war von schönstem Wetter begünstigt und bot durch die lauchartige Führung des Lehrers Ragnmann-Zobten nicht nur dem Wissenden, sondern auch dem Blumenfreunde und Laien viel Interessantes. Vom Gasthaus „Zur schönen Aussicht“ in Strieghelmühle führte der Spoziergang am Silberwiger Wasser über den Rindenberg, entlang dem Thiergarten nach den Silberwiger Wiesen, einer reizenden Stelle botanischer Seltsamkeiten. In jüngerer Tage, geführt durch den Zebten, die Delsner Berge und das Massiv des Geiersberges, von Westfalen durchlaufen, trägt die Vegetation den Charakter alpinen Hochalpen. Man blühte Iris sibirica, der gelbe Gieseleria, weiße und violette Oregan, blühende Geranium, die mandelartige Malva, die riefenartige Johanniskraut, die weiße Potentilla und das leuchtende Ranunculus. Die roten Blüten der Mannigfaltigkeit der Natur hervorgehoben. Eine sehr große Freude bereitete den Blumenfreunden der von Lehrer, Herr Bruno Kowatzki, geleitete Ausflug zum Klein-Gandauer Rades mit den wohlgepflegten Kulturen, den laubabgeworfenen Wasserläufen, in denen sich flinke Fische tumelten und der herrlichen Aussicht über die in allen Farben leuchtenden Höhen der Delsner Berge. Leider sind die benachbarten großen Hügel des Geiersberges durch Bodenabstürze unterhalb des Rades arg verunstaltet worden. In der Laube wurden dem Altkameraden Jobst und den anderen Wählern seine Bergschätze gezeigt, die Teilnehmer zu der freundlichen Fährzeit kamen, was aus dem raschen Nach der Heimweg über den von angeregten Weg zum Pfeifersdorf nach der Rückkehr erwarteten wurde.

Sozialdemokratische Partei. Parteisekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 30. Diktatorführer. Die Vertreterarten können am Freitag im Büro abgeholt werden. Diktatorführer für die Elternbeiträge können im Parteisekretariat abgeholt werden. Diktator 8. Sämtliche Funktionäre und arbeitsfreundlichen Genossen erscheinen Freitag, abends 8 Uhr, bei Pilsch, Glogauer Straße. Diktator 17. Genossinnen und Genossen, alles geht Donnerstag, den 21. Juni, mit der Arbeiterjugend auf die Domst. Treffpunkt: Kleinbahnhof, 7 Uhr. Bekannte können mitgehen. Diktator 20. Freitag, 20 Uhr: Vertreterversammlung bei Gorch, Enderstraße 11. Alles hat zu erscheinen! Diktator 22. Sämtliche Parteien für den Sommernachtsball sind am Freitag beim Diktatorführer abzurechnen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Banner 8 (Matthäus). Heute, Donnerstag: Jung- und Gruppenführer-Sitzung. Banner 8 (Braun). Morgen, Freitag, 20 Uhr, im „Pflanzentempel“, Friedrich-Wilhelm-Straße: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag: Referent: Kamerad Punkt. Banner 15 (Freilicht). Morgen, Freitag, 20 Uhr, im Kuhbaum-Waldhof, Eingang Schmiedebühne 20: Mitgliederversammlung. Junghannover (Belmting). Morgen, Freitag, 20 Uhr: Auftreten bei Görlitz, Adolphstraße. Freigewerkschaftliches Jugendbrot. Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute, 20 Uhr, beim 1. Lausitzerstraße 31: Vortrag mit Diskussion über das Thema: „Antisemitismus und wir“. Referent: Landstetlitz. - Heim 2, Referent: Straße 12: Vortrag der Kollegin Prochornik über das Thema: „Was haben wir von dem neuen Reichstag zu erwarten?“. Jugendgruppe, erscheint recht zahlreich und bringt zu diesen interessanten Vorträgen bestimmt neue Freunde mit! Wichtig! Die Volksbühnenmitglieder aus Heim 2 gehen Freitag bereits ins Theater. Karten sind heute im Heim abzugeben. Die feiner außerhalb des Büros sich befindenden Sportgeräte, Wimpel und Eisenbahnkontrollkarten, bitten wir umgehend abzugeben. Freizeitsportgruppe. Wir treffen heute pünktlich ab 20 Uhr. Heim 10 (Kleinthal). Heute, Donnerstag, kommen wir um 21 1/2 Uhr im Heim zur Programmabklärung zusammen. Freizeitsportgruppe. Am Sonntag fällt die Fahrt aus. Alle Kolleginnen und Kollegen beteiligen sich an der Fahrt.

Rast. Reichs-Arbeiter-Sport-Tage. Halle - Berlin - Breslau. Sonnabend, den 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Hallensportfest im Zirkus Busch. Sonntag, den 24. Juni. Massensportfest im Stadion. Mannschafts-Vorkämpfe ab 12 1/2 Uhr. Ab 14 Uhr Programmbeginn. Vorverkauf bei allen Arbeitersportvereinen: Sportzentrale, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 69; Fahrradhaus „Frisch auf“, Nikolaistraße Nr. 16; Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße Nr. 17. Näheres an den 400 Anschlagssäulen!

Eine Vermehrung der Sprechstunden in Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen tritt vom 25. Juni an ein. Es finden künftig in den Fürsorgestellen Königsplatz 7 und Friedrich-Wilhelm-Straße 101 werktäglich, in den Fürsorgestellen Nordstraße 59 und Lützowstraße 28 jeden Dienstag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend Sprechstunden statt. Die Sprechstunden in der Fürsorgestelle Krietzstraße 35 werden auf Dienstag, Donnerstag und Sonnabend verlegt. Die Sprechstunden in den anderen Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen bleiben unverändert.

- * Sonntagsrückfahrkarten. Die Breißeile der Reichsbahn-Direktion Breslau teilen mit: Bei der Fahrkartenausgabe Breslau Freiburger Bahnhof werden demnächst Sonntagsrückfahrkarten drücker und vierter Klasse nach Greiffenberg (Schlesien) ausgeben.
- * Einreiseerleichterung in die Vereinigten Staaten. Wie schon durch das amerikanische Konsulat bekanntgegeben, erhalten Frauen und Kinder unter 21 Jahren, deren Männer bzw. Väter sich gelegentlich in den Vereinigten Staaten aufhalten, bezogen auf die amerikanische Einreiseerlaubnis, sofern sie in der Lage sind, die vom amerikanischen Konsulat verlangten Nachweise wie: Kopfreiseversicherung bzw. Versicherung der Einwanderungsbehörde und Versicherung des Arbeitgebers beizubringen.
- * Programme fürs Stadion und Karten für den Zirkus Busch sind in allen Vorwärts-Läden noch zu haben.
- * Sammlung der Arbeiter-Samariter. In der unter dieser Überschrift gestern erschienenen Notiz ist die Monatsbeziehung durch einen Druckfehler falsch wiedergegeben. Es muß da statt Juni Jahresverbindung Juli heißen.
- * Carl Hauptmann-Fest heute, 20 Uhr, Odd-Fellow-Hofe, Krietzstraße. Mitwirkende: Otto Eggers, Kottler, Klare, Max, Emil-Greif, Susanne Rademacher. Karten zu 2,00, 1,50 und 0,50 Mark bei Hauptmann und in deren Geschäftsstelle der Volksbühne. Mitglieder der Volksbühne ermäßigte Preise.
- * Volkshilfe. Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, findet eine Sitzung sämtlicher Funktionäre statt. Es liegt im Interesse jedes Vertrauensmannes, zu dieser Sitzung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
- * Hundebildverein für Volkshilfe E. B. Sonntag, den 24. Juni: Ausgehändigt der Ausflug nach Schloß Fürstentum. Teilnehmern in beiden Ausgehändigten.
- * Familienbriefe. Die Breißeile der Reichsbahndirektion Breslau teilen mit: Mit dem Inkrafttreten des neuen Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtfahrtverkehr vom 1. Oktober 1928 werden die zurzeit geltenden internationalen Frachttarife ausläufig. Die Festsetzung einer Aufbrauchfrist kommt nicht in Frage, weshalb bei jetzt notwendiger Neubestimmung vorläufige Bedarfsbemessung geboten ist. Ebenso werden mit der voranschreitend am 1. Oktober 1928 in Kraft tretenden neuen Eisenbahn-Verkehrsordnung auch neue deutsche Frachttarife eingeführt. Es ist nur mit einer sehr kurz bemessenen Aufbrauchfrist zu rechnen. Es empfiehlt sich daher, auch größere Bestände an heutzutage Frachttarifen jetzt nicht mehr aufzuliegen.
- * Carl Simmel in Breslau. Der bekannte Kartist, der vielen Lesenden bekannte Berliner Zeichner Carl Simmel, nach dessen Entwürfen die „Luzige Paul Simmel-Stadt“ auf dem Breslauer Johannisplatz 1923 entstand, wird sich heute zur Exkommunikation persönlich auf dem Festgelände in Scheitling befinden und sich der Breslauer und schlesischen Bevölkerung vorstellen.
- * Das 1. National-Kongress-Beitrag-Ordnung 1923 beschloß mit seiner für die Abgeordneten Generalversammlung im



Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietzern bei Breslau. (Nachdruck, auch mit Quotenangabe, verboten). Die Temperaturen beginnen nunmehr über ganz Mitteleuropa wieder langsam anzusteigen. Die Luftfeuchtigkeit, meist in Form von Nebel, ist so daß sie immer noch mit einzelnen Gewitterausbrüchen rechnen müssen. Ausnahmen für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge: Bei ständiger Luftbewegung aus westlichen Richtungen noch meist wolkenlos, weiterhin vereinzelte Gewitterausbrüche, mäßig warm. Ausnahmen für das schlesische Hochgebirge: Mäßiger West bis Nordwest, noch vielfach wolkenlos und vereinzelte Schauer, etwas milder.

Geschäftliches. Für einen Teil der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der dritten Volkswirtschafts-Gesellschaft G. & K. in Breslau vor. Auf ein Los zum Preis von 1 Mark kann man ein Landhaus mit vollständiger Kücheneinrichtung im Werte von 5000 Mark bekommen. Diese Lose sind in den Büchereien zu bekommen. Die Gewinne werden auf Wunsch mit 50 Prozent des Wertes in bar ausgezahlt.

Nebungslokal Friedrich-Wilhelmstraße 32, sein fünfjähriges Bestehen. Das Orchester, das seine Kunst, neben seinen großen Konzerten in Breslau und in der Provinz, wiederholt in den Dienst der Wohltätigkeit stellt, zählt zurzeit 22 aktive Mitglieder und steht unter der künstlerischen Leitung seines Organisationsleiters S. Siegmund. Noterkundige Herren, auch Nicht-Russen, werden gern aufgenommen. Anmeldungen werden an die Geschäftsstelle, Frankfurterstraße 89, erbeten.

Wegen Straßensperrung muß der Betrieb der Kraftpol Breslau-Kaulendorf wie folgt eingestellt werden: In der Zeit vom 19. Juni bis 28. Juni auf dem ganzen Strecke und vom 29. Juni bis 2. Juli auf dem Teilstrecke von Kaulendorf nach Kaulendorf. Der Sonntagsverkehr nach Schalkau wird planmäßig aufrecht erhalten.

Straßenunfälle mit tödlichem Ausgang. Die Zusammenstöße der letzten Zeit haben wieder zwei Todesopfer gefordert. So erkrankte in Breslau und in der Provinz, wiederholt in den Dienst der Wohltätigkeit stellte, zählt zurzeit 22 aktive Mitglieder und steht unter der künstlerischen Leitung seines Organisationsleiters S. Siegmund. Noterkundige Herren, auch Nicht-Russen, werden gern aufgenommen. Anmeldungen werden an die Geschäftsstelle, Frankfurterstraße 89, erbeten.

Wegen Straßensperrung muß der Betrieb der Kraftpol Breslau-Kaulendorf wie folgt eingestellt werden: In der Zeit vom 19. Juni bis 28. Juni auf dem ganzen Strecke und vom 29. Juni bis 2. Juli auf dem Teilstrecke von Kaulendorf nach Kaulendorf. Der Sonntagsverkehr nach Schalkau wird planmäßig aufrecht erhalten.

Straßenraub. Als heute morgen gegen 2 Uhr ein Kaufmann auf der Frankfurter Straße an der Ecke Altbühnen- und Kupferstraße mit einem jungen Mann nach der Uhrzeit gefragt wurde und diesem Verlangen nachkommen wollte, entließ der Bürsche dem Mann die Uhr und konnte mit seiner Beute flüchten, ohne daß es gelang, den frechen Straßenräuber anzuholen.

Ein gekohlener Pferd beschlagnahmt. Bei einem Pferdewagenhändler in der Gettrudenstraße wurde am Dienstag ebenfalls ein Pferd ermittelte und beschlagnahmt, das in der Nacht vom 5. zum 6. Juni vom staatlichen Gut in Neu-Briesen gekohlen worden war. Das Pferd war von dem betreffenden Händler für 80 Mark gekauft worden, obwohl es einen Wert von 500 Mark hat. Einer der an dem Diebstahl Beteiligten ist bereits festgenommen worden.

Drei Wirtin in einem Hause von Einbrechern heimgekehrt. Im Hinterhaus des Grundstücks Brandenburgische Straße 54 wurde in der Nacht zu Mittwoch in die Büroräume eines Bedienungsgeschäftes einer Firma für Fabriktechnische Neuheiten und einer Firma für Stahlbedarfsartikel eingebrochen. Sämtliche Tische und Schränke wurden durchwühlt und aus mehreren erbrochenen Kassetten wurden 265 Mark Bargeld gestohlen.

Unverkennbarer Vandalismus. In der Nacht zum Sonntag müssen unbekannte Personen in der Wiesenstraße, hinter der Haase-Brauerei, einen übergroßen Arbeitseifer entwickelt haben, denn am nächsten Morgen fand man einen acht Meter langen Holzbaum herausgerissen und die Ohleddigung hinuntergeworfen. Ebenso wurde ein Pfahl mit einem Eisenblech mit der Aufschrift: „Das Baden in der Ohle ist verboten! in der Nähe der Zweifelhafte herausgerissen und vermurrt in die Ohle geworfen. Was solches Tun für einen Zweck haben soll, ist unverständlich.

Schmuckdiebstahl. Der Wohnung einer Witwe in der Drahgasse 17 kassierte am Sonntag abend ein unbekannter Mann einen Betrag, wobei ihm Bargeld und Schmuckstücke im Gesamtwerte von 779 Mark als Beute in die Hände fielen. Nach Beobachtungen von Hausbewohnern soll der Einbrecher 40 bis 45 Jahre alt sein. - Auch einem Autobesitzer, der seinen Wagen unbeaufsichtigt vor dem Schloßrestaurant am Lorenzplatz stehen gelassen hatte, wurden Schmuckstücke im Werte von 50 Mark gestohlen, die sich in einem Kasten befanden, den er im Auto liegen gelassen hatte. - Als sich am Sonntag der Reichsbannerzug durch die Straßen bewegte, nahmen Langfinger auch hier die Gelegenheit wahr, sich zu betätigen. So wurde einer auswärtigen Frau, die am Stadttheater stand, eine goldene Armbanduhr mit goldenem Zugarmband vom Mantel gelenkt, ohne daß sie dies bemerkte.

Wer spaltet die Gewerkschaften?

Der Eisenbahnerkongress gibt die Antwort. — Der französische Eisenbahnerverband durch die „Arbeit“ der Kommunisten von 350000 Mitgliedern auf 50000 zurückgegangen.

Vor dem Kongresslokal der Eisenbahner stehen die Kommunisten am Dienstag eine dicke Broschüre verbreiten, die den Titel „Wer spaltet die Gewerkschaften?“ hat. Die Antwort darauf gab unbewußt der französische Eisenbahnerkongress. In seinem Begrüßungswort erzählte er dem Kongress der Eisenbahner, seine Organisation sei durch die Kommunisten auf 50000 heruntergegangen. Coudon spricht dann begeistert und begeistert Friedensworte und bezeichnet es als die Aufgabe der Arbeiter aller Länder und des Sozialismus, den Frieden, die Kultur und die Zukunft der Menschheit sicher zu stellen. Der Kongress dankte dem Redner mit einer jubelnden Ovation.

Der Kommunist Schröder-Kassel, der am Dienstag die Debatte über den Geschäftsbericht eröffnet, spricht zum Schluß und faßt. Noch lauscher ist sein Gefinnungsfreund, der Oppositionsführer Wiora-Doppeln. Schröder wendet sich besonders gegen den Schlichtungsgehalt und gegen die Praxis der Schiedsprüfung in Lohn- und Arbeitsfragen. Als er meint, die Verbandsführung besitze nicht mehr das Vertrauen des Verbandes, quittiert der Kongress mit großem Gelächter. Viel schärfer als die Kommunisten kritisieren die zur Mehrheit gehörenden Redner die Reichsbahn, ihre Praktiken gegen die Arbeiter und Angestellten und die mangelnde Sozialpolitik. Von allen Diskussionsrednern wird gefordert, daß die Sozialpolitik am Anfang und am Ende aller Verbandsstätigkeit stehen müsse. Mehr Sozialpolitik, ist der allgemeine Ruf und Wunsch, Ausbau der Unfallversicherungsvorschriften, Hebung der Kaufkraft der Massen durch höhere Löhne unter Beseitigung der zur Korruption führenden Leistungs- und Dienstalterszulagen: Revision der Schlichtungsordnung, Achtstundentag und alle anderen Wünsche, die die Lebenshaltung der deutschen Eisenbahner und der Eisenbahnbeamten herabdrücken. Dort, wo die härtesten Arbeitsbedingungen herrschen, sei der Krankenstand unter den Eisenbahnern doppelt so hoch als an den Arbeitsstätten mit günstigen Arbeitsbedingungen. Aus dem Ruhrgebiet wird ein Ausbau der Arbeitszeit erwünscht und die Behebung der Verbandsmitglieder über die religiöse Neutralität des Verbandes. Der Vertreter des Saargebietes spricht vom autokratisch verwalteten Saarstaat, der ein Staat im Staat sei. Schließlich dankt er der Verwaltung, daß sie eine innige Verbindung zwischen den Saarbahnarbeitern und dem Verband hergestellt habe. Die Organisation brauche allerdings schöpferische Kräfte. Der Redner anerkennt ferner die gute Arbeit der Verbandsleitung für das Saargebiet und wendet sich gegen die kommunistischen Treibereien in Saarbrücken. Den im Saargebiet aus Änderungsgründen durchgeführten Achtstundentag wünscht er auch der Arbeiterschaft im übrigen Deutschland, ebenso den besonderen Ausgleich der Arbeitsbedingungen zwischen den verschiedenen Kategorien von Angestellten und Arbeitern. Beifall erteilt den Saarländer, als er mit den Worten schließt, das Saargebiet möge bald in den großen Hafen der Republik einfahren.

Die Wiora-Opposition hatte u. a. behauptet, es gäbe im Eisenbahnerverband keine kommunistischen Sondergruppen. Blah-Berlin widerlegte ihn unter der tiefen Stille des Kongresses mit unheimlicher Sicherheit. Er zitierte ein Rundschreiben und die Richtlinien der RPD-Zentrale an die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder. Klipp und klar wird in den kommunistischen Richtlinien zur Bildung von kommunistischen Zellen und Gruppen aufgefordert. Sie haben eigene Vorstände zu wählen, Sonder-

beiträge zu entrichten, rote Kartelle zu bilden und der RPD monatlich Bericht zu erstatten. Die Kontrollinstanz für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ist der jeweilige Parteivorstand der kommunistischen Ortsgruppe, was Blah veranlaßt, unter Zustimmung der Versammlung von einer Art Isolation zu sprechen, die hier die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder und ihre Tätigkeit zu überwachen habe. „Der kommunistische Parteivorstand kontrolliert, wie es in den Richtlinien heißt, die Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder, damit sie nicht den reformistischen Einflüssen in den Gewerkschaften unterliegt.“ 30 Prozent der Sonderbeiträge sind an die RPD-Zentrale abzuführen, 40 Prozent an das rote Kartell und 30 Prozent verbleiben in den Ortsgruppen. Der Beweis sei mithin erbracht, daß die Tätigkeit der Kommunisten nicht der Kritik der Mitglieder entspreche, sondern dem Befehl von Moskau. Mit Recht sei deshalb in Königsberg, nachdem alle Versuche zu einer glücklichen Vereinbarung gescheitert wären, reinere Tisch gemacht worden. In den Richtlinien der RPD werde den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern ferner aufgegeben, durch List und Verschweigen von Tatsachen ihre Agitation und ihre Taktik zu führen.“ So schließt Blah, indem er sagt: Wo die Kritik auf Befehl zum Selbstwech wird, muß sie unangenehm für die Korruption führen und die Einigkeit der Arbeiterbewegung zerstören. Blah, der mit einer jübendenden Logik und mit doppelt wirksamer Ruhe gesprochen hat, findet den großen Beifall des Kongresses. Die Opposition wagt nicht einmal einen Zwischenruf. Sie ist vom Kongress erdrückt und erschlagen. Der später eingelaufene Antrag, die Vorgänge in Königsberg nicht mehr zur Debatte zu stellen, wird etwa gegen ein Duzend Kongressmitglieder zum Beschluß erhoben.

In der Nachmittags-sitzung kommt es zunächst zu einer erhebenden Solidaritätskundgebung zwischen den belgischen und deutschen Arbeitern. Der belgische Vertreter Maek schließt seine Begrüßungsansprache mit den begeistert aufgenommenen Worten: „Die starke sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist die beste Gewähr für den Frieden.“ Den Eisenbahnern ruft er noch zu: „Auf Wiedersehen in Brüssel!“ Der Vertreter der polnischen Eisenbahner Maslet schließt sich dem Belgier an und wünscht die gemeinsame Front der Arbeiterschaft aller Länder gegen den Kapitalismus und gegen die körperliche und geistige Verflauung. Am Nachmittag sprachen dann noch verschiedene Redner zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Immer wieder hört man dieselben Klagen über die schlechten Lohnverhältnisse bei der Reichsbahn und über die mangelnde Sozialpolitik. Auch die Praxis der Schiedsgerichte müsse verbessert werden, es gelte, den Achtstundentag zu erkämpfen, die Lohnstaffelung zu beseitigen und die Bildungsbestrebungen unter den Eisenbahnern zu fördern. Der Verbandsvorstand findet trotz aller sachlichen Kritik bei einzelnen Rednern im großen und ganzen die allgemeine Zustimmung des Kongresses für seine Arbeit.

Schäffel-Berlin geht in seinem Schlußwort auf die Diskussionsreden im einzelnen ein. Er spricht über die Abschaffung der vorhandenen Mängel innerhalb der Organisation und erklärt, daß es selbstverständlich das unerrückbare Ziel der Organisation sei und die ständige Arbeit, den Achtstundentag zu erringen und den Ausbau der Sozialpolitik gemäß den Erfordernissen und Notwendigkeiten der Eisenbahner und Angestellten zu erreichen. Darin sei der Vorstand einig mit allen Diskussionsrednern.

Wirtschaft.

Tagung öffentlicher Banken.

(Der Davesplan und der deutsche Kredit.)

Die Danktag Tagung des Verbandes deutscher öffentlicher Kreditinstitute darf die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse mehr in Anspruch nehmen als jede andere Bankentagung. Sind die von den 55 in diesem Verbande vereinigten öffentlichen Banken (Staatsbanken, Landesbanken, kommunale Kreditanstalten, Landbanken und Stadtbanken) im letzten Jahre bewegten 4 1/2 Milliarden Mark auch schon durch die hohe Summe für die Volkswirtschaft von großer Bedeutung, so sind es die Leistungen dieser öffentlichen Banken und der zwischen ihnen und dem privaten Bankkapital herrschende latente Kampfzucht noch mehr.

Auf diesen öffentlichen Banken lasteten seit 1924 alle Kreditgeschäfte, zu denen das private Bankkapital entweder nicht fähig war, oder die dem privaten Bankkapital nicht rentabel genug waren. Wir erinnern nur an die Bemühungen der Landesbanken und staatlichen Landbankkreditanstalten, die vom privaten Bankkapital vernachlässigte mittlere und Kleinindustrie mit langfristigen Krediten zu versehen, an die großen Dienste, die insbesondere die provinziellen Stadtbanken der Finanzierung des Kleinwohnungsbaues geleistet haben, die Bemühungen der Landesbanken um die Beschaffung ausländischer Wohnbauanleihen und endlich an die große Rolle, die die öffentlichen Banken jetzt wieder für die Durchführung der Umschuldungsaktion im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms spielen.

Dafür werden die öffentlichen Banken, wie es schon den deutschen Sparkassen- und Giro-Organisationen gegangen ist, vom privaten Bankkapital mit einem gefährlichen Konkurrenzneid verfolgt, der sich am stärksten in der unbegründeten Forderung nach einer weitgehenden Besteuerung der öffentlichen Banken äußert. Dieser Haß ist begründet, da die öffentlichen Banken seit 1924 in der Verringerung der Zinsspanne, auf die es für die Verbilligung des Kredites allein ankommt und die dem privaten Bankkapital die Gewinne beschneidet, führend gewesen sind. Mit Recht hat die Tagung für die öffentlichen Banken die gezielte Steuerbefreiung im Rahmen der Gemeinnützigkeit verlangt. Weitere berechtigende Forderungen waren die Reservierung des inneren deutschen Kapitalmarktes für den öffentlichen Bedarf und den Wohnungsbau, sowie die Beseitigung der Kapitalertragssteuer auch für innere festverzinsliche Anleihen, nachdem der Inlandsmarkt durch die Befreiung der Auslandsanleihen von dieser Steuer künstlich verengt wird.

Das Hauptreferat der Tagung hielt Universitätsprofessor Bonn-Berlin über den Davesplan und den deutschen Kredit. Er kam dabei zu zwei Feststellungen, die auch für die breitere Öffentlichkeit von großem Interesse sind. Zunächst versuchte er eine Antwort auf die Frage zu geben, wann nach den Grundzügen des Davesplanes die deutsche Leistungsfähigkeit als überkritische anzusehen sei.

Deutschland müsse im Normaljahre 2 1/2 Milliarden Reparationen bezahlen. Diese in Markwährung erhobenen Reparationen dürften nur dann in ausländischer Währung übertragen werden, wenn das ohne Erschütterung der deutschen Markta stabil sei. Das sei der Sinn des bekannten Währungsstückes im Davesplan. Natürlich würden, selbst wenn die Uebertragung einmal nur unter Gefährdung der Währung stattfinden könnte, die 2 1/2 Milliarden in Mark weiter erhoben. Sie würden aber dann nicht mehr übertragen, sondern zwei Jahre lang in Deutschland angeammelt, um als Kredite für die deutsche Wirtschaft zur Verfügung zu stehen. Wenn sich dann nach zwei Jahren zeige, daß trotz dieser indirekten Kreditgewährung der Wert der Mark in Deutschland die Uebertragung in fremder Währung wiederum nicht ohne Schaden für die deutsche Mark erfolgen könne, dann sei Deutschlands Leistungsfähigkeit als überkritisch anzusehen.

Professor Bonn hat auch in interessanter Weise die Frage zu beantworten versucht, weshalb in Deutschland der Kredit so teuer, mit anderen Worten, das Zinsniveau so hoch sei. Er führt das hohe Zinsniveau auf zwei Ursachen zurück. Einmal müsse die Kapitalbildung in Deutschland so lange stets niedriger und die Kapitalnachfrage so lange stets höher sein, als in anderen Ländern als Deutschland jährlich aus seiner Kapitalbildung 2 1/2 Milliarden für Reparationszahlungen abzuführen habe. Fast noch wichtiger aber sei ein anderer Grund. Die vielfach monopolistische Kartellierung der meisten Industrien in Deutschland habe eine ständige Erhöhung der wichtigsten Preise über das Weltmarktniveau zur Folge. Das vergrößere naturgemäß wegen der damit verbundenen Verteuerung der Produktion die Kapitalnachfrage und verringere die Kreditfähigkeit. Außerdem habe die monopolistische Kartellbildung in Deutschland zur Folge, daß eine große Anzahl von Unternehmen künstlich am Leben gehalten werde, die natürlich auch großen Kreditbedarf haben, die aber unter dem Druck der freien Konkurrenz, wie etwa in den Vereinigten Staaten und England, ausgeschlossen werden würden und infolgedessen auch keine Kapitalnachfrage entfalten würden.

Diese mehrfachen Gründe führten mit geschickter Notwendigkeit dazu, daß wohl auf sehr lange Zeit hinaus das Kapital in Deutschland teuer sein müsse als in jenen Ländern, die keine Reparationen zu zahlen haben und von der deutschen Kartellinflation frei seien.

Der Aufstieg der deutschen Konsumvereine

hat sich im ersten Vierteljahr 1928, über dessen Ergebnisse der Zentralverband in Hamburg jetzt berichtet, in erfreulicher Weise fortgesetzt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist im ersten Quartal 1928 der Umsatz auf 244,2 gegenüber 206,2 Millionen Mark gestiegen. Der Umsatz der GGG erhöhte sich von 78,4 auf 100,6 Millionen Mark, mit dem für die Leistungsfähigkeit der GGG kennzeichnenden Ergebnis, daß der Anteil des Warenbezuges der Vereine von der GGG am Gesamtumsatz der Vereine von 38,9 auf 42,2 Prozent = 5,3 Prozent betrug. Der Umsatz der Produktionsbetriebe der GGG liegt von 13,1 auf 24,9 Millionen, der Anteil der Produktionsbetriebe am Gesamtumsatz der Vereine von 6,34 auf 10,20 Prozent. Das ist die bedeutendste Steigerung, die bisher überhaupt festzustellen war. Der Anteil der GGG-Fabriken am Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft machte gegenüber dem ersten Vierteljahr 1927 den Sprung von 16,70 auf 24,77 Prozent. Das ist eine Steigerung des Anteils um mehr als die Hälfte!

Die deutsche Kohlenproduktion

ist im Monat Mai noch auf verhältnismäßig hoher Höhe geblieben. Im Ruhrgebiet wurden an 25 Arbeitstagen 9,09 Millionen Tonnen gefördert gegen 9,05 Millionen Tonnen in 23 Arbeitstagen im Monat April. Die arbeitsmäßige Förderung ist von rund 393 600 auf rund 393 400 Tonnen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist angesichts der Jahreszeit nicht auffällig hoch. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter ist von 385 700 auf 386 900 Ende Mai zurückgegangen. Sehr stark ist allerdings die Zahl der Festeinstellungen im Ruhrgebiet gestiegen. Die wegen Mangels eingelegten Festeinstellungen betragen 304 975 im Mai gegen nur 272 000 im April. Das entspricht einer arbeitsmäßigen Vermehrung der Festeinstellungen von 800 auf 12 175. In diesem außergewöhnlich starken Sprung kommt die zweifelhafte Erwerbslosigkeit für Ruhrkohle deutlich zum Ausdruck. In Deutschland überhaupt ist dagegen die Entwicklung sehr viel günstiger. Dort ist die arbeitsmäßige Förderung gegenüber April von 62 361 auf 64 429 Tonnen gestiegen. Entsprechend sind auch die Festeinstellungen von 52 788 auf 53 889 Mann. Im deutschen Reich ist die arbeitsmäßige Förderung gegenüber April um weniger als 200 auf 12 324 Tonnen gestiegen. Im westdeutschen Braunkohlenbergbau ist die Kohlenförderung mit 8,74 Millionen Tonnen auf ihrem höchsten Stande geblieben.

Profit am laufenden Band.

Betriebsgeheimnisse einer Kölner Kleiderfabrik. — Eine Schneiderin verdient 2,25 Mt. die Woche. — 4 Pfg. pro Schürze. — Das Straßensystem und die Stechuhr.

Wir entnehmen der „Rheinischen Zeitung“: Während des Weltkrieges konnten und wollten die gewiß dringend nötigen Armierungsoldaten hinter ihren mit Werkzeugen ausgerüsteten Kameraden nicht zurückstehen und Leistungen wie diese eine ihrer Bestimmung entsprechende Löhne, die in der obigen Kennzeichnung gefunden wurde. Diese Worte — wie üblich — im Kreise an der Kopfbedeckung oder am Koppelhals angebracht, ergaben dann in fortlaufender Folge „und arbeitete“. An diese finstere Symbolik wird man unwillkürlich erinnert, wenn man Einblick gewinnt in die Umstände, unter welchen erwachsene Menschen bei der Kleiderfirma Bierbaum & Proenen in Köln ihr Dasein fristen, um den Inhabern ein recht sorgenfreies Leben zu verschaffen. Wir würden an diese Zustände, die mit dem Leben der Kulis in China nebstweifelhaft Ähnlichkeit haben, nicht geglaubt haben, wenn uns nicht in Gestalt eines Lohnausweises der Nachweis dafür erbracht worden wäre.

Danach hat ein 19 Jahre altes Mädchen, das seine Lehrzeit als Schneiderin hinter sich hatte, in der Zeit vom 28. November bis 3. Dezember 1927 einen Bruttoverdienst von 6,27 Mark und nach Abzug aller möglichen Abzüge eine Nettoauszahlung von sage und schreibe 2,25 Mark, wohlverstanden für eine Woche, gehabt. Interessant ist der Lohnstreifen, der außer den üblichen sozialen Lasten, Abzüge an Strafen, verbordenen Sachen (Schürzen), Essen und Kaffee vorzieht. Selbst das zur Bekleidung der Damen benötigte Garn wird erst abgezogen, dann aber bei der Lohnzahlung im einbehaltenen Umfang wieder vergütet. Im vorliegenden Falle mit 1,40 Mark, sonst hätte der verdiente Lohn für sieben Arbeitstage überhaupt 85 Pf. betragen. Auf ihre Reklamation hin wurde der Arbeiterin von der Aufsichterin erklärt: „Damit sind Sie noch nicht zufrieden, andere verdienen in vierzehn Tagen nicht mehr!“ Daraus geht hervor, daß das betreffende Mädchen nicht etwa untätig ist.

Die bei der Firma herrschenden Zustände, die in großem Umfange Arbeiterleidenschaft herbeiführt, erfordern eine nähere Betrachtung. Der Betrieb ist formgerecht rationalisiert. Affordarbeit am laufenden Band. Die hergestellte Schürze wird mit 4 Pf. das Stück, ein Paar Damenärmel mit Falten und Eichen mit 6 Pf. vergütet. Diese Hungerlöhne sollen in letzter Zeit noch um einen halben Pfennig abgebaut worden sein.

Der Eintretende hat in der Regel 10 Mark Kautions zu stellen, die vertraglich verfallt, wenn die vierzehntägige Kündigungsfrist nicht eingehalten wird. Direkt raffiniert kommt ein Straßensystem in Anwendung. Fängt das Rad der Maschine das Garn, dann wird der Garnmehrverbrauch mit 10 bis 20 Pf. vom verdienten Lohn abgerechnet. Jede nicht vorher nachgelieferte Entfernungen vom Arbeitsplatz bedingt 20 Pf. Strafe. Einen gleichen Strafabaug erleidet derjenige, der seine Karte vor Arbeitsbeginn nicht rechtzeitig durch die Stechuhr hat lösen lassen. Bei dem zu dieser Zeit herrschenden Andrang werden regelmäßig einige davon betroffen, weil sie sich nicht die nötige Selbstgenügsamkeit verschaffen können. Sie verfallen in Strafe, auch wenn sie schon eine Viertelstunde vorher im Geschäft anwesend waren. Eschwerener ist der Umstand, daß Neueintretende auf diesen Umstand nicht aufmerksam gemacht werden.

Die Arbeitszeit ist durchgehend von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer halben Stunde Pause. Für ein im Betrieb gereichtes Mittagessen werden 60 Pf., für eine Tasse Kaffee 10 Pf. vom Lohn einbehalten, auch dann, wenn die Arbeiterin das Essen oder den Kaffee nicht entgegennimmt. Nur ärztliches Attest, das

3 Mark kostet, befreit von der Teilnahme. Für das geistige Wohl der Arbeiterinnen ist dagegen in ausreichendem Maße gesorgt. Der Herr Inhaber ist bekanntlich ein armer Mann, aber er ist gottesfürchtig. Auf allen Fluren und im Betriebsaal sind Heiligenbilder-Mäße aufgestellt.

Wir nehmen an, daß sie fleißig benutzt werden, um die leibliche Not zum Schweigen zu bringen. Nur-much dies, soll der arme Unternehmer nicht 20 Pf. Profit davon ziehen, außerhalb der Arbeitszeit gesehen.

Belet und arbeitet, damit ihr nicht in Ansehung fallet. Wer mundert sich da noch, wenn bei solcher Bezahlung der Arbeiter es vorzieht, „Kampeln“ zu gehen.

Die hier geschilderten Zustände sind ganz gewiß der Gipfel dessen, was man Arbeitern in Bekleidungsindustrie zumutet. Aber sie sind nicht allein stehend. Auch anderswo und nicht zuletzt in Breslau sind vornehmlich in der Bekleidungsindustrie Methoden heimisch, die einer Abstellung dringend bedürfen.

Verbandstag der Lederarbeiter.

Auf dem Verbandstag der Lederarbeiter, der zurzeit in Dresden stattfindet, erstattete der Vorsitzende Mahler den Tätigkeitsbericht. Die drei letzten Jahre waren für den Verband außerordentlich schwierig und wechselvoll. Trotzdem wurden vor allem in den Lohnbewegungen gute Erfolge erzielt. Das Kampfsjahr 1925 umfaßte 298 Lohnbewegungen. In dem Krisenjahr 1926 sind nicht weniger als drei Viertel der Mitgliedschaft von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit heimgekehrt worden. Das Jahr 1927 brachte dann wieder einen neuen Aufstieg.

In der Aussprache über die Verbandsberichte wurde die Redefreiheit von einer Reihe kommunistischer Redner weit über Gebühr ausgenutzt. Die Kommunisten redeten lang und breit über politische Streitfragen, die nicht zur Sache gehörten. Sabath vom ADGB leuchtete ihnen gehörig heim und verteidigte die Politik der Gewerkschaften gegenüber den kommunistischen Angriffen. Das Betriebsrätegesetz und das Schlichtungsgesetz, betonte er, seien gewiß sehr reformbedürftig. Aber man könne doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und gegen das Schlichtungsgesetz überhaupt wüten, wie die Kommunisten das machten. Die Gewerkschaftspraxis der letzten Jahre sei — der Fortschritt der Bewegung beweise es — die einzig richtige gewesen. Zur Frage der Veranschaulichung des Lederarbeiterverbandes mit verwandten Organisationen, die in der Debatte wiederholt eine Rolle spielten, erklärte Sabath, daß der ADGB, von sich aus alles unterlassen werde, was die Bildung von Industrieverbänden fördere. Allerdings seien auf diesem Wege noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Die deutschen Gewerkschaften seien nicht konformistisch; sie hätten jederzeit ihre Organisationsformen den Notwendigkeiten der Zeit und der Entwicklung angepaßt. Das sei ja stets auch ihre Stärke gewesen.

Von verschiedenen Rednern wurde auf die erschreckende Zunahme der Wiltzkrankheiten unter den Lederarbeitern hingewiesen. Energetische Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und vor allem Aufklärung über den gefährlichen Charakter dieser Krankheit wurden mit großem Nachdruck gefordert.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport-Kartell.

Für die Berliner Leichtathleten und Jiu-Jitsu-Kämpfer, sowie für etliche Handballspieler aus Halle werden noch Quartiere für zwei Nächte benötigt. Wir bitten Quartierbesitzer dem Arbeiter-Sport-Kartell, Zimmerstraße 1, III, einzufassen. — Heute abend von 17 bis 18 Uhr: Freilichtprobe für Mädchen und Knaben im Stadion; von 18 bis 19 Uhr aller Sportler und Sportlerinnen. Unleidensbelegter in den Frauen- und Männergarden. Untereiten auf dem Stadionvorplatz. — Alle im Jarkus Busch Mitwirkenden zahlen dort nur 25 Pf. Eintritt. Heute abend holen sich die Leiter die entsprechenden Karten bei Hilde Stephan im Stadion ab. — Besichtigung: Die Turnhalle Reichstraße steht uns für Sonntag zum Umkleiden nicht zur Verfügung. Alle Vereine, welche das Gewand durch das Kartell abholen lassen wollen, müssen daselbe an Klante, Hochstraße, bringen oder sich dort umkleiden. Auf allen vier Stellschienen marschieren in den Reihen die Turner mit ihren Kindergruppen quer, anschließend die Turnerinnen und die Turner; hinter diesen die entl. 2. Kavelle und alle anderen Sportvereine.

„Kast“ Leichtathletik.

Im zweiten 4x100 Meter-Jugend-Stafetten-Vorlauf tritt noch 5. Abteilung II an. Für Sportlerinnen finden zwei Vorläufe zu 4x100 Meter statt.
1. Vorlauf: 2. Abteilung I, 3. Abteilung I, 4. Abteilung I.
2. Vorlauf: 2. Abteilung II, 3. Abteilung II, 4. Abteilung II, 5. Abteilung II.
Die zwei Ersten jedes Vorlaufs nehmen am Endlauf teil. Sämtliche Teilnehmer 12 1/2 Uhr im Stadion.

Handball-Verbandsmeisterschaften in Breslau.

Am 1. Juli wird auf dem Gubl-Platz in Breslau-Gandau die Verbandsmeisterschaft im Handball ausgetragen. Um den Titel des Verbandsmeisters bewerben sich vier Kreise. Bei den Sportlern ist dies der 1. Kreis, und zwar Berlin, „Richte Nord“, der 11. Kreis Breslau Fr. Turnerschaft 7, Männer-Abteilung, der 15. Kreis Fr. Turnerschaft Stettin-Graben und der 16. Kreis Fr. Turnerschaft Sauvo bei Senftenberg.
Bei den Sportlerinnen kommt nur der 1. Kreis Berlin-Wehding und nur der 14. Kreis Breslau Freie Turnerschaft 3, Frauen-Abteilung.
Sehen wir uns die einzelnen Mannschaften an. 1. Kreis Richte-Nord, der hat ein bekanntes Verteidigerpaar, das schon jahrelang in der Deutschen Ländermannschaft spielte. Der Mannschaft gelang es vor zwei Jahren, die Breslauer Städtemannschaft zu schlagen. Sie wird wohl auch den diesjährigen Verbandsmeister stellen.
Der 15. Kreis stellt seinen alten Kreismeister, Stettin-Graben hat bis jetzt vier Jahre hintereinander ungeschlagen die Kreismeisterschaft inne. Bei den Verbandsspielen war die

Mannschaft allerdings immer am schwächsten. Sie hat aber in den letzten zwei Jahren viel mit Berliner Vereinen gespielt, so daß sich ihre Spielstärke bestimmt gehoben hat.
Weim 16. Kreis, Kaufth, erscheint zum erstenmal Freie Turnerschaft Sauvo. Die Mannschaft ist ein unbefriedigendes Blatt. Ihr Sieg bei der Kreismeisterschaft über Wehding hat allerdings überrascht. Die 7. Abteilung des 14. Kreises ist, wenn sie ihren Tag hat, ein nicht zu unterschätzender Gegner. Umstellungen haben sie durchschlagsträtiger gemacht.
Bei den Sportlerinnen kommt Berlin-Wehding bestimmt zum Siege, da dort die größte Spielerfahrung ist.
Die 3. Frauen-Abteilung ist wohl im 14. Kreise die beste Mannschaft, doch weist sie noch schwache Stellen auf, außerdem fehlt ihr auch die nötige Spielerfahrung, doch wird sie aus diesem Spiele viel lernen.

Leichtathletik-Vorlauf zum „Kast“ im Stadion.

Infolge des überaus reichhaltigen Sonntags-Programms ist die Leichtathletik nicht besonders stark vertreten. Neben Mannschaften kämpfen im Dreifampf für Jugendliche — gemeldet sind sechs männliche Jugend- und drei weibliche Jugendmannschaften — sind es besonders der 100-Meter-Einzelkampf der Sportler und Sportlerinnen, die 4x100-Meter-Stafetten der Jugend, Männer, Sportlerinnen und Altersportler, sowie die Olympische Stafette der Männer, die besonderes Interesse beanspruchen. Gehören doch erst Vorläufe zu den Kurzstrecken und 4x100-Meter-Stafetten, damit sich die Besten für den Endkampf platzieren können. In der 4x100-Meter-Stafette, sowie der Olympischen Stafette tritt auch die Bundesmeisterschafts-Stafette Berlin an, der gegenüber die Breslauer Stafetten einen schweren Stand haben werden. Im Langstreckenlauf der Jugend (1500 Meter) und Männer (3000 Meter) beteiligen sich eine ganze Anzahl bekannter Läufer unserer Vereine. Hier ist auch Strehlen vertreten. Stahochbringen, die schwierigste Übung der Leichtathletik, wird von sechs Genossen gezeigt werden. Ein Teil dieses Programms muß schon ab 12.30 Uhr erledigt werden, damit während dem Städte-Handballspiel — Breslau und dem Fußballspiel keine Störungen eintreten.

An die Vereine des 1. Bezirks! Anlässlich der Verbandsmeisterschaft im Handball am 1. Juli dürfen keine Ausflüge oder Turnmärsche unternommen werden.

Handball. Zu den am 1. Juli stattfindenden Handballspielen um die Verbandsmeisterschaften, benötigen wir 50 Quartiere für die Genossen aus Berlin, Stettin, Sauvo (Kaufth), Genossen, welche in der Lage sind, einen Genossen zu übernehmen, können dies bald bei H. Schönfeld, Diener Straße 19, melden. — Am Montag, den 25. Juni, 8 Uhr, findet bei Hante, Leutenstraße 34, eine Sitzung statt, wozu von jedem Verein ein Vertreter erscheinen muß.

Naturfreunde „Jugend“. Am Donnerstag ist der Tanzkreis in der Paulinen-Schule. Um starke Beteiligung wird gebeten. Monatskarten abgeben.
Arbeiter-Sportgruppe. Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Gruppenlokal bei Köhler, Obergarten, Matthiasstraße 35, wichtige Zusammenkunft betreffend der „Kast“.

Kraftsportvereine am 21. Juni. Alle Vereinsmitglieder erscheinen Donnerstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, in der Turnhalle Bismarckstraße. Wichtige Besprechungen.
Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Sonntag, den 24. Juni, Zuverlässigkeitssfahrten auf der Strecke „Lecker Keller“ (Waldow), Deutsch-Lissa, Groß-Debau, Kimmiau, zurück über Groß-Debau, Deutsch-Lissa, Ziel „Lecker Keller“ für die A-Klasse. Alters- und Jugendklasse: „Lecker Keller“, Deutsch-Lissa, Waldow, Wendenpunkt, zurück über Deutsch-Lissa mit dem Ziel „Lecker Keller“. Start am Ring früh 6 Uhr auch für die B-Klasse und Samariter.
1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau, C. B. Alle Sportgenossen treffen sich am Sonntag, den 24. Juni, mittags 12 1/2 Uhr an der Einhornstraße zum Raftunzug. Reiner Fecht!
Arbeiter-Sportler-Verein Breslau. Sonntag treffen sich alle Genossen um 11 Uhr mit dem Ruderverein „West 21“ am Pappel, Schweikerstraße 10, zum Raft.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadtheater. Heute Donnerstag, 20 Uhr, gelangt auf 22. Abonnementsvorstellung der Serie E Thomas „Mignon“ in der sehr beifällig aufgenommenen Neuinszenierung zum letzten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung mit Sidle Armbrecht als Mignon. Freitag, 20 Uhr, wird als 22. Abonnementsvorstellung der Serie C Weber's romantische Oper „Der Schütz“ mit Willi Wörle in der Titelpartie wiederholt.
Lobetheater. Täglich 20 Uhr gelangt der durchschlagende Seiterkeitserfolg „Saisonouvertur 1928“, die neue große Revue von Paul Barnay und Carl Behr, Musik von Harry Rafton, zur Aufführung. Inszenierung: Carl Behr. Am Stück: Der Komponist, Irene Ambrus, die bekannte Goubrette vom Berliner Metropoltheater als Gast.
Theater. Täglich 20 Uhr wird die spannende Kriminalkomödie „Der letzte Schleier“ von G. W. Ab-Allen in der Inszenierung von Kurt Ehrle, mit Theresie Thießen und Gerhart Ritter in den Hauptrollen wiederholt.
Schauspielhaus (Operettenbühne). „Die singende Renne“, das mit lebhaftem Beifall aufgenommene neue Werk von Eduard Künneke, gelangt heute, Donnerstag, und täglich zur Aufführung.
Viehh-Theater. (Gastspiel der Revue „Große Kleinigkeiten“). Das Revue-Gastspiel „Große Kleinigkeiten“, der neue große Erfolg im Viehh-Theater, geht täglich abends 8 Uhr — Sonntag nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr — in Szene. Kartenerwerb von 10—2 Uhr und ab 6 Uhr an der Theaterkassa, von 8—6 Uhr bei Baraja.

Wasserstand

21. Juni.	
Rathbor	1.10
Neißemündung (Unter-Regel)	1.58
Brieg (Waffenkan)	1.87
Trebitz	1.05
Mannern (Unter-Regel)	2.04
Dobruška	1.37
Abflusmenge (tätlich)	75 cbm
Küßberg vom 19. 6.	0.03
Wasserwärme +16,5°	

Paul Simmel heute persönlich

Johannistfest

Heute Donnerstag **Elitetas** Sonnenwendfeier
5 Uhr: **Filmaufnahme** der Festteilnehmer mit Paul Simmel
6 Uhr: Gymnastik, Staffellauf, offen für alle Sportverbände
9 Uhr: Sonnenwendfeier m. Segentanz. Leit.: Marion Laucher

9.45 Uhr: **Riesen-Kunst-Feuerwerk** 10.15 Uhr: Paul Simmel u. Bischof mit dem Mikro auf der Jagd nach Typen
Sucht heute Paul Simmel auf dem Festplatz und in den Wäldchen, der Jäger erhält von Simmel sofort 150 Mark

Beucht das künstlerische **Marionetten-Theater** von Schichtl.
Freiballonauffzug der Luftakrobatin **Elvira Wilson**.
Motorrad-Gymnastikspiele, Fuchsjagden, Weitsprung (neu für Deutschland)

Eintrittspreise: Heute Erwachs. 50, Kinder 20 Pf. an den übrigen Tagen: Erwachs. 30, Kinder 10 Pf. Sonn- und Feiertage: Erwachs. 50, Kinder 20 Pf. Dauerkarten für alle Tage gültig: Erwachs. 2.50 Pf. Kinder 1 Pf. Vorverkauf bei Baraja.

Familien-Anzeigen

Am Sonntag, den 17. Juni, verschied plötzlich unser **Mitglied**
Frieda Schlag
im Alter von 41 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortstaverin Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, 21. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, nach dem Bernhardfriedhof in Dürrgoy.
Trauerhaus: Tauschenstr. 102, Distrikt 29.

Zurückgekehrt
Dr. Meber
prakt. Arzt
und Geburtshelfer
Goethestr. 97/99
Tel. 53308 2503

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken
ohne Anzahlung in 16 Monatsraten
Agay & Gidde, Frankfurter a. M. 13
Sprechen Sie sofort! 11848

Eigene Anfertigung
daher so billig.
Bindjaden, wasserdicht für Herren u. Dam. 8.75, 7.85
Damen-Waschleider 3.95, 2.95, 1.85
Bettbezug mit 2 Kissen 6.50, 5.50
Gertiges Julett 9.50, 6.90

Direkt aus Fabrik ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
210 Mk. pro Liter den berühmten **alten Breslauer 35%** Weinbrand-Verschnitt per Liter Mk. 2.80

Das billige literarische Buch in repräsentativer Geschenkausgabe

Max Brod 3.00
Knut Hamsun 3.60
G. Flaubert 3.60
J. Ehrenburg 2.60

zu beziehen durch die **Volkswacht-Buchhandlungen**
Neue Grapenstraße 5 + Neue Taschenstraße 11
Flursstraße 4.

Druckerei **Bollswacht**
fertigt moderne Druckarbeiten
Breslau 3, Flursstraße 4/5

Das neue Buch

Eine billige Reihe ausgewählter Werke der Weltliteratur
Geschenk-Ausgaben in Ganzleder
Jeder Band nur **4.80**

Dostojewski: Verbrechen und Strafe
Die Erniedrigten und Beleidigten
Memoiren aus einem Totenhaus
Gogol: Mirgorod
Abende auf dem Vorwerke bei Dokuzjka
Die toten Seelen
Bret Harte: Kalifornische Erzählungen
Turgenev: Aufzeichnungen eines Jägers
Flaubert: Bouvard und Pécuchet

Zu beziehen durch die **Volkswacht-Buchhandlungen**
Neue Grapenstraße 5 + Neue Taschenstraße 11 + Flursstraße 4

H. Wassermann
Friedrich-Wilhelmstr. 35
Vorgeiger dieses 5% Rabatt!
Sie verdienen täglich 10 Mk. an Schmirntel. Nur persönlich kommen.
Reife
in Serge, Kittel, Weinwand
Hermelinfutter • Rohhaar
Garn, Knöpfe, Kermelle,
Edel, alles sehr billig, prima
Ware • Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16 6276
Zitadellen: Oberstraße 17
und Weißgerbergasse 43.

Inserate erzielen in der „Bollswacht“ den größten Erfolg
Bertelme
Linoleum-Teppich
(Strap.) 200/300 groß, 11.75
zu verkaufen Sonnenstr. 30
Friedländer.

At 5 bel
gebraucht und neu, preiswert zu verkaufen 641
Spatzel, Brüderstraße 63.

Kleine Anzeigen
find kompreh gelehre ein-
haltige Anzeigen von Ver-
kaufen, Pachtverträgen u. a.
nur von Privat. Wort
3 Pfennige, Zeit 4 Pfennige
Schranz und Bertilo zu
kaufen gesucht. Offert. unt.
B 237 Geschäftsst. Flursstr. 4.
Kinderwagen, fast neu,
billig zu verk. 6. Heubauer,
Schweidn. - Stadigraben 28.

32 Jahre
Unsere Edel-Liköre
werden von Meistern der Destillierkunst
gearbeitet und von den feinsten Geschäften
in ganz Deutschland geführt.
Wir liefern **280 360** für Mk. 2 und 3 per Flasche
Bitorango, Stenodorfer, Cherry Brandy
Kirsch mit Rom, Curacao, Kakao, Noisette
Allasch, Pfefferminz, Bergamotte, Rose
Ädel, Pruzelle usw.

Himbeersaft per Ltr. 1.40
ein Liter über 2 1/2 Pfund

Zitronensaft per Liter 1.40
Orangeade per Liter 1.60
allerbeste Qualität
Vom Fass
Apfelwein süß per Liter 0.65
Rheinwein per Liter 1.40
Bowlen- und Tischwein
Rotwein spanisch, feurig per Liter 1.20
Säwwein süß per Liter 1.25
Tarragona süß per Liter 1.40
Malaga süß per Liter 1.50
Insel Sams per Liter 1.50
Wermutwein deutsch per Liter 1.50
Vino Vermouth italienisch per Liter 1.60
95% Alkohol per Liter 5.50
Garonie für Prozenze

Herzberg & Co.
Hilkestraße 48, Bismarckplatz 17
Michaelisstr. 3, Kiefernstr. 64, Leinheustr. 10

Parfeigenossen

best. neue Reichdruck-
ausstellung in unserer Buch-
handlung Neue Taschenstraße 11
Eintritt freil!
Augenblicklich ausgestellt:
pürer — Rembrandt

21 Personen getötet.

In Mexiko City ereignete sich in den Kellerräumen einer Badeanstalt eine folgenschwere Kesselexplosion. Das Gebäude wurde vollkommen zerstört. 21 Personen fanden den Tod, während über 30 verletzt wurden. Die angrenzenden Häuser wurden zum Teil stark beschädigt und sämtliche Fensterscheiben in der Umgebung eingebrochen. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Später wird gemeldet, daß sich die Zahl der bei dem Explosionsunglück in einem öffentlichen Badehause ums Leben gekommenen Personen auf 30 erhöht hat. Die Zahl der Verletzten wird mit 22 angegeben.

Nobile gefunden.

Wie über Kingsbay gemeldet wird, hat Major Maddalena Mittwoch bei seinem Aekognoszierungsflug die Nobilegruppe gefunden. Maddalena soll längere Zeit über dem Lager des Nobiles getreift und Lebensmittel abgeworfen haben.

Mittwoch Morgen, um 6 Uhr, war Maddalena in Kingsbay aufgestiegen, um Nobile zu erreichen, nachdem mit Nobilegruppe ein neues System von Funkzeichen vereinbart worden war, durch welche das Flugzeug geleitet werden sollte.

Gegen 9 Uhr vormittags hatte auch die meteorologische Station von Tromsø neue Funkprüche von Nobile aufgenommen, die an Maddalena gerichtet waren.

Am 11. wird berichtet, daß es am Mittwoch Maddalena gelungen ist, 300 Kilogramm Lebensmittel und Material über Nobile abzuwerfen. Maddalena kehrte um 12,30 Uhr nach Kingsbay zurück.

Amundsen im nördlichen Eismeer notgelandet.

Das Vahem-Flugzeug mit Amundsen an Bord ist im nördlichen Polarmeer zu einer Notlandung gezwungen worden. Amundsen hat dringend um sofortige Hilfe gebittet.

Eine russische Stadt in Flammen.

In der Stadt Woski bei Saratow wütet ein Riesenbrand, der durch starken Wind noch begünstigt wird. Mehrere Stadtteile sind in Flammen. Bisher ist noch nicht bekannt, wieviel Opfer Menschen das Feuer gefordert hat. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

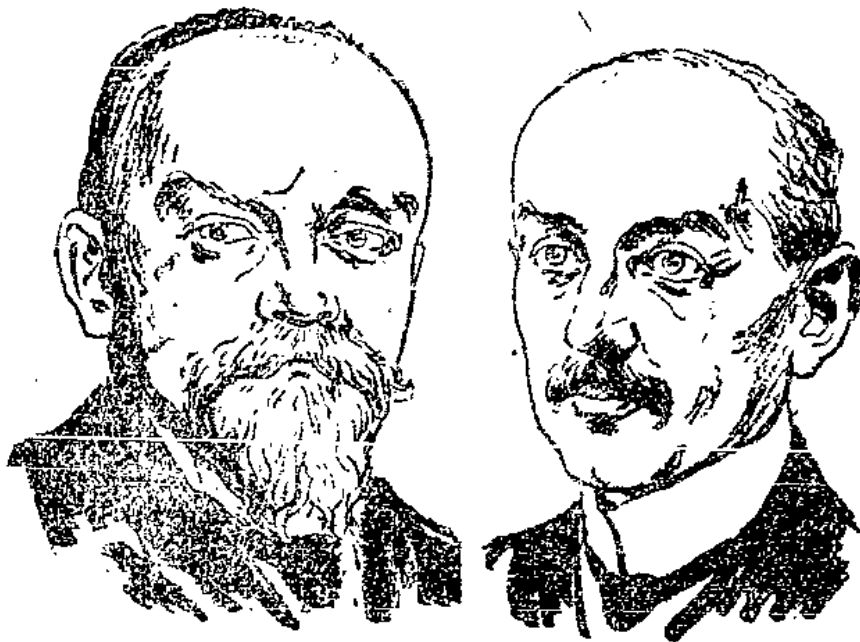
Ein Ehepaar ermordet.

Ein Doppelmord ist am Mittwoch früh gegen 6 Uhr an der Grenze zwischen Staffelde und Mickelfelde in der Gemarkung entdeckt worden. Dort fand man auf einem mit einem Pferd bespannten Wagen, der in ein Kornfeld hineingefahren war, die Leichen eines Ehepaares Schulz, das eine kleine Landwirtschaft in Staffelde betrieb. Mann und Frau sind ermordet worden. Man nimmt an, daß das Ehepaar bei der Rückkehr vom Wochenmarkt von einem Mann erschossen worden ist, der die Eheleute gebeten hatte, ihn auf dem Wagen ein Stück Weges mitzunehmen. Der Unbekannte muß nach der Tat irgendwo geholt worden sein, da er eine Brieftasche mit einem größeren Geldbetrag, die auf dem Wagen lag, nicht mitgenommen hat. Als der Tat verdächtig wurden zwei Obdachlose festgenommen, die sich in einem Getreidefeld verborgen hatten.

Die Ozeanflieger in Berlin.

Die Bremen-Flieger trafen am Mittwoch nachmittag vor unter Volkerschiffen auf dem Tempelhofer Feld in Berlin ein. Als erste Maschine landete die „Europa“ mit dem Piloten Hünefeld und Fismaurice. Das Flugzeug war an einer Vorstaffel und einer Nachstaffel von Flugzeugen begleitet, so daß die Berliner Bevölkerung beim Eintreffen der Ozeanflieger das nie gezeigte Bild erlebte, daß sich über 30 Flugzeuge gleichzeitig über dem Tempelhofer Feld in der Luft bewegten.

Rechtsregierung gegen Volkswillen.



In der ersten Sitzung des Württembergischen Landtages kam es zu einem Konflikt zwischen dem Staatspräsidenten Holz, Zentrum (rechts), und dem Führer der Sozialdemokraten Keil (links) wegen der Bildung einer Minderheitsregierung.

Das Tempelhofer Feld war von einer dichten Menschenmenge belagert, die die Flieger jubelnd begrüßte. Bismarcker Herzog hieß die Piloten im Namen der Reichsregierung und zugleich für die preussische, bayerische und württembergische Regierung willkommen. Er erklärte u. a., daß der Flug Chamberlins und die erstmalig gelungene Überquerung des Ozeans von Ost nach West die Gefühle gegenseitiger Achtung und Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika gestärkt hätten. Weitere Begrüßungsansprachen hielten der Berliner Oberbürgermeister Köhler, der amerikanische Gesandte Schurmann und der Vertreter Englands. Eine Reichswehrkapelle spielte die amerikanische, sowie die englische und irische Nationalhymne. Darauf richteten die drei Piloten Begrüßungsansprachen an das deutsche Volk, die durch Rundfunk übertragen wurden.

Bei der Zwischenlandung, die die Ozeanflieger um 11 Uhr in Hamburg vorgenommen hatten, war es unter den zahlreichen Zuschauern zu stürmischen Szenen gekommen. Die Menge hatte die polizeiliche Postenlinie durchbrochen und war in wilder Begeisterung auf die Flieger zugestürzt. Dabei wurden mehrere Frauen und Kinder niedergedrückt und zahlreiche Personen verletzt. Die Flieger mußten erst durch Polizeibeamtliche vor ihren allzu begeisterten Freunden in Sicherheit gebracht werden. Nach einer Begrüßung der Piloten durch den Hamburger Bürgermeister und den Direktor der Hamburg-Amerika-Linie war die „Europa“ dann um 12,45 Uhr zum Fluge nach Berlin gestartet.

Fünf Opfer einer Grubenexplosion.

In Laurelpoint in West-Virginia sind infolge einer Grubenexplosion in den Kohlenbergwerken der Nationalen Kohlengesellschaft fünf Personen getötet und sieben verletzt worden.

Südrussland von einem Wirbelsturm verheert.

In der Ukraine und Weißrussland wütet ein starker Wirbelsturm. Die Städte Poltawa, Minsk und Kiew stehen unter Wasser. Die Telefonverbindung wurde unterbrochen. Die Schäden belaufen sich nach den bisherigen Schätzungen auf mehr als zwei Millionen Mark.

Die größte Binnenschleuse Europas.

Am Mittwoch wurde die Schleuse des Mittelkanals bei Anderten, vor Hannover die größte Binnenschleuse Europas, und die Kanaltrasse Hannover-Beine-Hildesheim in Anwesenheit des Reichspräsidenten dem Verkehr übergeben. Die neue Schleuse hat den Namen Hindenburg-Schleuse erhalten. Die Schleusenkammer ist 15 Meter tief und 225 Meter lang, 2,8 Millionen Kubikmeter Treibermehl mußten ausgebaggert werden.

Das Filmmanuskript als Nordbeweis.

Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigte sich schon seit längerer Zeit mit dem seltsamen Todesfall eines Berliner Obstgroßhändlers, namens Bernetta, der Mitte Mai vorigen Jahres in seiner Wohnung am Alexanderplatz erschossen aufgefunden worden war. Seine Frau erschien damals auf dem Polizeirevier und gab an, daß ihr Gatte sich selbst das Leben genommen habe. Es tauchte jedoch bald das Gerücht auf, daß Bernetta von dem Obstgroßhändler Johannes Gleißner, mit dem Frau Bernetta ein Liebesverhältnis unterhalte, ermordet worden sei. Gleißner und Frau Bernetta wurden Ende Januar d. J. festgenommen, aber wieder freigelassen, da man ihnen nichts nachweisen konnte. Die Polizei hatte zwar festgestellt, daß bei Bernetta gefundene Revolver Gleißner gehörte; dieser hatte aber erklärt, daß er die Schusswaffe Bernetta einmal geliehen und nicht wieder zurückhalten habe. Die Untersuchungsbehörden haben jetzt die sensationelle Entdeckung gemacht, daß ein bei dem Toten gefundener Abschiedsbrief einen Teil eines Filmmanuskripts darstellt, daß Bernetta früher einmal verfaßt hat und das verschiedene Verdachtsmomente gegen Gleißner enthält. Weiter ist durch verschiedene Zivilprozesse bekannt geworden, daß Gleißner von Bernetta, anscheinend durch Vermittlung seiner Frau, größere Darlehen bekommen hatte, die er nicht zurückzahlen konnte. Die Staatsanwaltschaft hat schließlich bei einer inzwischen aufgenommenen Hausdurchsuchung Aufzeichnungen vorgefunden, die Bruchstücke für das Filmmanuskript darstellen, zu dem der Abschiedsbrief gehört. Gleißner und Frau Bernetta sind jetzt erneut verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft will die Leiche Bernettas ausgraben und gerichtsarztlich untersuchen lassen.

Das gerichtliche Nachspiel zum Dählener Explosionsunglück.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Charlottenburg hat am Mittwoch der Prozeß gegen den ehemaligen Generaladjutanten Robert Weingärtner, den Mitinhaber der Dählener Villa, in der sich, wie erinnerlich, im Januar dieses Jahres die aussehenerregende Explosion von Sprengstoff ereignete, die zwei Tote und Verletzte forderte, begonnen. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung, fahrlässige Körperverletzung, Explosion von Gebäuden und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. Am Mittwochabend wurde nach neunstündiger Verhandlung folgendes Urteil verkündet:

„Der Angeklagte Robert Weingärtner wird wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung, beides begangen unter Außerachtlassung seiner Berufspflichten und wegen fahrlässiger Zerstörung eines Wohngebäudes, wegen seines Vergehens gegen die §§ 1 und 9 des Sprengstoffgesetzes zu insgesamt zwei Jahren Gefängnis verurteilt, von denen ein Monat durch die Unterjuchungshaft als verbüßt erachtet wird. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.“

Hat er seine Frau aus dem Fenster geworfen?

Im Totschlag-Prozeß Vogler in Berlin wurde der Angeklagte am Dienstagabend zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Beweis konnte nicht erbracht werden, daß Vogler seine Frau aus dem Fenster gestürzt hat.

Selbstmord eines Mitreisenden des Siegelisdorfer Unglückszuges.

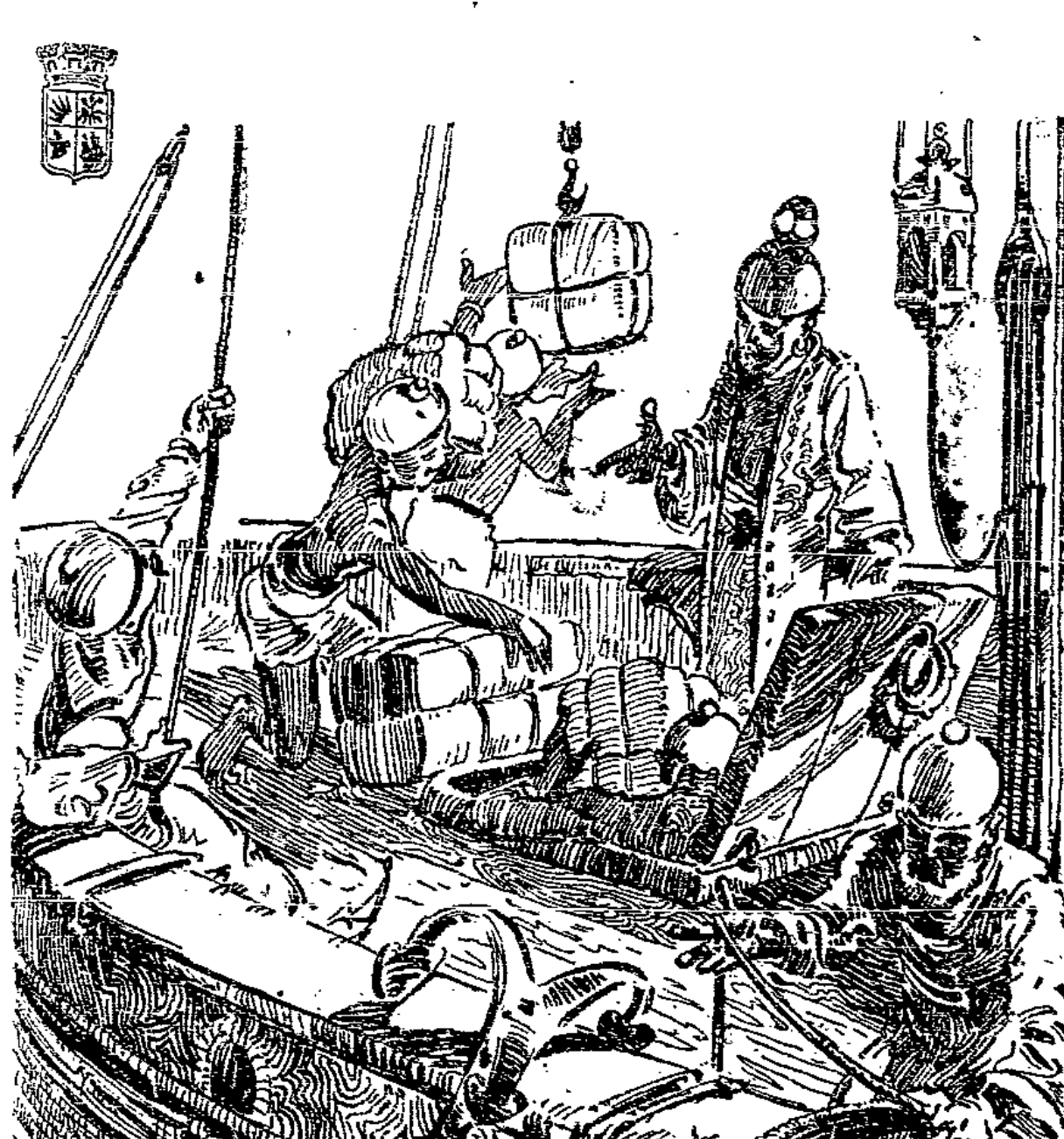
Mittwoch früh hat sich der Generaldirektor Bau Mathies der Papierfabrik Segge bei Kempen im Kreis Aachen erschossen. Der Selbstmord ist darauf zurückzuführen, daß Generaldirektor Mathies als Insasse des bei Siegelisdorf verunglückten Zuges einen völligen Nervenzusammenbruch erlitten hatte.

Ein schwerer Automobilunfall.

ereignete sich am Dienstagabend hinter Bernau in der Mark. Der Geschäftsführer der Darmstädter und Nationalbank, Jacob Goldschmidt, befand sich in Begleitung des Direktors des Berliner Kupferkabinetts, Geheimrat Friedländer, auf der Rückfahrt nach Berlin, als der Wagen auf feuchtem Boden ins Schleudern geriet und gegen einen Baum fuhr. Das Steuerrad brach ab und die Stange drang dem Chauffeur tief in den Leib; er war sofort tot. Goldschmidt und Friedländer kamen mit dem Schrecken davon.

Ein italienisches Militärflugzeug abgestürzt.

Auf dem Flugplatz Cento Cella verunglückte ein Militärflugzeug tödlich. In 1000 Meter Höhe fing das Flugzeug Feuer und stürzte ab. Von den beiden Insassen konnte sich einer durch Fallschirmabsprung retten. Der andere war sofort tot.



SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter.

Als ich in meine Vaterstadt zurückgekehrt war, konnte ich nicht zur Ruhe kommen. Statt mich von den Strapazen auszuruhen und mich meines neuen Reichtums zu erfreuen, packte mich von neuem die Abenteuerlust. Schließlich rüstete ich ein großes, eigenes Schiff aus, belud es mit vielerlei Waren und fuhr ins Meer hinaus. Nach einigen Tagen guter Fahrt trafen wir eine Insel von unbeschreiblicher Schönheit. Während meine Gefährten staunend umhergingen, legte ich mich unter eine Palme und schief ein. Aber wie groß war meine Bestürzung, als ich aufwachte, und sowohl das Schiff wie auch die Freunde verschwunden waren. Verzweifelt irrte ich umher, bitter meine Reiselust bereuend. Ihr würdet mich nicht beneiden haben, liebe Brüder. Bevor ich weitererzähle, laßt uns die Sorgenbrecherin und Vertreiberin aller qualenden Gedanken genießen. Nehmt, liebe Freunde, eine

CIGARETTE
SALEM
AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Sozialgeschäften für 1 Pf. erhältlich

Aus Schlesien.

Schnee auch in der Gegend

Wie aus Falkenberg berichtet wird, ist der Temperaturfall auch im Sulzgebirge in den letzten Nächten außerordentlich stark gewesen. In der Nähe der Grenzhaude und auf der Gule ist, wie im Riesengebirge, Schneefall zu verzeichnen gewesen. Der Schaden durch die tiefe Temperatur wird sich namentlich bei der Ernte der Blaubeeren zeigen.

Knüppelkunge hat Schicksal.

Am Montag sollte vor dem erweiterten Schöffengericht in Görlitz zum drittenmal gegen Knüppelkunge, den bekannten Rabaukellameder der Deutsch-Sozialen, wegen Verleumdung des Bürgermeisters Lange-Weißwasser verhandelt werden. Kunge hat vor einigen Monaten in einer öffentlichen Versammlung in Görlitz behauptet:

„Der Bürgermeister von Weißwasser benötigte für die Gemeinde zwei starke Pferde. Eine Kommission der Gemeindeverwaltung, die mehr Köhnen vermutete als die gesamte Ausgabe für die Pferde, fuhr nach Dänemark, um dort die Pferde zu kaufen. So steht es im Saustall der Republik aus, der nicht durch Anschaffung von schwarz-rot-goldenen Fahren verschönert werden kann, sondern mit der Mistgabel gesäubert werden muß.“

Da diese Darstellung jeder Grundlage entbehrt, wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Erst bestritt Kunge, diese Äußerung getan zu haben. Als die Staatsanwaltschaft aber mit Zeugen aufwartete, erschrak Kunge nicht, da er plötzlich Schicksal bekam. Als nun der zweite Termin stattfinden sollte, kam Kunge wieder nicht, sondern beantragte Vertagung, weil er — von der Schicksal offenbar geheißt — als Reichstagskandidat stark mit der Wahlarbeit beschäftigt sei. Zum dritten Termin am vergangenen Montag schickte er ein Attest seines Hausarztes, nach dem er schon wieder von der Schicksal geplagt sei. Die Verhandlung wurde also erneut vertagt und Kunge aufgegeben, ein amtliches Attest über seine politische Schicksal beizubringen.

Richard Kunge, der Held von Gardelegen, wie er lebt, leidet und lügt.

Schlesischer Stenographentag.

In Strehlen hielt der Schlesische Stenographenbund Stolz-Schrey seinen 40. Bundeskongress ab, der gut besucht war. Der Vorsitzende berichtete über den Verlauf des Kongresses und der Vereinstätigkeit. Den Mitgliedern der 39 Bundesvereine war am Sonntag durch ein Vereins-Schnellschreiben in der Geschwindigkeit von 160 Silben, ein öffentliches Wettlesen und Wett schreiben reichlich Gelegenheit geboten, ihre Fähigkeiten zu bewähren. Die erzielten Erfolge müssen als überaus gut bezeichnet werden und sind ein neuer Beweis für die Güte und Leistungsfähigkeit des vom Bunde vertretenen Systems. Die Höchstleistung im Schnellschreiben betrug 340 Silben. Die in den Abteilungen 200 bis 340 Silben abgelieferten Arbeiten waren sämtlich preiswürdig; in den Abteilungen 100 bis 180 Silben steht das Ergebnis noch nicht fest. Im Wettlesen wurde eine Höchstgeschwindigkeit von 542 Silben erreicht.

In der sich anschließenden Festversammlung begrüßte der Bundesvorsitzende Stolz-Schrey die Mitglieder des Bundeskongresses, besonders den Bundesvorsitzenden von Strehlen. Mittelstlehrer Tillmanns-Breslau gab in einem Festvortrag eine Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung der Stenographie von den Urzeiten bis in die neueste Zeit und begründete die Stellung der Stenographenschule Stolz-Schrey zur Schaffung einer Volksschulstufen. Der Bundesvorsitzende erläuterte Johann den Vortragsbericht. Den Abschluß der Tagung bildete eine lehrreiche Führung durch die Strehlener Granitsteinbrüche und ein Festbank, bei dem die Sieger in den Wettbewerben verlobt wurden.

Die Schulen in Polnisch-Schlesien.

Die nationalen Verhältnisse des gemischtsprachigen Gebiets der schlesischen Wojewodschaft sind einwandfrei statistisch nicht erforscht, durch die Zweisprachigkeit vieler Oberschlesier auch schwer eindeutig bestimmbar. Immerhin gehen auch polnische Blätter den Anteil des vorwiegend deutsch sprechenden Bevölkerungselements mit 30 Prozent an. Stellt man diese Ziffer als gegeben ein und vergleicht sie mit dem prozentualen Anteil der Minderheit an Schülern in Polnisch-Schlesien, so ergibt sich ein Bild, das die vielfach gebräuchte Redensart von den „Germanisierungsmaßnahmen“ der ostoberschlesischen Deutschen klar widerlegt.

Die schlesische Wojewodschaft hat 678 Volks- und zwei Spezialschulen aufzuweisen, von denen etwa 15 Prozent, genau 112, deutsche Minderheitenschulen sind. Der prozentuale Anteil der deutschen Minderheit auf die Schülerzahl berechnet, beträgt 12 Prozent. Bei den Spezialschulen sind gar nur sechs deutsche auf 105 polnische vorhanden. Zweifelslos ist dies Verhältnis zuzurechnen dem auch von polnischer Seite zugegebenen deutschen Bevölkerungsanteil und dem Anteil, der die Minderheitenschulen in Anspruch nehmenden Schülern auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Der neuerdings wieder einsetzende Spülerrückgang der Chauvinisten spielt keine geringe Rolle, aber auch materielle Gründe, deren Stichhaltigkeit allerdings nicht ganz zweifellos sind, bestimmen diese Eltern, ihre Kinder in die polnischen Schulen zu schicken. So stellt der Kritiker Kurier Coblenz „Umschau“ als ob es keinen Kapitalismus gäbe, der in den Zeiten großer Gewinne Millionen aufs Kapital wirft, vor Augen der Eltern vor, daß die Wohlwollen der polnischen Schulen besser bezahlt werden können. Diese weder häufig noch nationalpolitisch kluge Argumentation ist natürlich den Nationalisten diesseits der Grenzen willkommen, und um ihrerseits gegen eine Beschränkungspolitik mit dem polnischen Nachbarland zu setzen.

Streit. Die Meinschensch. Im Februar 1926 lernte der 43jährige Farmer Paul Grundmann beim Tanz ein Mädchen kennen. Es habe sich ein jenseitiger Verkehr an. Nach einiger Zeit ergriffte er ihr, daß er zwar verheiratet, aber in Eheverbindung begriffen sei. Am 30. März 1926 war in dem Eheverbindungstermin vor dem Richter der ersten Zivilkammer. Die Frau hatte als Widerkäuferin die A. als Zeugin namhaft gemacht. Wie das Mädchen in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht am Freitag vorgab, trat S. vor dem Richter an. Sie habe mit der Kapitulierung: „Sage zu allen kein Wort!“ Und wenn du nur einen Akt sagst, kommt Schand und Schmach!“ Das nach dem Gesagten des Herrn Grundmannes Dr. Kappel gelte minderwertige Mädchen lag sie in der Hand und beschwor, es sei nichts zwischen ihnen vorgefallen, sie hätten keinen intimen Verkehr gehabt, sie seien einmal geliebt und seien auch nicht im Bett gewesen. Später gab sie dann aber zu, daß sie sich geliebt hätten. Diese Aussagen Kappel brachte sie nun wegen Meineids vor dem Schwurgericht. Da sie das Mädchen, wenn sie Recht mit Grundmann gegeben hätte, eventuell der Strafschuld wegen Eheverbindung freigesetzt haben würde, kam Grundmann der S. 127, 128 in Frage, nämlich, ob es möglich ist, an sich verlobte Eheleute bis zu einem Viertel zu erben und durch Eheverbindung zu erben. Sie erhielt daher am 1. März 1926 ein Urteil im 1. Instanz. Die Strafschuld wurde durch die Eheverbindung aufgehoben. Die Strafschuld wurde durch die Eheverbindung aufgehoben.

dreijähriger Bewährungsfrist gewährt und der Haftbefehl sofort aufgehoben. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate Gefängnis beantragt. Grundmann kam nicht so glimpflich weg. Er erhielt wegen Anstiftung zum Meineid 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. — Bezeichnenderweise lag das Urteil in der Begründung, offenbar um die Ungeheuerlichkeit dieses Prozesses zu beschönigen, daß die Angeklagte sich bisher der ärztlich attestierten geistigen Minderheit über die Bedeutung des Eides hätte klar sein müssen. Uns allerdings scheint, die deutsche Rechtsprechung würde nicht jeden bei jeder Gelegenheit verzeihen und damit die Meineidsprozeß ins Ungemessene steigern.

Elternbeiratswahl!

Alle denkenden Eltern wählen am Sonntag, den 24. Juni, zur Elternbeiratswahl die Liste Schulfortschritt.

Wir bekämpfen:

1. Den Mißbrauch der Schule zu politischen Zwecken.
2. Die Vergiftung der Kinderseelen durch Erziehung im Krieges- und Kampfsinn.
3. Die Aufrechterhaltung der Ständeschule, welche den Kindern nicht nach ihrer Begabung, sondern nach dem Geldbeutel des Vaters die Bildung vermittelt.
4. Die geplante Beaufichtigung der Schulen durch die Kirchen.

Wir fordern:

1. Erweiterung der Rechte der Elternbeiräte.
2. Erteilung des Unterrichts nach neuzeitlichen Erziehungsgrundsätzen in Schularbeitsgemeinschaften, Herabsetzung der Schülerzahl in den Schulen, wodurch die körperliche Züchtigung als menschenunwürdig beseitigt werden kann.
3. Durchführung der Schulbestimmungen der Reichs-Verfassung, die fordern Unentgeltlichkeit des Unterrichts, damit auch die begabten Kinder der erwerbenden Klassen in eine höhere Schule kommen können.
4. Wir wollen soziale Einrichtungen fördern und ausbauen durch Einrichtung einer alle bedürftigen Kinder erfassende Schulpflicht, Schaffung von Landheimen für unsere blaffen, kränklichen Großstadtkinder, Vermehrung der öffentlichen Schullindergärten, Gewährung freier Lehr- und Lernmittel an alle Schüler.
5. Die Gesundheit des Kindes muß durch einwandfreie Beschaffenheit der Schulräume geschützt werden; gegen die Folgen von Unfällen im Schulbetrieb hat die Stadt die Kinder durch eine Versicherung zu sichern.

Jeder Vater und jede Mutter hat das Wahlrecht und damit die Wahlpflicht in jeder Schule, die ihre Kinder besuchen. Wer seine Kinder lieb hat, wählt die Liste Schulfortschritt.

Wunden i. Schl. Wartet auf Kinder in der Küche. In Ziehdorf trock das einjährige Söhnchen der landwirtschaftlichen Arbeiterin Mertia in einem unbewachten Augenblick zur Ofenbank und rief dort einen Topf mit kochendem Wasser herunter, wobei es so schwere Verbrühungen erlitt, daß es daran verstarb.

Hermsdorf v. R. Ein Kaktus gekohlet. Aus der Sammlung einer Frau Obricht wurde im Garten der Villa „Kunigunde“ aus einer Kaktusammlung eines der wertvollsten Exemplare gekohlet. Der Dieb muß offenbar ein Kaktuskenner gewesen sein.

Striegau. Cäcilie läßt sich die Hand fassen. Anlässlich eines Jubiläums des Vaterländischen Frauenvereins, zu dem man auch die Kronprinzessin eingeladen hatte, veranstalteten die hiesigen kaiserlichen Unterthanen eine regelrechte Handfuss-Polonaise. Auch eine Anzahl Beamtenfrauen, deren Männer ihr Gehalt von der Republik beziehen, betätigten sich zur allgemeinen Belustigung an dem Handfuss-Wettbewerb. Unter den Umstehenden war auch Bürgermeister Schelle zu sehen. Allerdings wartete die „kaiserliche Hoheit“, wie an dem Tage die Anrede für Frau Hohenzollern lautete, vergeblich auf seinen Handfuss.

Schweidnitz. Tödlicher Autounfall. In der Niederstadt wollte ein siebenjähriger Knabe noch schnell vor einem ankommenden Auto über die Straße laufen. Er wurde von dem Kotflügel des Autos erfasst und ihm das rechte Bein buchstäblich vom Leibe getrennt. Im Krankenhaus ist der Knabe halb darauf gestorben. Der Chauffeur hatte bereit heftig gedemütigt, daß er mit dem Kopf durch die Windguckelheibe stieß und ebenfalls erheblich verletzt wurde.

Waldenburg. Vom Sägewalter ist gequittet. Im Sägewerk der Firma Jaeger & Sohn, Inhaber Rietsch in Waldenburg ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Der Gatterführer Artur Sprötte aus Altzeischnau wurde vom Gatter erfaßt und zu Tode gedrückt. Sprötte ist jung verheiratet und Vater zweier Kinder.

Kennedei. Führt in den Tod. Im nahen Kunzendorf ereignete sich ein schwerer Motorradunfall, das auch ein Opfer forderte. Der 24jährige Sohn des Brauereibesitzers Thiene ist aus Schlegel bezeugt auf seinem Motorrad einem ihm entgegenkommenden Radfahrer in dem Augenblick, als auch ein Auto diese Stelle passierte. Der Radfahrer verlor die Herrschaft über sein Rad, was zum Zusammenstoß der beiden Räder führte. Thiene erlitt bei dem Sturz einen schweren Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung, die seinen baldigen Tod herbeiführten. Der Radfahrer, namens Kungel, erlitt schwere Beinverletzungen.

Quosdorf, Kreis Tollenstein. Auf der Straße gegenüber der Fabrik ins Elternhaus gebar ein bei einem hiesigen Gutsbesitzer in Quosdorf bedienstetes Mädchen ein Kind, so daß die Fabrik unterbrochen und eine Hebamme geholt werden mußte. Wohl und munter wurden Mutter und Kind nach der Entbindung nach Liebersdorf gebracht.

Geiselsdorf bei Rünzberg. Ein gewaltiges Schadenfeuer überfiel das große Wohnhaus des Gutsbesitzers R. Lehmann ein. Als der Brand gegen 5 Uhr morgens von R. Lehmann bemerkt wurde, fand bereits der ganze Dachstuhl in Flammen. Mit Mühe gelang es den Feuerwehrmännern, das Mobiliar und die Ständesammlungen zu retten. Das Wohnhaus selbst brannte vollständig aus.

Kennedei O. Ein „untermauerter“ Gewerkschaftskongress. Auf der Landestagung der christlich-nationalen Gewerkschaften, deren Kernstück bekanntlich der fast ausschließlich Gewerkschaften Handlungsgewerkschaften ist, sprach hier der Generaldirektor des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Otto, über dessen Wirken und Wollen. Dabei kam er zu folgender höchst begrifflicher Bemerkung: „Im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Gewerkschaften hat der christliche Gewerkschaftsbund keine Bewegung untermauert mit der starken christlichen und nationalen Idee.“ — Schade, daß der hiesige Generaldirektor aus dem Banjauch nicht auch angeben hat, wie die Arbeitgeber ihre konfessionell gemischten Verbände mit christlicher Schamung untermauern.

Waldenburg. Die Hygiene-Kommission des Bitterbundes in Oberschlesien. Die Hygiene-Kommission des Bitterbundes besuchte am Dienstag Deutsch-Oberschlesien und besichtigte die Seilungen in Oppeln, Guttentag, Peis, Kreisheim und Kottwitz, ferner die Grenz-Übergangsstellen für den Arbeiterverkehr in Rosenberglund und Jawitsna und das neue vor der Fabrikneue liegende große moderne Knüppelwerkzeug in Kottwitz.

Gleitw. Todesfolge einer elektrischen Spielerei. Auf der Domäne Ziementitz machten sich Arbeiter den Scherz, einen schabhaften Lichtschalter mit einer Klinker durch einen Blumenstrauch zu verbinden. Sie elektrisierten sich dann, wenn Unachtsamlinge, die den Türgriff berührten, einen elektrischen Schlag erhielten. Um die Wirkung noch zu verstärken, gab ein Zimmermann noch Wasser auf den Fußboden und feuchtete die Türklinke an. Als nun ein Maurer die Türklinke berührte, fiel er sofort um und verstarb nach wenigen Minuten.

Troppan. Opfer des Militarismus. Der Soldat Otto L. des hochschlesischen Artillerie-Regiments 8. seines Lebens mittels des Dienstgewehres ein Ende. Er wurde durch den Gewehr auf das Knie und schloß sich eine Kugel in die Brust. Schwer verwundet schleifte er sich zurück in ein Mensenkammerzimmer, um eine zweite Patrone. Als er aber im Knie angelangt war, brach er infolge der Schwäche zusammen, ehe er den zweiten Schuß abgeben konnte.

Abnitz. Spionitis sogar im Reglerungsamt. Der hiesige Berichterstatter der woiwodschaftsamtlichen „Polonia“ Josef Rozantka, wurde unter dem Verdacht, Spionage zugunsten Deutschlands betrieben zu haben, verhaftet. Der Verhaftete behauptet die Stellung als Berichterstatter der „Polonia“ am polnischen Berufs-Unterschied.

Aus der Umgebung.

Neu-Breslau.

Breslau-Schweidnitz. Tödlicher Motorradunfall. Auf der Hundsfelder Chaussee stieß gestern nachmittags „Sängerin“ der Stadtkapelle Herbert Fritsch-Schweidnitz auf seinem Motorrad beim Überholen eines Fuhrwerks mit einem Lastauto zusammen. Das Motorrad wurde vollständig zerschmettert, der Motorradfahrer war sofort tot.

Kreis Neumarkt

Kreis-Tierschau.

Die Vorbereitungen zur Kreis-Tierschau am 30. Juni 1. Juli 1928 auf der „Langen Liebe“ in Neumarkt sind in vollem Gange. Bisher sind außer den Kleintieren 200 Stück Rindvieh, 200 Pferde, 80 Schweine und 40 Schafe angemeldet worden. Das Interesse für die heimische Tierzucht ist aber außerordentlich groß und der Gedanke einer Kreis-Tierschau von der Landbesitzer des Kreises günstig beurteilt. Die Wiesen der „Langen Liebe“ werden kaum ausreichen, alle Ausstellungstiere zu fassen. Auch die hervorragendsten Zuchtstätten des Kreises Neumarkt haben es sich nicht nehmen lassen, ihr bestes Material, das sonst nur auf den D.L.G.-Schauen antrifft, zur Kreis-Tierschau anzumelden. Besonders erwähnt seien die Zuchtstätten in Lill, Pollendorf, Zerschendorf, Schriegwitz, Ellnau, Schönbekirch, Jacobsdorf, Puschwitz, Heide, Boganie, Ober-Stephansdorf und verschiedene andere mehr.

Auch der Kleingrundbesitzer des Kreises wird es nicht nehmen lassen, die Schau mit dem besten Material zu bereichern. Die Beschickung durch den Kleinbesitzer ist um so wichtiger, als endlich einmal auch aus diesem Kreise ein geschlossenes Bild des glücklichen Könnens gezeigt wird, zumal dem Kleinbesitzer nicht in dem Maße wie dem Großgrundbesitzer Gelegenheit geboten ist, an öffentlichen Veranstaltungen Förderung der Tierzucht teilzunehmen. Ferner werden die Kreis-Tierschau aufgestellten und geförnten Gemeindebullen Eber auf der Schau vertreten sein, und wird dadurch den haltenden Landwirten Gelegenheit gegeben, Vergleiche mit Bullen und Ebern der eigenen Zucht und der Gemeinden anzustellen. Ferner werden die berühmtesten Schafzuchten des Kreises, welche sich zum Teil im Kreise Neumarkt befinden, ausgeführt, so daß auch hier dem Besucher Gelegenheit gegeben wird, ein volles Zuchtmaterial zu besichtigen.

Neben diesen der Tierzucht dienenden Ausstellungsobjekten findet das bekannte, leider stets politisch einseitig gefärbte Schach- und Fahrturnier statt.

Eine Ausstellung für sich bietet dann die

Gewerbebau.

die fast die Hälfte des zur Verfügung stehenden Platzes einnimmt. Hier werden die Innungen und Handwerker Ergüsse ihres Könnens zur Schau unterbreiten. Vor allem wird zu erwarten sein, wie die Technik dem modernen Landwirt zur Seite steht. Auch das Volkswesen wird die Besucher interessieren.

SPD. Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Achtung, Ortsgruppen im eingemeindeten Gebiet!

Die erste Vertreter-Versammlung von Groß-Breslau findet bereits am Montag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses in Breslau statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen unbedingt teilnehmen. Alle Vertreter aus dem Umkreis müssen am Ort sein. Treffpunkt ist 18 1/2 Uhr abends in einer Vorbesprechung im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses.

Breslau-Kathen. Eine wichtige Mitgliederversammlung findet Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Peter Redner im Genosse Hannaf.

Breslau-Neutisch. Wegen der Vertreterwahlen müssen am Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Gubert unsere Mitgliederversammlung abhalten. Redner: Stadtkapellmeister Wohlweber. Auch die Genossen aus Klein-Neutisch und Matlahöfen müssen zur Stelle sein.

Breslau-Stabelwitz-Maxschwitz. Frauen-Abend. Frauen treffen sich zu unserem Frauen-Abend am Sonntag, den 24. Juni, 19 Uhr, im Lokal Hüls. Rednerin: Genossin Progowant.

Breslau-Schweidnitz. Heute abend 8 Uhr findet bei Hofmann unsere Mitgliederversammlung statt. Es sind alle Ortsgruppen zur Teilnahme verpflichtet. Redner: Genosse Fritsch.

Breslau-Alten-Gandau. Die Mitgliederversammlung, in der auch die Vertreter zu wählen sind, findet am Freitag, den 22. Juni, statt. Redner: Genosse Schiffer. Alles muß zur Stelle sein. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Dittschin. Sonnabend, den 23. Juni, wichtige Mitgliederversammlung im Lokal Schattmann. Genosse Schiffer. Guter Besuch wird erwartet.

Kattau. Sonnabend, den 23. Juni, abends 8 Uhr. Gütlicher in Kattau Mitgliederversammlung. Genosse Hannaf. Alles hat pünktlich zu erscheinen.

Breslau-Land. Eine wichtige Mitgliederversammlung findet heute abend 7 1/2 Uhr bei Hermann statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Die wichtigste Mitglieder hat zu erscheinen.